

# 12.2010/01.2011

## AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	7
Globalisierung & Eine Welt	9
Klima & Energie	10
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	19
Stadt & Region	21
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	22
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Ressourcen	28

## VERBÄNDE



Thema: Umweltorganisationen	39
DNR intern	40
Aus den Verbänden	40
Ehrenamt	40
Preise & Ausschreibungen	40

## SERVICE

Rezensionen	41
Internet	43
Neu erschienen	43
Impressum	43
Termine	44

## ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	45
UN-Dekade: Erfolg und Zweifel	
Schwerpunkt: Digitale Welten	

## SPEZIAL

### EU-Agrarreform

Seite 29 bis 38

## THEMEN DES MONATS

Aktive Demokratie

### Die neue alte Bürgerbewegung

SozialforscherInnen haben untersucht, wer gegen das Großprojekt Stuttgart 21 protestiert und warum

Seite 2

Höhenschutz

### Naturschutz untertage

Ein umfassender Schutz von Höhlen und ihren Inhalten ist längst überfällig

Seite 3

Ressourceneffizienz

### Wenn der Papiertiger schnurrt

Städte liefern sich einen ansteckenden Wettbewerb um die Verwendung von Recyclingpapier

Seite 5

Gentechnikpflanzen

### Ein krummer Deal

Die EU-Kommission will Entscheidungen über Gentechnik-Anbau den Mitgliedstaaten überlassen

Seite 37

## Aktive Demokratie

# Die neue alte Bürgerbewegung

SozialforscherInnen haben untersucht, wer gegen das Großprojekt Stuttgart 21 protestiert und warum

**Eine Befragung auf der Großdemonstration gegen das Bauvorhaben Stuttgart 21 hat gezeigt, dass gesellschaftlich aktive, aber von der Politik frustrierte Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen vermehrt selbst vertreten. Die Protestierenden stellen das System nicht generell infrage, kritisieren aber Demokratiedefizite. ■ VON BRITTA BAUMGARTEN, WZB**

Die seit mehreren Jahren stattfindenden Proteste gegen das Bahnprojek Stuttgart 21 haben sich vor einigen Monaten stark ausgeweitet und ziehen ein enormes Medieninteresse auf sich. Am 18. Oktober hat eine Forschungsgruppe des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) im Schlossgarten Stuttgart 1.500 Demonstrierende befragt. <sup>(1)</sup> Der Erstausswertung liegen 814 Fragebögen zugrunde – das ist eine sehr gute Rücklaufquote von 54 Prozent. Besonders interessiert waren die SoziologInnen an der Zusammensetzung der Demonstrierenden, ihrem früheren und aktuellen politischen und gesellschaftlichen Engagement und ihren Motiven zu demonstrieren. Methodisch anzumerken ist, dass es sich nur um eine Momentaufnahme handelt, die an einem Montagabend erfolgte, als der Schlichtungsprozess bereits beschlossen war. Diese und andere Faktoren haben einen Einfluss auf die Zusammensetzung der Demonstrierenden; deshalb sei vor einer voreiligen Verallgemeinerung der Ergebnisse gewarnt.

### Wer demonstrierte in Stuttgart?

Die meisten Befragten sind zwischen 40 und 64 Jahre alt und stehen im Berufsleben. Entgegen dem allgemeinen Eindruck, der durch die Medien verbreitet wurde, gaben nur 14 Prozent der Demonstrierenden an, in Rente zu sein. Das Bildungsniveau unter den Protestierenden ist sehr hoch: Über die Hälfte hat einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss, was etwa doppelt so hoch ist wie der Bevölkerungsdurchschnitt der über 16-Jährigen. Ein überdurchschnittliches Bildungsniveau ließ sich auch in ähnlichen Befragungen

feststellen: Bei der Friedensdemonstration in Berlin im Jahr 2003 verfügten 82 Prozent über einen solchen Abschluss, bei einer Befragung der Demonstrierenden zu Hartz IV in mehreren Städten im Jahr 2004 immerhin 35 Prozent. <sup>(2)</sup>

Anders als allgemein angenommen wird, haben nur neun Prozent unter den Demonstrierenden in Stuttgart bei den letzten Bundestagswahlen die CDU gewählt. Der Anteil von WählerInnen der Grünen dagegen ist mit 49 Prozent überraschend hoch. Dass die Grünen für die nächsten Bundestagswahlen unter den Demonstrierenden nochmals mehr Wählerstimmen (75 Prozent) zu erwarten haben, überrascht weniger. Sind sie doch die einzige größere Partei, die sich öffentlich gegen das Projekt Stuttgart 21 ausspricht.

### Was bedeuten die Ergebnisse für die repräsentative Demokratie?

Oft wird Demonstrierenden unterstellt, erst zu protestieren, wenn es zu spät ist, statt sich im Vorfeld von Entscheidungen und im alltäglichen politischen Geschäft zu engagieren. Die Daten zeigen jedoch, dass dies bei den meisten Stuttgarter Demonstrierenden nicht der Fall ist. Viele engagieren sich – auch unabhängig vom Thema Stuttgart 21 – in Organisationen und Vereinen. Verglichen mit der Gesamtbevölkerung sehr hoch ist die Zahl der aktiven Mitglieder von Organisationen im Umweltbereich: 21 Prozent der Befragten geben an, aktives und weitere acht Prozent, passives Mitglied einer solchen Organisation zu sein. Aber auch die Mitgliedschaft in politischen Parteien ist mit sechs Prozent höher als in der deutschen Bevölkerung. Die Demonstrierenden sind allgemein politisch

aktiver als der Bevölkerungsdurchschnitt: 82 Prozent haben schon einmal eine Petition unterzeichnet, fast zwei Drittel haben in der Vergangenheit für eine politische Organisation oder Gruppe gespendet und ein Drittel suchte bereits das direkte Gespräch mit PolitikerInnen oder der Verwaltung. Über 70 Prozent der Befragten gaben an, „bestimmte Produkte aus politischen, ethischen oder Umweltgründen bewusst gekauft“ zu haben. Wir haben es also überwiegend mit Menschen zu tun, die auch außerhalb der Proteste gegen Stuttgart 21 ein überdurchschnittlich hohes politisches Engagement zeigen.

Das Vertrauen in die Politik dagegen ist gering: 75 Prozent der Befragten stimmten der Aussage „die meisten Politiker versprechen viel, aber tun in Wirklichkeit nichts“ zu. Ebenso viele denken, dass ihre Meinung von PolitikerInnen nicht berücksichtigt wird, und fast alle Befragten glauben, dass in der Politik viele Dinge im Verborgenen geschehen. Der Anteil der NichtwählerInnen bleibt auf niedrigem Niveau von unter zwei Prozent. Die Demonstrierenden zeigen sich zwar aktuell von vielen PolitikerInnen enttäuscht, stellen die repräsentative Demokratie aber nicht generell infrage.

### Umweltengagierte sind überdurchschnittlich aktiv

Vor allem Organisationen im Bereich Umwelt konnten im letzten Jahrzehnt große Mitgliederzuwächse verbuchen, wie Berechnungen der Projektgruppe Zivilengagement auf der Grundlage von Mitgliederstatistiken zeigen. Fast 30 Prozent unserer Befragten in Stuttgart sind Mitglied in einer Organisation im Bereich Umweltschutz,

deshalb lohnt es sich, diese Teilgruppe der Demonstrierenden genauer zu betrachten und mit den Demonstrierenden in Stuttgart insgesamt zu vergleichen.

Die Teilgruppe der für die Umwelt Engagierten unterscheidet sich nicht wesentlich von der Gesamtmenge der Demonstrierenden. Allerdings gibt es ein paar Abweichungen, die das politische Engagement betreffen. Unter den Mitgliedern von Umweltgruppen und -organisationen, die an besagtem Montag Mitte Oktober in Stuttgart protestierten, haben durchschnittlich mehr Personen schon einmal an eine politische Organisation oder Gruppierung gespendet (75 Prozent). An einer direkten Aktion, wie etwa einer Blockade, Besetzung oder anderen Formen des zivilen Ungehorsams, hat die Hälfte dieser Personen teilgenommen. Viele der in Stuttgart protestierenden Umweltenga-

gierten sind gleichzeitig Mitglied in anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, vor allem zu den Themen Frieden (22 Prozent) und Menschenrechte (25 Prozent). All diese Werte liegen etwa zehn Prozent über dem Anteil der Demonstrierenden insgesamt.

Menschen, die bereits in einer Organisation engagiert sind, zeigen meist ein größeres Interesse, sich auf verschiedenste Art und Weise politisch zu beteiligen. Dies korrespondiert mit dem „Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“<sup>(3)</sup>, der unter Engagierten generell ein stärkeres Interesse an politischen Fragen und am öffentlichen Leben insgesamt beobachtet. Dass es den Menschen in Stuttgart um mehr als um Baulärm oder Verkehrsbelastung geht, zeigt der hohe Anteil von über der Hälfte der Protestierenden,

die Demokratiedefizite als einen der drei Hauptgründe für ihren Protest nennen.

#### Anmerkungen

- ▶ (1) Die Befragung wurde von Dieter Rucht, Britta Baumgarten und Simon Teune durchgeführt. Weitere Informationen: [www.wzb.eu/zkd/zcm/projekte/pro\\_stuttgart-21.de.htm](http://www.wzb.eu/zkd/zcm/projekte/pro_stuttgart-21.de.htm)
- ▶ (2) Walgrave, S.; Rucht D. (Hrsg.) (2010): *The World Says No to War*. Minneapolis.
- ▶ Rucht, D.; Yang, M. (2004): Wer demonstrierte gegen Hartz IV? In: *FJNSB, Sonderdruck, Heft 4, S. 21–27*.
- ▶ (3) [www.kurzlink.de/bericht-zivil](http://www.kurzlink.de/bericht-zivil)

Dr. Britta Baumgarten forscht zu Zivilgesellschaft, sozialen Bewegungen und politischer Öffentlichkeit am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 25491325, E-Mail: [baumgarten@wzb.eu](mailto:baumgarten@wzb.eu), [www.wzb.eu](http://www.wzb.eu)



## Höhenschutz

# Naturschutz untertage

Ein umfassender Schutz von Höhlen und ihren Inhalten ist längst überfällig

**Tropfsteine, Fossilien und archäologische Funde sind mangels angemessener Gesetze gefährdet. Weder Risikoabschätzungen noch die europäische Grundwasserrichtlinie oder die Habitatrichtlinie berücksichtigen den Höhlenschutz ausreichend. Ein europaweites Bündnis fordert Abhilfe. ■ VON BÄRBEL VOGEL, VDHK**

Höhlen gehören zu den Naturräumen, über die noch wenig bekannt ist. Neben hochkomplexen Ökosystemen und Wasserläufen beherbergen sie Zeugnisse geologischer Prozesse und vergangener Kulturen. Nicht nur in Deutschland wird Naturschutz hauptsächlich im biologischen Sinne verstanden. Geologische Zeiträume geraten in unserer schnelllebigen Zeit außer Acht, einen umfassenden Schutz der unterirdischen Kostbarkeiten gibt es bisher nicht. Analog zur Konvention über den Internationalen Handel von gefährdeten Arten wild lebender Tiere und Pflanzen besteht dringender Bedarf für eine Konvention zum Schutz des nicht lebenden Welterbes. Dies schließt auch Höhleninhalte mit ein. Deshalb hat

der Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher (VDHK) mit den anderen speläologischen Verbänden Europas eine Petition zum Schutz von Höhleninhalten erarbeitet.

### Sichtbare und unsichtbare Schätze

Höhleninhalte umfassen Tropfsteine und sonstige Sinterbildungen sowie Sedimente, Fossilien und archäologische Funde. Sinterbildungen sind natürliche Mineralablagerungen wie Stalaktiten, Stalagmiten, Gipsausblühungen, Kristalle, Sintervorhänge und -becken.

Höhlen, aus denen Sinterformationen entfernt wurden, verlieren an Wert und Schönheit. Was wären Schauhöhlen ohne

ihren Schmuck? Raubbau und Handel mit diesen einzigartigen Höhlenformationen bedeuten nicht nur einen ästhetischen und emotionalen Verlust – unschätzbare wissenschaftliche Informationen wie erdgeschichtliche Klimadaten gehen unwiederbringlich verloren. Auch die unkontrollierte Entfernung von Fossilien ist nicht nur ein Verlust für die Forschung, sondern führt oft zu erheblichen Beschädigungen der Höhlen. Untertägige archäologische Fundstellen sind meist nicht ohne Weiteres sichtbar. Zum Auffinden, Sichern und Beurteilen müssen Experten hinzugezogen werden. Selbst geringe Veränderungen in entscheidenden Teilen der Höhlen können zu einer völligen Entwertung einer einmaligen Fundstätte führen. Gerade in den

letzten Jahren erregten Entdeckungen in deutschen Höhlen weltweit Aufsehen, wie der Fund der weltweit ältesten Venusfigur im Hohlen Fels im schwäbischen Schelklingen 2008.

Auch wissenschaftliche Untersuchungen müssen sich immer auf das Notwendige beschränken, sobald sie Höhleninventare betreffen. Wenn die Entfernung von Sinterbildungen, Fossilien, Sedimenten und archäologischen Funden zu Zerstörungen führt, muss die Forschung kritisch betrachtet werden. Es bedarf sorgfältiger Abwägungen von Spezialisten und des Rates erfahrener Höhlen- und Karstexperten.

### Slowenien kooperiert mit Karstforschern

Seit 1988 ist es in den USA verboten, mit Tropfsteinen zu handeln. In den europäischen Ländern gibt es sehr unterschiedliche Gesetze. In Deutschland gelten hier keine Einschränkungen, Belgien verbietet nur den Handel mit belgischen Tropfsteinen. Die Herkunft lässt sich bei Höhleninhalten aber nur sehr schwer oder gar nicht

nachweisen. Bedeutende Wirtschaftszweige wären durch einen konsequenten Höhlenschutz nicht betroffen. So erhoffen sich Speläologen nun rasche Verbesserungen auf europäischer Ebene.

Mit Unterstützung des Deutschen Naturschutzrings hat der VdHK im Oktober in Brüssel eine Höhlenschutzpetition direkt an EU-Umweltkommissar Janez Potočnik übergeben. Dem aus Slowenien stammenden Potočnik ist das Problem durchaus bewusst – über 70 Prozent der Fläche seines Heimatlandes sind unterhöhlt. Vielleicht verhält man sich in Slowenien auch deshalb bei großen Bauprojekten so vorbildlich. Diese betreffen immer wieder Karstgebiete. In Slowenien mag man kein Risiko eingehen und arbeitet schon während der Planung mit dem Institut für Karstforschung zusammen. So können Baukosten verringert und die Langzeitbeobachtung von Risikofaktoren und unterirdischen Wässern ermöglicht werden.

### Deutschland vernachlässigt Höhlenschutz

In Deutschland findet nur eine spärliche Risikoabschätzung statt, dabei sind zum Beispiel bei allen ICE-Trassen, die sich hierzulande im Bau befinden, Karstgebiete betroffen. Höhlenforscher werden nicht beteiligt, die vorgefundenen Höhlen zumeist mit Beton verfüllt.

Unzufrieden ist der VdHK auch mit der Umsetzung der europäischen Richtlinie zum Fauna-Flora-Habitatschutz (FFH) und der Ausgestaltung der Grundwasserrichtlinie. So führt das Bundesamt für Naturschutz (BfN) für das Monitoring des Lebensraumtyps „nicht touristisch erschlossene Höhlen“ verschiedene Pflanzenarten im Eingangsbereich von Höhlen explizit auf, erstaunlicherweise muss aber die viel sensiblere Höhlenfauna – mit Ausnahme der in Anhang II und IV der FFH-Richtlinie als schützenswert gelisteten Fledermäuse – nicht gemeldet werden.

Um auf den subterranean Artenreichtum hinzuweisen, kürt der VdHK seit 2009 in Deutschland das „Höhlintier des Jahres“ ([www.hoehlintier.de](http://www.hoehlintier.de)). In diesem Jahr handelt es sich um die Zackeneule – ein Falter, der in Höhlen überwintert. 2011 wird es

– passend zum Internationalen Jahr der Fledermaus – das Große Mausohr sein.

Auch die Grundwasserrichtlinie vernachlässigt den Lebensraum Höhle und konzentriert sich einseitig auf chemische Grenzwerte. Welche Auswirkungen etwa Temperaturschwankungen im Grundwasser auf das ökologische Gleichgewicht haben, wird außer Acht gelassen. Geologische Besonderheiten wie schnelle Durchflusszeiten und geringe Filterkapazität im Karst spielen keine Rolle. Mit dem Klimawandel und der zu erwartenden Wasserknappheit in einigen Regionen Europas wird die Bedeutung von Karstwasservorkommen noch deutlich zunehmen.

Nach der Deklaration zum Schutz der Höhlen als Kultur-, Natur- und Umweltwelterbe aus dem Jahr 2008 ist die Höhlenschutzpetition der zweite Vorstoß der organisierten Höhlenforschung, ihr Anliegen in gesetzliche Regelungen einfließen zu lassen. Der Deklaration hatte sich vor zwei Jahren die Generalversammlung des Naturschutzdachverbandes DNR mit großer Mehrheit angeschlossen, leider ohne Erfolg bei deutschen Behörden.

EU-Umweltkommissar Potočnik hat sich als kompetenter Ansprechpartner für die Belange des Untergrunds erwiesen. Allerdings zeigt auch die Europäische Union bisher einen grundsätzlichen Mangel an Interesse und Schutzbemühungen für Karst und Höhlen.

Dem deutschen Umweltminister Norbert Röttgen liegen nun sowohl die Deklaration zum Schutz der Höhlen als Kulturerbe als auch die Petition zum Schutz von Höhleninhalten vor. Es ist jetzt an ihm, Deutschland nicht zum Schlusslicht in Sachen Höhlenschutz zu machen und auch europäische Regelungen zu fördern.

Bärbel Vogel ist seit 1996 im Vorstand des VdHK tätig, seit vier Jahren als dessen Vorsitzende. Sie befasst sich vor allem mit Höhlenschutz und Öffentlichkeitsarbeit und lebt in Ramsau.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)8657 / 983787,  
E-Mail: [b.w.vogel@gmx.de](mailto:b.w.vogel@gmx.de),  
[www.vdhk.de](http://www.vdhk.de)



## Höhlenschutzpetition

Für den effektiven Schutz von Höhleninhalten fordern die Höhlenforscher:

- ▶ Sinterformationen oder Teile davon (auch bereits zerbrochene), Fossilien, Sedimente oder archäologische Fundstücke dürfen nicht aus Höhlen entfernt werden, außer für wissenschaftliche Sammlungen.
- ▶ Handel, Import und Export von Höhleninhalten sind zu verbieten.
- ▶ Wissenschaftliche Sammlungen von Höhleninhalten müssen sich auf das absolut notwendige Minimum beschränken. Wissenschaftliche Erkenntnisse aus den Proben müssen durch Konsultation von Höhlenexperten maximiert werden.

Naturschutzverbände sind aufgerufen, die Höhlenschutzpetition zu unterstützen:

- ▶ [www.cavedeclaration.eu](http://www.cavedeclaration.eu)

## Ressourceneffizienz

# Wenn der Papiertiger schnurrt

Städte liefern sich einen ansteckenden Wettbewerb um die Verwendung von Recyclingpapier

**Wer Altpapier verwendet, spart wertvolle Ressourcen und bares Geld. Doch längst nicht überall wird diese Erkenntnis schon umgesetzt. Eine Initiative erforscht seit 2008 die Papiernutzung in deutschen Großstädten. Jährlich werden die „recyclingpapierfreundlichsten“ Städte ausgezeichnet. ■ VON HEIKE FISCHER, INITIATIVE PRO RECYCLINGPAPIER**

In Deutschland ist Papier nach wie vor Arbeitsmittel Nummer eins. Trotz digitalem Schriftverkehr werden in Wirtschaft und Verwaltungen täglich große Mengen Büropapier zum Drucken und Kopieren verbraucht. Jährlich sind es etwa 800.000 Tonnen, 24 Tonnen alle 15 Minuten. Für die Herstellung von Papier wird neben Holz beziehungsweise Altpapier eine Vielzahl weiterer Ressourcen benötigt. Auch der Energieverbrauch ist enorm. Der Anteil der Papierindustrie liegt bei rund zwei Prozent am Gesamtenergieverbrauch in Deutschland. Den Kommunen als Großverbraucher von Papier kommt somit eine wichtige Rolle für einen verantwortungsvollen Umgang mit

Ressourcen zu. Seit drei Jahren erhebt die Initiative Pro Recyclingpapier jährlich den Papierverbrauch und die Quote von Recyclingpapier mit dem Umweltgütesiegel Blauer Engel in Deutschlands Großstädten. Die recyclingpapierfreundlichsten Städte bekommen eine öffentliche Auszeichnung. Der Papieratlas-Wettbewerb soll die Verwaltungen auf positive Art motivieren, Handlungsweisen zu überdenken und ihre Anstrengungen für die nachhaltige Beschaffung von Papier zu verstärken.

### „Die Kanzlerin soll sich an deutschen Städten ein Beispiel nehmen“

Durch die Verwendung von Recyclingpapier lassen sich wichtige natürliche Ressourcen einsparen. Die ökologischen Effekte sind klar messbar und wissenschaftlich belegt. So werden bei der Herstellung durchschnittlich rund 60 Prozent weniger Wasser und Energie im Vergleich zu Frischfaserpapier verbraucht sowie CO<sub>2</sub> in spürbarem Umfang vermieden. Der Papieratlas macht diese Einspareffekte pro Stadt anhand der erhobenen Recyclingpapierzahlen transparent. Dadurch können die Städte unmittelbar nachvollziehen, welche Vorteile sie mit dem Blauer-Engel-Papier erreichen. So erzeugt der Papieratlas bei den Verantwortlichen in den Städten eine starke Motivation für die Umstellung auf Recyclingpapier.

Der Papieratlas wirkt auch noch auf andere Weise. Ist er für die Kommunen Benchmark und Motivator durch vergleichenden Wettbewerb, so bietet er für Politik und Umweltverbände eine Grundlage, um nachhaltiges Handeln am konkreten Beispiel einzufordern. So erklärten zum

## Pro Recyclingpapier

Die Initiative Pro Recyclingpapier ist eine branchenübergreifende Wirtschaftsallianz von 23 Unternehmen, darunter Deutsche Post und Deutsche Telekom, Lufthansa, Epson, Steinbeis Papier, Hipp, Memo und Otto. Partner sind das Umweltbundesamt, die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, der NABU und die Verbraucherzentralen. Seit dem Jahr 2000 setzt sich Pro Recyclingpapier für nachhaltiges Wirtschaften ein. Die Initiative will die Wahrnehmung und Akzeptanz von Recyclingpapier verbessern und so zu einem Bewusstseinswandel im praktischen Umgang mit Papier beitragen.

► [www.papiernetz.de](http://www.papiernetz.de)

## Papieratlas-Wettbewerb

Zusammen mit dem Bundesumweltministerium, dem Umweltbundesamt und dem Deutschen Städtetag lobt die Initiative Pro Recyclingpapier jährlich den Papieratlas-Wettbewerb aus. Hierzu werden – im Jahr 2010 unter der Schirmherrschaft von Bundesumweltminister Norbert Röttgen – die Recyclingpapierquoten in Verwaltung, Schulen und Hausdruckereien aller deutschen Großstädte mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen erhoben. Die Städte mit dem höchsten Anteil an Papier mit dem Umweltzeichen Blauer Engel sowie die Stadt mit der höchsten Steigerungsrate werden prämiert. Eine Übersicht über alle Städtezahlen sowie die erreichten Ressourceneinspareffekte erscheinen im Papieratlas sowie im Internet.

► [www.papieratlas.de](http://www.papieratlas.de)

Beispiel die Grünen im Jahr 2008 nach der Bekanntgabe der Siegerstadt Aachen, die Bundeskanzlerin möge sich an solchen Städten ein Beispiel nehmen. Im Kanzleramt war nämlich der Recyclingpapieranteil auf null zurückgefahren worden. Ähnliche Forderungen wurden auf kommunaler Ebene an die Stadtverwaltungen mit niedrigen Recyclingpapierquoten gestellt. Zahlreiche Städte haben den Papieratlas zum Anlass genommen, um entsprechend umzusteuern. So stellte zum Beispiel Nürnberg mit Bezug auf das Aachener Modell auf Antrag der CSU seine Verwaltung auf 100 Prozent Recyclingpapier mit dem Blauen Engel um. Die Stadt Mülheim an der Ruhr steigerte ebenfalls aufgrund des Papieratlas-Ergebnisses den Recyclingpapieranteil von 19 Prozent im Jahr 2008 auf über 88 Prozent im aktuellen Wettbewerb. Das verdeutlicht, welchen Einfluss der Pa-

pieratlas auf umweltgerechte Entscheidungen in den Stadtverwaltungen hat.

Um auch Städten mit anfangs geringen Recyclingpapierquoten einen Anreiz zu geben, schnell ihre Quoten zu steigern, wird seit 2009 zusätzlich der „Aufsteiger des Jahres“ ausgezeichnet. Diesen Sonderpreis erhält die Stadt mit der höchsten Steigerungsrate im Vergleich zum Vorjahr.

Magdeburg und Halle an der Saale, die beiden größten Städte Sachsen-Anhalts, entschlossen sich aufgrund ihrer niedrigen Papieratlas-Zahlen zu Beginn des Wettbewerbs, ihre Recyclingpapieranteile innerhalb kurzer Zeit deutlich zu steigern. So schaffte es Magdeburg 2009 zum Sieg und Halle wurde der Aufsteiger 2010. Die Stadt an der Saale erreichte sogar einen Doppelsieg, da sie nicht nur die höchste Steigerungsrate hatte, sondern sich gleichzeitig als eine der drei recyclingpapierfreundlichsten Städte Deutschlands neben Bonn und Essen durchsetzte – mit 100 Prozent Recyclingpapier in Verwaltung, Schulen

und Hausdruckereien. Ein weiteres gutes Beispiel, wie sich der Wettbewerb in direktem Verhalten niederschlägt.

Neben den ökologischen Einsparwirkungen und der absolut hochwertigen Qualität der modernen Recyclingpapiere ist auch der Kostenfaktor ein wichtiges Entscheidungsargument. So spart zum Beispiel die diesjährige Siegerstadt Essen durch die Verwendung von Recyclingpapier 20.000 Euro im Jahr ein. Ein wichtiger Vorteil, denn nach wie vor erschwert das Vergaberecht teilweise die Beschaffung von umweltfreundlichen, aber teureren Produkten.

### Ressourcensparen wird fester Bestandteil kommunaler Nachhaltigkeit

Nichts ist überzeugender als das gute Beispiel. „Was die können, können wir auch“, ist der Leitgedanke, der am häufigsten Handlungsimpulse auslöst, oft vom Oberbürgermeister persönlich vorangetrieben.

Zentrale Entscheidungen zur umweltgerechten Beschaffung durch konkrete Richtlinien sind bewährte Instrumente, die hohe Recyclingpapierquoten sicherstellen. Die erfolgreichen Städte verfolgen neben einer zentralen Beschaffung alle diesen Ansatz, flankiert von Informationsveranstaltungen und Pilotprojekten, bei denen Mitarbeiterinnen und Techniker einbezogen werden. Was mit dem Papieratlas als Anstoß begann, wurde von den Städten schnell und effektiv in die Tat umgesetzt und ist heute fester Bestandteil kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien geworden.

Heike Fischer ist Beraterin im Informationsbüro der Initiative Pro Recyclingpapier in Berlin und Projektleiterin des Papieratlas-Wettbewerbs.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 3151818-90, E-Mail: heike.fischer@papiernetz.de, www.papiernetz.de



## Zertifizierte Bio-Lebensmittel sind viel mehr als ein Produkt – sie sind Ausdruck eines Lebensstils. Willkommen auf der BioFach!



Alle Aussteller, Produkte und Neuheiten:  
[www.ask-BioFach.de](http://www.ask-BioFach.de)

Nürnberg, Germany  
16. – 19.2.2011



# BioFach 2011

Weltleitmesse für Bio-Produkte

Hier trifft sich die Bio-Welt

[www.biofach.de](http://www.biofach.de)

**Veranstalter**  
NürnbergMesse  
Tel +49 (0) 9 11. 86 06-49 09  
Fax +49 (0) 9 11. 86 06-49 08  
besucherservice@nuernbergmesse.de  
**Zutritt nur für Fachbesucher**

**Schirmherr der BioFach**  
**IFOAM**  
International Federation of  
Organic Agriculture Movements

**Nationaler Ideeller Träger**  
**BÖLW**  
Bund Ökologische  
Lebensmittelwirtschaft

**NÜRNBERG MESSE**

## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

Getränkeverpackungen**Dosen auf dem Vormarsch**

■ Die Getränkedosenhersteller haben für 2010 einen überdurchschnittlich großen Verkaufszuwachs gemeldet. Allein in den Sommermonaten hätten im Vergleich zum Vorjahr 56 Prozent mehr bepfandete Aludosen im Einkaufswagen gelegen, errechnete der Dachverband BMCE, im ganzen Jahr seien das über 704 Millionen Dosen gewesen. Das liege vor allem daran, dass große Discounter vermehrt Getränke in Dosengebinden anböten.

Einer Studie des Heidelberger Instituts für Energie- und Umweltforschung zufolge verursacht Bier in der Dose einen dreimal höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß als in der Mehrwegflasche, berichtete die österreichische Agentur PTE. Zudem würden bei der Aluminiumherstellung Chemikalien und Energie in großen Mengen benötigt. Das Ausgangsmaterial Bauxit stamme außerdem oft aus Gegenden, in denen vorher Regenwald abgeholzt worden sei. [jg]

- ▶ [www.presseanzeiger.de/thema/marktzahlen](http://www.presseanzeiger.de/thema/marktzahlen)
- ▶ PTE: [www.kurzlink.de/pte-aludose](http://www.kurzlink.de/pte-aludose)

Biomüll**EU-Richtlinie für Lebensmittelreste fehlt**

■ Nichtregierungsorganisationen und WissenschaftlerInnen haben die EU-Kommission Ende Oktober aufgefordert, bis 2015 eine Richtlinie für Lebensmittelreste vorzulegen. Ziel müsse sein, die durch Lebensmittelreste entstehenden Müllberge bis 2025 um die Hälfte zu reduzieren.

Die gemeinsame Erklärung enthält Forderungen an die EU-Institutionen, die Vereinten Nationen sowie andere Adressaten und fasst die Ergebnisse verschiedener Studien zusammen. Zwischen 25 und 50 Prozent aller produzierten Lebensmittel

landen in westlichen Industrienationen der Erklärung zufolge auf dem Müll. Das bedeute, dass täglich für jede Person 1.400 Kalorien zu viel produziert werden. Dies koste nicht nur bei der Anschaffung unnötig Geld – so verlöre eine durchschnittliche dänische Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern im Jahr rund 1.300 Euro –, es würden für diese Überproduktion auch ein Viertel des gesamten Trinkwasserverbrauchs benötigt und mehr als 300 Millionen Barrel Öl vergeudet. Jede Tonne Lebensmittelreste erzeuge zudem 4,2 Tonnen CO<sub>2</sub>.

Die Initiatoren wollen eine globale Partnerschaft ins Leben rufen, die sich des Themas annimmt. Außerdem müsse es mehr Forschungsanstrengungen geben, um Produktion und Verbrauch besser aufeinander abzustimmen. [jg]

- ▶ Erklärung: [www.kurzlink.de/decl-foodwaste.pdf](http://www.kurzlink.de/decl-foodwaste.pdf)

Gefährliche Chemikalien**Bald Grenzwerte für Schadstoffe in Müll?**

■ Im Zwischenergebnis einer Studie für die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission haben BeraterInnen Konzentrationsgrenzwerte für langlebige organische Schadstoffe (POPs) in Abfällen gefordert.

Polybromierte Diphenylether (PBDE), Perfluorooctansulfonat (PFOS) und Pentachlorbenzol (PeCB) sind bereits in der Stockholm-Konvention (POP-Konvention) gelistet und unterliegen Beschränkungen. In der Studie wird empfohlen, den Gehalt von PBDE und PFOS auf 10 ppm (parts per million), den Gehalt von PeCB in Abfällen auf 50 ppm zu begrenzen. Liegt der Gehalt höher, müsste der Müll in Zukunft durch physikalisch-chemische Behandlung oder Verbrennung „zerstört oder irreversibel verändert“ werden.

Die Endfassung der Studie soll im März 2011 erscheinen. [jg]

- ▶ [www.kurzlink.de/pops-report-2010](http://www.kurzlink.de/pops-report-2010)

RoHS-Richtlinie**Einigung bei gefährlichen Stoffen in Elektrogeräten**

■ Im Vermittlungsverfahren haben sich VertreterInnen von EU-Ministerrat und -Parlament Mitte November auf einen Kompromiss zur Neufassung der Richtlinie über die Verwendung gefährlicher Stoffe in Elektrogeräten (RoHS) geeinigt. Das EU-Parlament verzichtete auf eine Liste mit prioritären Substanzen, die nach der neuen RoHS-Richtlinie Verbote ermöglichen hätten. Der Umweltausschuss wollte ursprünglich eine Ausweitung der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Liste mit vier neuen Substanzen erreichen, um auch Stoffe wie bromierte Flammschutzmittel und PVC aufzunehmen. Berichterstatterin Jill Evans (Grüne, Großbritannien) schätzte es allerdings als aussichtslos ein, damit durch die Plenarabstimmung zu kommen, berichtete der Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily.

Beschlossen wurde auch, dass Ausnahmen für bestimmte Geräte – sofern es ungefährlichere Alternativen für die verwendeten Substanzen gibt – an ein weiteres Kriterium gekoppelt sind. Einzelne Mitgliedstaaten hätten gern uneingeschränkte Ausnahmen zugelassen, wenn es „in einem vernünftigen Zeitraum keine Alternativen gibt“, nun gilt eine Frist von höchstens acht Jahren. Außerdem wurde diese Zeitspanne daran gekoppelt, dass sie verkürzt wird, sobald es ungefährlichere Alternativen gibt. Dies alles jedoch unter der Prämisse, dass der Einsatz von Ersatzstoffen überhaupt technisch möglich ist und die negativen Effekte – etwa höhere Kosten – durch die positiven Effekte nicht aufgewogen werden können.

Umweltverbände fordern, möglichst gar keine gefährlichen Substanzen zu verwenden, die bei Herstellung, Nutzung oder Entsorgung Umwelt- und Gesundheitsprobleme verursachen.

Voraussichtlich Mitte Dezember stimmt das Plenum des EU-Parlaments über den erreichten Kompromiss ab. [jg]

- ▶ [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (EU-News – 17.11.2010)

**soziale technik**  
 ifz Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

Seit 20 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 20,- (für Studierende € 15,-).

**Kostenloses Probeabonnement! Mit Beiträgen zu:**

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik
- Informations- & Kommunikationstechnologien

**soziale technik**  
 ifz Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung



**Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abobestellungen:**  
 Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/810274  
 E-mail: waechter-r@ifz.tugraz.at  
 Web: www.ifz.tugraz.at/sote

### Chemikalienrecht

## Por Çöz vorläufig verboten

■ Das Umweltbundesamt (UBA) hat im Oktober den Verkauf des aus der Türkei stammenden Reinigungsmittels „Por Çöz“ vorläufig untersagt. Der Kalk- und Rostlöser enthalte mehr als 20 Prozent Salpetersäure. Das Einatmen giftiger Dämpfe könne zu lebensbedrohlichen Gesundheitseffekten führen. Das Verbot erfolgt erstmals nach dem Wasch- und Reinigungsmittelgesetz von 2007. Die EU-Kommission kann nun innerhalb von 90 Tagen endgültig entscheiden, ob das Produkt verkauft werden darf oder nicht. [jg]

► [www.uba.de](http://www.uba.de) (Presseinformation 051/2010)

### Chemikalien international

## Top Six der Umweltgifte

■ Die US-Umweltorganisation Blacksmith Institute und Green Cross Schweiz haben im November eine Liste der sechs weltweit gefährlichsten Umweltgifte des Jahres 2010 vorgelegt. Es sind Blei, Quecksilber, Chrom, Arsen, Pestizide und Radionuklide. Sie verursachen täglich Todesfälle und Krankheiten bei Millionen Menschen. Das Ranking zielt auf die Aufmerksamkeit politischer Entscheidungsträger. [jg]

► [www.kurzlink.de/umweltgifte2010.pdf](http://www.kurzlink.de/umweltgifte2010.pdf) (15 MB)

### Schiffsemissionen

## Sauber ankert günstiger

■ Einige europäische Häfen wollen Schiffen mit niedrigeren Emissionswerten ab 2011 geringere Liegegebühren berechnen. Das gab der Internationale Verband der Seehäfen IAPH bei der Vorstellung eines ökologischen Bewertungsindex für Schiffsemissionen im November in London bekannt.

Der Ökologische Schiffsindex (ESI) wurde im Rahmen der World Ports Climate Initiative von den Häfen Hamburg,

Bremen, Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen und Le Havre entwickelt. Die Initiatoren hoffen, dass der ESI als Grundlage für eine weltweit einheitliche Bewertung von Schiffsemissionen dienen wird. Er bewertet den Ausstoß von Stickstoffdioxid und Schwefeldioxid, berücksichtigt aber auch, ob ein Managementplan zur Vermeidung von Treibhausgasen vorliegt. Die Evaluation ist für Schiffseigentümer freiwillig. [em]

► [www.kurzlink.de/iaph-mitteilung](http://www.kurzlink.de/iaph-mitteilung)

► ESI: [www.environmentalshipindex.org](http://www.environmentalshipindex.org)

### Industrieemissionen

## Neue EU-Regeln gegen Umweltverschmutzung

■ Der EU-Ministerrat hat Anfang November die neue Industrieemissionsrichtlinie formal verabschiedet. Damit endete ein monatelanges Revisionsverfahren, bei dem sieben Richtlinien über industrielle Umweltverschmutzung kombiniert wurden (umwelt aktuell 06.2010, S. 10–11; 08/09.2010, S. 10). Die neue Richtlinie fasst die alte IPPC-Richtlinie über integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung und sechs weitere Richtlinien über Emissionen zusammen.

Zukünftig soll sich die Genehmigung von Neuanlagen an der besten verfügbaren Technik orientieren, sofern das technisch und wirtschaftlich leistbar ist. Die Richtlinie legt außerdem Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickoxide, Feinstaub und flüchtige organische Verbindungen fest. Bis 2013 müssen die Mitgliedstaaten „nationale Übergangspläne“ an die EU-Kommission melden.

Umweltverbände sind von dem Ergebnis enttäuscht, denn die Industrie und einige Mitgliedstaaten, die aus wirtschaftlichen Gründen an veralteten Kraftwerksparken festhalten wollen, setzten sich letztlich durch. Die Verbände wollen nun auf eine korrekte Umsetzung der neuen Richtlinie achten. So müssten die Orientierung an der besten verfügbaren Technik eingefordert und die Grenzwerte nach wissenschaftli-



## GLOBALISIERUNG &amp; EINE WELT

chen Erkenntnissen zum Umwelt- und Gesundheitsschutz angeglichen werden. Die EU-Kommission hatte festgestellt, dass die meisten Mitgliedstaaten noch nicht einmal die IPPC-Richtlinie richtig umsetzen.

Nach dem für Dezember oder Januar erwarteten Inkrafttreten haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, die EU-Richtlinie in nationales Recht zu übertragen. [jg]

- ▶ [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (EU-News 10.11.2010)
- ▶ Studie: [www.kurzlink.de/ippc-bericht2010.pdf](http://www.kurzlink.de/ippc-bericht2010.pdf)

### Nanotechnologie

## „Grüne“ Nanowunder fressen Geld und Energie

■ Das weltweite Umweltnetzwerk Friends of the Earth (FoE) hat in einer Studie Umweltversprechen der Nano-Industrie untersucht. Die Autoren stellten fest, dass „viel versprochen, wenig erreicht“ worden sei. Zudem seien die Energie- und Umweltkosten der neuen Technologien im Nanobereich weit höher als erwartet. Staaten wie die USA, Australien, Großbritannien, Mexiko, Japan und Saudi-Arabien nutzten öffentliche Fonds für die Entwicklung von Nanotechnologien sogar für die Ölförderung. Die weltgrößten petrochemischen Unternehmen, darunter Halliburton, Shell, BP America, ExxonMobil und Petrobras, hätten ein Konsortium zur Finanzierung der Ölförderforschung gegründet.

Auch die Entwicklung nanobasierter Technik für erneuerbare Energien läuft laut Studie nicht so gut wie erwartet. Nanosolarpaneele erreichten nur 90 Prozent der Effektivität herkömmlicher Paneele.

Die FoE-Studie untersuchte auch Kosmetika, Wasserstoffantriebe oder die TV-Produktion. In allen Industriezweigen sei der Energieeinsatz viel höher gewesen als mögliche Einspareffekte. So seien die Energiekosten zur Herstellung von Kohlenstoffnanofasern 13- bis 50-mal höher als bei der schon äußerst energieintensiven Aluminiumverhüttung. Auch Wasser und Lösungsmittel würden bei Nanotechnologien in unverhältnismäßig großen Mengen

verbraucht. Ein weiteres Problem seien zusätzliche Abfälle, meldete der BUND, Mitglied bei FoE. So müssten bei der Produktion von Nanomaterialien für die Elektronikindustrie am Ende 99 Prozent der eingesetzten Rohstoffe entsorgt werden.

Die „ökologischen Heilsversprechen“ der Nanobranche seien „im besten Fall Resultat von Wunschdenken der Befürworter, im schlimmsten Fall aber irreführendes ‚Greenwashing‘“, resümieren die Autoren. Die neuen Technologien hätten zwar durchaus Potenziale, so FoE. Die Organisation warnt jedoch vor neuen Gefahren. Im Zweifel würden Nanotechnologien durch die weitere Abhängigkeit von Öl und gefährlichen Chemikalien dem ökologischen Fußabdruck einfach nur eine weitere Dimension hinzufügen. [jg]

- ▶ Studie (PDF, 4 MB): [www.kurzlink.de/foe-nano](http://www.kurzlink.de/foe-nano)
- ▶ BUND, Jurek Vengels, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-422, E-Mail: [jurek.vengels@bund.net](mailto:jurek.vengels@bund.net), [www.bund.net/nanotechnologie](http://www.bund.net/nanotechnologie)

### Nanoforschung

## Nanoprodukte „undicht“

■ Das Umweltbundesamt (UBA) hat beispielhaft vier Produkte die Nanomaterialien enthalten, daraufhin analysieren lassen, ob sie bei Gebrauch Nanopartikel emittieren. Es handelte sich um Textilien, Fassadenfarbe, Autoreifen und Diesellostmittel. Das Ergebnis: Im Verlauf des Lebenszyklus können Nanopartikel in Luft und Oberflächengewässer gelangen. Dies kann über Abwässer und Kläranlagen, Regenwasser oder schon bei der Herstellung und Weiterverarbeitung geschehen.

Die Studie stellte zudem große Wissensdefizite fest. So fehlten geeignete Messmethoden, um Nanomaterialien in der Umwelt überhaupt zu identifizieren. Das UBA empfiehlt, einen Rechtsrahmen für den sicheren Umgang mit Nanomaterialien zu schaffen. Wesentlich seien dafür ein Produktregister und eine Kennzeichnungspflicht für nanohaltige Produkte. [jg]

- ▶ [www.uba.de/uba-info-medien/4028.html](http://www.uba.de/uba-info-medien/4028.html)

### Human Development Index

## Fortschritt ohne Wachstum

■ Dass auch in Ländern mit geringem Wirtschaftswachstum Fortschritt bei den Lebensbedingungen möglich ist, zeigt ein im November veröffentlichter Bericht des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP). Dieses bestimmt seit 1990 über Faktoren wie Lebenserwartung oder Schulbesuch den sogenannten Human Development Index für jedes Land. Erstmals wurden in diesem Jahr nicht nur die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, sondern auch die Langzeitentwicklung seit 1970 berechnet.

Dem Report zufolge ist weltweit die Lebenserwartung seit 1970 um durchschnittlich elf Jahre gestiegen. Der Anteil der Kinder, die mindestens acht Jahre zur Schule gehen, stieg von 55 auf 70 Prozent. Zu den Staaten, die seitdem den größten Fortschritt erreichen konnten, gehören Bangladesch, Kambodscha, China, Indonesien, Südkorea, Laos, Nepal und Oman – Länder, die beim Pro-Kopf-Einkommen größtenteils weit zurückliegen. [lk]

- ▶ Report: <http://hdr.undp.org>

### Bergbau

## Costa Rica verbietet Tagebaue

■ Das costaricanische Parlament hat nach langen Debatten ein Gesetz verabschiedet, das neue Tagebaue verbietet und die Verwendung von Umweltgiften wie Zyanid oder Quecksilber in bestehenden Bergwerken untersagt. Der Diskussion vorausgegangen war eine millionenschwere Kampagne der Minenindustrie, um das Verbot zu verhindern. Das Gesetz gilt als wegweisend für alle Entwicklungsländer.

Deutschland hat die Verwendung von Zyanid im Bergbau 2002 verboten, das EU-Parlament folgte im März 2010. [lk]

- ▶ [www.womblog.de/2010/11/13/costa-rica](http://www.womblog.de/2010/11/13/costa-rica)

## Wirtschaftspolitik

## „Rohstoffquellen und Handelswege sichern“

■ Im Mai 2010 war Horst Köhler als Bundespräsident zurückgetreten, nachdem er für seine Aussagen zur Außenpolitik in die Kritik geraten war. Köhler hatte in einem Interview gesagt, dass „im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege“. Ähnlich äußerte sich nun Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) zum G-20-Gipfel im November in Seoul. Dem Minister zufolge ist „die Sicherung der Handelswege und Rohstoffquellen ohne Zweifel unter militärischen und globalstrategischen Gesichtspunkten zu betrachten.“

Auch Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) erklärte bei einer Reise nach Lateinamerika im gleichen Monat wirtschaftliche Interessen zu einem wichtigen Aspekt der deutschen Politik. Er sei „für eine sehr wertorientierte Entwicklungszusammenarbeit, aber sie darf auch interessenorientiert sein“, wird Niebel von der Deutschen Welle (DW) zitiert.

In die Kritik von Hilfsorganisationen geriet auch die Ende Oktober verabschiedete Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Das Bischöfliche Hilfswerk Misereor kritisierte, dass „die Interessen der Menschen in den Abbauländern in der Rohstoffstrategie der Regierung nur am Rande zur Sprache“ kämen. [lk]

- ▶ Horst Köhler: [www.n-tv.de/-article898779.html](http://www.n-tv.de/-article898779.html)
- ▶ Guttenberg: [www.n-tv.de/-article1891496.html](http://www.n-tv.de/-article1891496.html)
- ▶ [www.dw-world.de/dw/article/0,,6181621,00.htm](http://www.dw-world.de/dw/article/0,,6181621,00.htm)
- ▶ Misereor, Barbara Wiegard, Tel. +49 (0)170 / 5746417, E-Mail: [barbara.wiegard@misereor.de](mailto:barbara.wiegard@misereor.de), [www.misereor.de](http://www.misereor.de) (Presse – 26. Oktober 2010)

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: [www.forumue.de](http://www.forumue.de) (Rundbriefe)

## KLIMA &amp; ENERGIE

## Internationaler Klimaschutz

## Mit kleinen Schritten nach Cancún

■ Das letzte Treffen vor dem UN-Klimagipfel im Dezember ist Anfang Oktober mit mageren Resultaten in der nordchinesischen Metropole Tianjin zu Ende gegangen. Die UnterhändlerInnen kamen rund zwei Monate vor dem Weltklimagipfel im mexikanischen Cancún auf dem Weg zu einer Einigung auf bindende CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele nicht voran.

Die zentrale Konfliktlinie der Verhandlungen ist noch immer die Frage, wie Entwicklungs- und vor allem Schwellenländer in Reduktionsvereinbarungen eingebunden werden. Besonders zwischen China und den USA spitze sich dieser Konflikt mittlerweile in einer Rhetorik nach dem Motto „Ich bewege mich erst, wenn du dich bewegst“ zu, sagte eine Greenpeace-Sprecherin vor Ort.

Die europäische Verhandlungsposition für Cancún, bis 2020 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 20 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken, bleibt unverändert. Obwohl einige EU-UmweltministerInnen sich seit Längerem für ein 30-Prozent-Ziel einsetzen, kam der EU-Umweltrat Mitte Oktober darüber zu keiner Einigung. Das Thema soll erst im Frühjahr wieder auf die Tagesordnung kommen. Die MinisterInnen sprachen sich aber für eine zweite Runde des Kyoto-Protokolls aus. Die EU-Staats- und Regierungschefs bekräftigten allerdings auf ihrem Gipfeltreffen Ende Oktober die Bedingung, dass ein zweiter Verpflichtungszeitraum Teil einer umfassenderen Vereinbarung sein müsse. So müsse die Aussicht auf ein globales Abkommen, das alle großen Volkswirtschaften in die Pflicht nimmt, bestehen bleiben. [am, jg]

- ▶ [www.greenpeace.org.uk/tags/tianjin](http://www.greenpeace.org.uk/tags/tianjin)
- ▶ Schlussfolgerungen: EU-Kommission (PDF): [www.kurzlink.de/comfolgancun](http://www.kurzlink.de/comfolgancun)
- ▶ EU-Gipfel (PDF): [www.kurzlink.de/folgerungrat](http://www.kurzlink.de/folgerungrat)

## Geoengineering

## Neues De-facto-Moratorium

■ Die 193 Mitgliedstaaten der UN-Konvention über biologische Vielfalt (CBD) haben ein De-facto-Moratorium für Geoengineering-Projekte und -Experimente beschlossen. „Damit sind jegliche privaten oder öffentlichen Experimente oder Abenteuerluste, die dazu dienen, die Erdtemperatur zu manipulieren, eine Verletzung des sorgsam hergestellten UN-Konsenses“, sagte Silvia Ribeiro, die Leiterin des lateinamerikanischen Zweigs der ETC Group. Die internationale Umweltschutzorganisation kämpft gegen die großflächige gezielte Veränderung von Land, Meer oder Atmosphäre, etwa um den Klimawandel auszugleichen oder aufzuhalten.

Die Vereinbarung wurde während des Ministersegmentes des UN-Biodiversitätsgipfels Ende Oktober im japanischen Nagoya erreicht (siehe S. 19). Dem Papier zufolge sind Geoengineering-Aktivitäten untersagt, solange die Risiken für die Umwelt, die Biodiversität und die damit zusammenhängenden sozialen, kulturellen und ökonomischen Einflüsse nicht angemessen berücksichtigt worden sind. „Das ist ein Sieg für das Gemeinwohl und die Vorsorge“, sagte Pat Mooney, Direktor der ETC Group. Er kritisierte allerdings, dass der begriffliche Rahmen zu eng gefasst sei, denn die CO<sub>2</sub>-Speicherung (CCS) falle nicht unter die Vereinbarung. [jg]

- ▶ ETC Group, Pat Mooney, Ottawa, E-Mail: [mooney@etcgroup.org](mailto:mooney@etcgroup.org), [www.etcgroup.org](http://www.etcgroup.org)
- ▶ [www.kurzlink.de/noteetgroup](http://www.kurzlink.de/noteetgroup)

## EU-Emissionshandel I

## Tricksen wird schwieriger

■ Mitte Oktober sind neue Regeln für den Registrierungsprozess im europäischen Handel mit Treibhausgas-Emissionsrechten (ETS) in Kraft getreten. Die Durchführungsverordnung der EU-Kommission soll Täuschungsversuche unterbinden, die die Wirksamkeit des Emissionshandels für den Klimaschutz untergraben. Brisantester

Vorfall war das Recycling von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten im Frühjahr 2010, als Ungarn bereits in den Kyoto-Mechanismen verbrauchte Zertifikate im ETS weiterverkaufte.

Nationale Behörden erhalten mit den neuen Regeln weitergehende Befugnisse. Sie können einer Firma die Eröffnung eines Zertifikatskontos verweigern und bei Betrugsverdacht auch Konten schließen.

Der Verband für CO<sub>2</sub>-Märkte und -Investoren (CMIA) begrüßte die Neuregelung, wie die Agentur ENDS berichtete. Ein Sprecher betonte jedoch, eine noch strengere Regelung nach dem Vorbild der Kontoeröffnung bei Banken sei wünschenswert. Auf dem Markt mit der neuen Währung CO<sub>2</sub>-Zertifikate fielen die Bankaufgaben den Registrierungsbehörden zu.

Die Durchführungsverordnung bereitet außerdem die Aufnahme des Flugverkehrs in das ETS im Jahr 2012 vor und beginnt mit der Umschichtung der Emissionszertifikate von den nationalen Registrierungsbehörden auf die europäische Ebene. Das ist ein wichtiger Schritt bei der Umsetzung der 2009 überarbeiteten ETS-Richtlinie.

Außerdem kündigte EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard Ende Oktober an, dass Zertifikate von großen Industriegasprojekten in China künftig nicht mehr im europäischen Emissionshandel akzeptiert werden sollen. Bei diesen Projekten wird gezielt das Treibhausgas Fluorkohlenwasserstoff (HFC) hergestellt, für dessen anschließende Zerstörung sich die Betreiber dann von im ETS aktiven Unternehmen bezahlen lassen. Die europäischen

Firmen zahlen also für Emissionsreduktionen, die nicht stattfinden, und lassen sich diese als Teil ihrer Einsparverpflichtungen anrechnen. Das sei unverantwortlich, sagte Hedegaard dem britischen Guardian.

Der Clean Development Mechanism (CDM) ist einer der Flexibilitätsmechanismen, die mit dem Kyoto-Protokoll eingeführt wurden. Ziel ist, dass Emissionsreduktionen dort stattfinden, wo sie am billigsten sind. Gleichzeitig sollen Entwicklungsländer vom Transfer sauberer Technologien profitieren. Umweltverbände kritisieren, dass sich Industriestaaten und dortige Unternehmen mit CDM-Projekten „freikaufen“, statt selbst Emissionen zu reduzieren. [am]

- ▶ Verordnung: [www.kurzlink.de/durchfuhrkom](http://www.kurzlink.de/durchfuhrkom)
- ▶ [www.cmia.net](http://www.cmia.net)
- ▶ Forum Umwelt & Entwicklung, Eva Filzmoser, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 8930894, [www.cdm-watch.org](http://www.cdm-watch.org)

## EU-Emissionshandel II

### Neue Obergrenze

Die EU-Kommission hat im Oktober eine neue Obergrenze für Zertifikate im EU-Emissionshandelsystem (ETS) veröffentlicht, berichtete das Portal Euractiv. Die Überarbeitung wurde nötig, weil ab 2013 neue Sektoren wie die Aluminiumindustrie am Emissionsrechtehandel teilnehmen und das ETS auf weitere Treibhausgase ausgeweitet werden soll. [am]

## EU-Emissionshandel III

### Firmengeheimnis CO<sub>2</sub>-Ausstoß

Nach einem Schlussantrag der Generalanwältin des EU-Gerichtshofs Mitte Oktober fallen Daten zum europäischen Emissionshandel (ETS) nicht unter die EU-Richtlinie über den Zugang zu Umweltinformationen. Sie müssten daher erst nach fünf Jahren durch die nationalen Registerbehörden offengelegt werden. Der Gerichtshof wird in einem Vorabentscheidungsverfahren über den Fall befinden.

Hintergrund ist eine Klage der Stadt Lyon, die schon 2006 beim französischen Emissionshandelsregister CDC die Offenlegung der Transaktionsaktivitäten mehrerer Fernwärmebetreiber verlangt hatte. Die CDC hatte dies unter Hinweis auf die Vertraulichkeit der Daten abgelehnt. Die Stadt verwies daraufhin auf die Relevanz der Daten für den Umweltschutz sowie auf die Verpflichtung zur Offenlegung durch die EU-Richtlinie.

Das Gutachten der Generalanwältin stellt jedoch kein zwingendes öffentliches Interesse an der Bekanntgabe der ETS-Daten fest, das gegenüber dem Schutz der Geschäftsgeheimnisse überwiegen würde. Das ändere sich erst dann, wenn die entsprechenden umweltschädlichen Emissionen tatsächlich freigesetzt würden. Da jedoch der Emissionshandel vorher stattfindet, überwiege der Schutz der Betriebsgeheimnisse. [em]

- ▶ Schlussantrag: [www.kurzlink.de/vorabeugh](http://www.kurzlink.de/vorabeugh)

## Werben Sie ... jetzt und hier!

Sie möchten im attraktiven redaktionellen Umfeld unserer Zeitschrift werblich vertreten sein? Andreas Hey unterbreitet Ihnen gerne individuelle Angebote für Ihre erfolgreiche Präsenz mit Anzeigen und Beilagen! Sie erreichen uns unter

- ▶ [hey@oekom.de](mailto:hey@oekom.de)
- ▶ Tel. +49/67 85/9 41-00 oder Fax +49/67 85/9 41-01.

Fordern Sie die aktuellen Mediadaten noch heute an – Sie finden sie auch im Internet unter

- ▶ [www.oekom.de/zeitschriften/mediadaten.html](http://www.oekom.de/zeitschriften/mediadaten.html)



Verlagsbüro **Andreas Hey**  
Am Hahn 1  
55758 Hottenbach

## CO<sub>2</sub> im Luftverkehr

### Bescheidene Einsparziele

■ Auf dem Treffen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation ICAO haben sich Regierungen der beteiligten Staaten darauf geeinigt, den Flugverkehr jährlich um zwei Prozent effizienter zu machen und die Treibhausgasemissionen des Sektors ab 2020 zu deckeln. Dafür sollen die einzelnen Staaten Aktionspläne veröffentlichen.

EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard sagte, sie habe von dem Treffen mehr erwartet, sei aber erfreut über das erreichte Zugeständnis bei der geplanten Einbeziehung des Luftverkehrs in das europäische Emissionshandelssystem (ETS). So wird dies nun auch ohne Einverständnis von Nicht-EU-Staaten möglich sein. Der kritische europäische Verkehrsverband Transport and Environment (T&E) erklärte, die EU zahle für den Schutz des ETS einen hohen Preis. Die Europäer waren mit dem Vorschlag, die globalen Emissionen aus dem Flugverkehr bis 2020 um zehn Prozent zu senken, in die Verhandlungen gegangen. [am]

► T&E: [www.kurzlink.de/stellungnahmete](http://www.kurzlink.de/stellungnahmete)

## G20-Gipfel in Seoul

### Keine Verpflichtungen zum Klimaschutz

■ Der G20-Gipfel der größten Volkswirtschaften der Welt am 11. und 12. November in Seoul hat sich auf wirtschaftliche Fragen und Streitbeilegung beschränkt. Klimawandel, Artenvielfalt und der Schutz der Weltmeere sind zwar in der Abschlussklärung erwähnt, wurden aber von den Staats- und Regierungschefs nicht vorangebracht. So beschloss der Gipfel keinerlei konkrete Schritte für den Klimaschutz.

Im Schlussdokument bekennen sich die Staaten zu „grünem Wachstum“ und nachhaltiger Entwicklung, bezeichnen die Bekämpfung des Klimawandels erneut als dringend und versprechen wirksame Maßnahmen im Sinne der UN-Klimavereinba-

rung von Kopenhagen. Statt konkreter und bindender Maßnahmen enthält das Papier aber nur das schon auf dem Pittsburgher Gipfel abgelegte Bekenntnis zum mittelfristigen, schrittweisen Abbau der Subventionen für Kohle und Öl im Rahmen der jeweiligen nationalen Gegebenheiten. Der Anfang November vorgelegte Bericht des UN-Expertengremiums zur Finanzierung der Klimaanpassung wurde den Finanzministern lediglich zur Beachtung empfohlen. Konkrete Vorschläge, wie die angestrebten 100 Milliarden Dollar für Entwicklungsländer bis 2020 aufgebracht werden sollen, fehlten. „Das G20-Abkommen ist leere Rhetorik, solange sich die Staatschefs nicht darauf einigen, eine klimafreundliche Wirtschaft mit drastisch reduzierten Treibhausgasen auch zu finanzieren“, sagte Daniel Mittler, politischer Direktor von Greenpeace International. [em]

- Gipfeldokument: [www.kurzlink.de/abschluss-seoul](http://www.kurzlink.de/abschluss-seoul)
- UN-Bericht: [www.kurzlink.de/finanzierung-klima](http://www.kurzlink.de/finanzierung-klima)
- Greenpeace: [www.kurzlink.de/seoul-pm](http://www.kurzlink.de/seoul-pm)

## Energieeffizienz I

### Europaparlament will bindendes Ziel

■ Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des EU-Parlaments hat Anfang November einen Bericht angenommen, in dem die EU-Kommission zur Festlegung eines rechtlich bindenden Energieeffizienzziels aufgerufen wird. Der Ausschuss fordert, dass Energieeinsparungen von 20 Prozent bis 2020 als bindende Zielmarke im Energieeffizienzaktionsplan festgeschrieben werden. Dieser wird zurzeit in der Generaldirektion Energie der Kommission ausgearbeitet und soll im Frühjahr 2011 erscheinen. Bisher hat die Kommission eine Entscheidung über ein rechtlich bindendes Einsparziel von 20 Prozent hinausgezögert.

Der WWF begrüßte den Bericht, über den nun im Dezember im Parlament abgestimmt werden soll. Die Entscheidung im ITRE und das nun zu erwartende positive

Votum des Parlaments gäben Hoffnung, dass das 20-Prozent-Einsparziel nunmehr Eingang in den Energieeffizienzaktionsplan finden werde.

Der Energieeffizienzaktionsplan gilt als wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer für alle Mitgliedstaaten bindenden Energieeffizienzrichtlinie, mit deren Vorlage für Herbst 2011 gerechnet wird. Von ihr werden neben detaillierten Zielen zur Energieeinsparung umfassende Instrumente zur energieeffizienten Ausrichtung des EU-Energiemarktes erwartet. [jgl]

► Bericht des ITRE: [www.kurzlink.de/forderungitire](http://www.kurzlink.de/forderungitire)

► WWF: [www.kurzlink.de/stellungwwf](http://www.kurzlink.de/stellungwwf)

## Energieeffizienz II

### EU richtet neuen Fonds ein

■ Der EU-Ministerrat und der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des Europäischen Parlaments haben sich Ende Oktober darauf geeinigt, ein neues Instrument zur Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen und Projekten für erneuerbare Energien einzurichten. Aus dem verbliebenen Budget des europäischen Energieprogramms zur Konjunkturbelebung werden 146 Millionen Euro bereitgestellt. Aus dem Fonds sollen vor allem Energiesparmaßnahmen und kleinere Projekte zur Förderung erneuerbarer Energien finanziert werden. Das Geld steht ab Januar 2011 zur Verfügung. [ej]

► [www.kurzlink.de/itrefund](http://www.kurzlink.de/itrefund)

## EU-Energiestrategie

### Kommission präsentiert Schwerpunkte bis 2020

■ Die EU-Kommission hat Anfang November einen Vorschlag für eine europäische Energiestrategie bis 2020 vorgelegt. In ihrer Mitteilung benennt sie unter anderem Energieeinsparungen, die Realisierung des

Binnenmarkts für Energie und die Vorreiterrolle Europas bei Effizienztechnologien als Schwerpunkte europäischer Energiepolitik für die kommenden zehn Jahre.

Die Kommission erneuert ihr politisches Bekenntnis zu dem Ziel, EU-weit 20 Prozent Energie bis 2020 einzusparen. Es ist allerdings keine Rede davon, dass das Ziel rechtlich verbindlich gemacht werden soll. Die Strategie erschien einen Tag, nachdem der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie im Europaparlament sich für ein verbindliches Energieeinsparziel im Zusammenhang mit der bevorstehenden Revision des Energieeffizienzaktionsplans ausgesprochen hat (siehe S. 12).

Umweltverbände und EuropaparlamentarierInnen sehen die Strategie kritisch. Die Parlamentsfraktion der Liberalen sowie die Umweltstiftung WWF begrüßten zwar den Schwerpunkt auf Energieeffizienz, beklagten aber, dass die Strategie das Einsparziel nicht verbindlich machen will. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen Rebecca Harms bezeichnete die Strategie zudem als „unausgewogen und trügerisch“. Die Grünen werfen Energiekommissar Günther Oettinger vor, die Rolle von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz herunterzuspielen und einen unkritischen Schwerpunkt auf die Atomenergie zu legen.

Die Energiestrategie soll sowohl auf dem Treffen der Energieminister im Dezember als auch beim Energiegipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 4. Februar diskutiert werden. [am]

► Mitteilung der EU-Kommission (PDF): [www.kurzlink.de/mitteilungkom](http://www.kurzlink.de/mitteilungkom)

## Energiekonzept

### Bundestag beschließt Energiekonzept

■ Ende Oktober hat der Bundestag das umstrittene Energiekonzept der Bundesregierung beschlossen. Damit treten die Vereinbarungen in Kraft, die das Kabinett Anfang September ausgehandelt hatte

(umwelt aktuell 10.2010, S. 15). Kernpunkte des Konzeptes sind eine Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre, veränderte Sicherheitsbestimmungen für Atomanlagen und Programme zum Ausbau erneuerbarer Energien.

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) sieht in dem Energiekonzept den „Weg in das Zeitalter regenerativer Energien“. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) hob hervor, dass kein anderes Industrieland ein derart ambitioniertes Programm habe. Verbände und die Opposition hingegen kritisieren das Energiekonzept heftig. Der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Bundesverband der Verbraucherzentralen (VZBV) sprachen sich gemeinsam gegen die Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke aus. DNR-Präsident Hubert Weinzierl sagte, Atomkraft sei „keine Brückentechnologie, sondern eine Blockadetechnologie“.

Bei der Diskussion des Energiekonzeptes im Umweltausschuss war es zuvor fast zum Eklat gekommen. Die Regierungsfractionen lehnten Anträge der Opposition ab, weitere Expertenanhörungen zu Einzelaspekten des Energiekonzeptes durchzuführen. VertreterInnen der Opposition zeigten sich empört und kritisierten, dass damit gegen demokratische Regeln verstoßen werde.

Ob der Bundesrat dem Energiekonzept zustimmen muss, ist weiter umstritten. Die Bundesregierung hält dies nicht für notwendig. Die Oppositionsparteien und mehrere Bundesländer drohen hingegen mit Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht.

Grüne EuropaparlamentarierInnen glauben, dass die deutsche Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke gegen europäisches Wettbewerbsrecht verstößt. Sie forderten die Europäische Kommission auf, Anfragen an die deutsche Regierung zu dem Beschluss zu stellen. [ej, am]

- Bundesregierung: [www.kurzlink.de/meldungregierung](http://www.kurzlink.de/meldungregierung)
- Verbände: [www.kurzlink.de/pm-dnr-dgb-vzbv](http://www.kurzlink.de/pm-dnr-dgb-vzbv)
- EU-Grüne: [www.kurzlink.de/anfragegreens](http://www.kurzlink.de/anfragegreens)

## Erneuerbare Energien

### Netzbetreiber geben höhere EEG-Umlage bekannt

■ Die Betreiber der deutschen Stromleitungen haben im Oktober die EEG-Umlage für 2011 veröffentlicht. Die Kosten zur Förderung erneuerbarer Energien erhöhen sich danach auf 13 Milliarden Euro. Damit steigt die Umlage von derzeit zwei Cent auf 5,5 Cent pro Kilowattstunde im Jahr 2011. Die EEG-Umlage muss von allen Endverbrauchern bezahlt werden. Die Deutsche Energieagentur Dena forderte deshalb, die Förderung um 90 Prozent zu reduzieren. Vor allem die Förderung von Solaranlagen sei für den Anstieg verantwortlich. Dorthin fließt fast die Hälfte der für 2011 vorgesehenen EEG-Umlage. Ein weiterer Ausbau von Solarenergie sei problematisch, so die Dena, da die deutschen Stromnetze nicht auf die stark schwankenden Solarstrommengen eingestellt seien. Allerdings werden in Deutschland seit Jahrzehnten auch fossile Energieträger gefördert. Milliarden fließen immer noch in die Steinkohle.

Auch Atomenergie wird massiv subventioniert. Müssten beispielsweise AKW-Betreiber alle anfallenden Kosten selbst tragen, wären die Preise für Atomstrom deutlich höher. Eine vom Forum für Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag von Greenpeace durchgeführte Studie beinhaltet erstmals umfassende Zahlen zur Bezuschussung von Kernenergie. Demnach wurde die Atomkraft in den vergangenen 60 Jahren mit 204 Milliarden Euro staatlich gefördert. Das bedeutet, dass jede Kilowattstunde Atomstrom mit mindestens 4,3 Cent subventioniert wird.

Außerdem veröffentlichte das Bundesministerium für Umwelt eine Studie über die Arbeitsplatzeffekte erneuerbarer Energien. Demnach arbeiten derzeit in Deutschland 340.000 Menschen in der Erneuerbare-Energien-Branche. Die Autoren gehen davon aus, dass 2030 dort eine halbe Million Menschen sind. [ej]

- EEG-Umlage: [www.kurzlink.de/eegumlage](http://www.kurzlink.de/eegumlage)
- Studie des FÖS: [www.kurzlink.de/studieatomsub](http://www.kurzlink.de/studieatomsub)
- Studie des BMU: [www.bmu.de/46538](http://www.bmu.de/46538)

## Gorleben wurde politisch und nicht wissenschaftlich ausgewählt

**Im Gorleben-Untersuchungsausschuss des Bundestages kommt jetzt ans Licht, dass für den Endlagerstandort im Wendland nicht fachliche, sondern politische Erwägungen den Ausschlag gaben, sagt die Obfrau der Grünen, Sylvia Kotting-Uhl.**

Die Regierungsparteien wollen in der Endlagerpolitik offenbar an die Fehler der 1980er-Jahre anknüpfen. Aus dem milliardenteuren Umweltde-saster, zu dem das kopflose Verfüllen des Versuchsendlagers Asse mit Atommüll geführt hat, haben sie keine Schlüsse gezogen. Ebenso wenig aus dem Abenteuer im sachsen-anhaltischen Morsleben, wo bis 1998 massenhaft westdeutscher Atommüll abgekippt wurde, obwohl das Lager geologisch völlig ungeeignet ist. Jetzt wollen CDU, CSU und FDP mit allen Tricks das Endlager für hochaktiven Atommüll in Gorleben durchdrücken, obwohl im Untersuchungsausschuss des Bundestages gerade ans Tageslicht kommt, wie die Bevölkerung im Wendland bei der Auswahl dieses Standorts vor 30 Jahren belogen und betrogen wurde.

Treibendes Motiv dafür, trotz gravierender Mängel auf Gorleben zu setzen, war der Entsorgungsnotstand. Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre drohte ohne Gorleben das gesamte Atomprogramm zu kippen. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung hatte das Parlament 1976 eine Pflicht zur Verwertung und Beseitigung der Abfälle ins Atomgesetz aufgenommen. Der Neubau von AKWs wurde an Fortschritte bei der Erkundung und Erschließung eines Endlagers gekoppelt. Damit diese „Entsorgungsvorsorgepflicht“ als erfüllt gelten konnte, brauchte man zumindest Indizien dafür, dass ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in absehbarer Zeit zur Verfügung stehen würde. Nur dafür wurde aus einem Salzstock voller Mängel und Gefahren der Endlagerstandort Gorleben gebastelt.

Die Details dieser dubiosen Standortfindung werden seit einem halben Jahr im Gorleben-Untersuchungsausschuss durch Zeugenaussagen und bisher nicht zugängliche Dokumente begreiflich. Offensichtlich wurden wissenschaftliche Erkenntnisse, die massiv gegen Gorleben sprachen, verheimlicht und unterdrückt. Um die Öffentlichkeit aus der Entscheidung herauszuhalten, wurde trotz rechtlicher Bedenken das industriefreundliche Bergrecht statt des Atomrechts zur Grundlage des Genehmigungsverfahrens gemacht. Politische Ein-

flussnahme ersetzte die wissenschaftliche Erkundung. Eine Zwischenbilanz<sup>(1)</sup> der bisherigen Arbeit des Untersuchungsausschusses zeigt: Gorleben ist ertrickt worden. Dass das jetzt herauskommt, ist keine folgenlose Geschichtshuberei. Die Frage, ob Gorleben ein Schwarzbau ist und ob die Bundesregierung dort an die Betrügereien der Vergangenheit anknüpfen darf, wird absehbar die Gerichte beschäftigen.

Die im Oktober vom Bundestag in einem unwürdigen Verfahren beschlossene Verlängerung der AKW-Laufzeiten ist schon wegen der ungelösten Entsorgung rechtswidrig. Als Entsorgungsvorsorge können Union und FDP nur auf den Uraltbeschluss zu Gorleben verweisen. Bis heute muss der 1977 gestellte Antrag zur Einleitung eines atomrechtlichen Planfeststellungsverfahrens als Beweis für die Erfüllung der Entsorgungspflicht herhalten. Seitdem wurde Gorleben in insgesamt 90 Genehmigungsbescheiden als Entsorgungsnachweis benannt. Dass die Justiz diese Machenschaften mit einem Okay adelt, ist nach den jetzt ans Licht gekommenen Fakten kaum vorstellbar. Gorleben ist politisch tot und juristisch verbrannt.

Die Spaltung der Gesellschaft, die die Atomparteien betreiben, verläuft allerdings deutlich zu deren Ungunsten. Die Bevölkerung lehnt den Atomlobbyismus mit breiter Mehrheit ab und die nächsten Wahlen werden kommen. Doch auch ganz unabhängig von Wahlen ist zu spüren, dass die Zivilgesellschaft nicht bereit ist, sich an der Nase herumführen zu lassen. Bis in die Union hinein regt sich Zivilcourage gegen die Atomzocker.

► (1) Kotting-Uhl, S.: Die potentielle Mega-Asse. Wendland-net, 25.10.2010. [www.kurzlink.de/mega-asse-1](http://www.kurzlink.de/mega-asse-1) und -2

**Sylvia Kotting-Uhl ist atompolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag und Mitglied im Gorleben-Untersuchungsausschuss.**

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 227-74740, Fax -76742, E-Mail: [sylvia.kotting-uhl@bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@bundestag.de), [www.kotting-uhl.de](http://www.kotting-uhl.de)**

## Windkraft

### Klimaschutz und Naturschutz

■ Die EU-Kommission hat Ende Oktober Leitlinien veröffentlicht, wie der Ausbau der Windenergie und der Schutz der Biodiversität miteinander vereinbar gemacht werden können. „Obgleich Windenergie für Flora und Fauna im Allgemeinen keine Bedrohung darstellt, können fehlerhaft konzipierte Windparks oder solche mit schlecht gewähltem Standort nachteilige Auswirkungen auf empfindliche Arten und Lebensräume haben“, schrieb die Kommission anlässlich der Veröffentlichung der Leitlinien. Weil der Windenergie bei der Verwirklichung des EU-Ziels, bis 2020 einen Anteil der erneuerbaren Energien von 20 Prozent am Gesamtenergieverbrauch Europas zu erreichen, eine wichtige Rolle zukomme, sei ihr sensibler Einsatz in Natura-2000-Gebieten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Solche Projekte müssten jedoch im Einzelfall bewertet werden. [jg]

- Leitlinien der EU-Kommission (PDF, 4 MB): [www.kurzlink.de/natura2000-windfarms](http://www.kurzlink.de/natura2000-windfarms)
- Empfehlungen des DNR: [www.windkraft.dnr.de](http://www.windkraft.dnr.de)

## Atommüll

### EU-Standards für die Lagerung

■ Die EU-Kommission hat Anfang November einen Vorschlag für eine Richtlinie zu Rahmenbedingungen für die unterirdische Lagerung von radioaktivem Abfall veröffentlicht. Die Lagerung von Atommüll unter der Erde wird darin als sicherste Option präsentiert. Die Richtlinie soll einheitliche Standards für das Management von Atommüll in den Mitgliedstaaten herstellen. In manchen Mitgliedstaaten gibt es dazu bisher noch gar keine Regelung, während andere schon weitgehende Standards festgelegt haben. Energiekommissar Günther Oettinger betonte die grenzüberschreitenden Folgen, die bei Unfällen in einem Land auftreten könnten.

Die Umweltorganisation Greenpeace

kritisierte den Vorschlag scharf. Die Richtlinie würde zu Investitionen in Lagerungs-orte führen, die gegebenenfalls keine ausreichende Sicherheit bieten würden. Dies könne zu hohen gesellschaftlichen und ökologischen Kosten führen. Die Kommission wies die Vorwürfe zurück und warf Greenpeace ihrerseits eine voreingenommene Haltung zu der Richtlinie aufgrund ihrer generellen Ablehnung von Atomenergie vor.

Die Grünen-Fraktion im Europaparlament äußerte sich ebenfalls kritisch. Allerdings hat das Parlament kein Mitentscheidungsrecht bei der Richtlinie, weil diese nach den Regeln des Euratom-Vertrages von 1957 verabschiedet wird. [am]

- ▶ Richtlinievorschlag (PDF):  
[www.kurzlink.de/richtlvorschl](http://www.kurzlink.de/richtlvorschl)
- ▶ Greenpeace:  
[www.kurzlink.de/greenpeace-atomr](http://www.kurzlink.de/greenpeace-atomr)

## Castor-Transport

### Rekordprotest im Wendland

■ Anfang November hat der zwölfte Castor-Transport mit anderthalb Tagen Verspätung das Atommüllzwischenlager in Gorleben erreicht. An der traditionellen Auftaktdemonstration gegen die Atompolitik der Bundesregierung in Splietau im Wendland beteiligten sich nach Angaben der VeranstalterInnen 50.000 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet – so viele wie noch nie bei Anti-Castor-Protesten.

Bereits auf dem Weg von der Wiederaufbereitungsanlage im französischen La Hague in das Wendland wurde der Atom-mülltransport mehrmals von Anti-Atomkraft-AktivistInnen aufgehalten, sodass der Transport über eine andere Strecke als geplant geleitet wurde. Auch in den folgenden Tagen nahmen Tausende Menschen an verschiedenen Aktionen zum Stopp des Castor-Transports im Wendland teil. 20.000 Beamte der niedersächsischen Polizei waren während der Proteste im Einsatz. [ej]

- ▶ [www.castor.de](http://www.castor.de)

## Europas Biospritpolitik führt vom Regen in die Traufe

**Nach einer neue Studie führen die europäischen Biokraftstoffziele zu massiven CO<sub>2</sub>-Emissionen und Landnutzungsänderungen. Damit fördert die EU ökologische und soziale Konflikte, sagt der NABU-Landwirtschaftsexperte Florian Schöne.**

Biokraftstoffe gelten als wichtige Säule der europäischen Klimapolitik. Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie der EU verpflichtet die Mitgliedstaaten, bis 2020 zehn Prozent des Gesamtenergieverbrauchs im Verkehrssektor aus erneuerbaren Quellen zu decken – vor allem durch Biokraftstoffe. Bis Ende Juni 2010 sollten die Mitgliedstaaten in Form nationaler Aktionspläne die vorgesehene Umsetzung der Richtlinie darlegen. Dabei werden auch die Emissionen aus direkter Landnutzungsänderung durch den steigenden Bedarf an Biokraftstoffen berücksichtigt. Das soll sicherstellen, dass nur solche Kraftstoffe gefördert werden, die auch erkennbar Treibhausgase einsparen.

Die Produktion von Biokraftstoffen kann jedoch auch indirekt zur Umwandlung von Flächen beitragen: Wenn mehr und mehr Agrarflächen für die Produktion von Biosprit genutzt werden, muss sich die Landwirtschaft in andere Gebiete ausdehnen, um den bestehenden Bedarf an Lebens- und Futtermitteln zu decken – schlimmstenfalls zulasten von Wäldern, Feuchtgebieten oder anderen kohlenstoffreichen und sensiblen Ökosystemen. Durch den Verdrängungseffekt verschlechtert sich die Treibhausgasbilanz der Biokraftstoffe ganz erheblich.

Vor diesem Hintergrund hat das Londoner Institut für Europäische Umweltpolitik (IEEP) im Auftrag zahlreicher europäischer Umweltverbände eine Studie<sup>(1)</sup> erarbeitet, die anhand der nationalen Aktionspläne das mögliche Ausmaß der indirekten Landnutzungsänderungen beschreibt. Nach Aussage der Aktionspläne sollen bis zum Jahr 2020 die Biokraftstoffe 9,5 Prozent des gesamten Treibstoffbedarfs im Verkehrssektor ausmachen. 92 Prozent des Biosprits sollen aus angebauten Energiepflanzen kommen. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass die EU-Ziele zusätzliche Treibhausgasemissionen in Höhe von 27 bis 56 Millionen Tonnen Kohlendioxid sowie einen zusätzlichen Flächenbedarf von bis zu 69.000 Quadratkilometern – das ist mehr als die doppelte Fläche von Belgien – verursachen. Anstatt wie vorgesehen

35 bis 50 Prozent weniger Klimagase auszustoßen, würden die in der EU vermarkteten Biokraftstoffe um 81 bis 167 Prozent schlechter für das Klima sein als fossile Kraftstoffe, wenn alle Landnutzungsänderungen berücksichtigt werden.

Die Berechnungen in der Studie basieren auf aktuellen Angaben der EU-Kommission zu indirekten Landnutzungsänderungen, insbesondere den Modellrechnungen des Joint Research Centre (JRC) der Kommission zur Abschätzung der Emissionen von Biokraftstoffen sowie den Daten des Weltklimarates IPCC zu Treibhausgasemissionen aus Landnutzungsänderungen. Nicht berücksichtigt wurden Biokraftstoffe, die aus Abfällen gewonnen werden oder aus Kulturen, die nicht für die Nahrungsmittelproduktion bestimmt sind (non-food crops). Da Letztere ebenfalls zu Landnutzungsänderungen führen können, ist die Studie vermutlich eine konservative Schätzung der zu erwartenden Emissionen.

Die Studie macht deutlich, dass die EU-Biokraftstoffpolitik gravierende Konsequenzen für Klimaschutz und Ökosysteme weltweit befürchten lässt, sofern die Ziele nicht korrigiert werden. Die beteiligten Umweltverbände rufen die Bundesregierung und die EU-Kommission auf, ihre Ausbauziele für Biokraftstoffe einzufrieren und die Konsequenzen der indirekten Landnutzungsänderungen in die Treibhausgasbilanzen der Kraftstoffe einzubeziehen.

- ▶ (1) [www.nabu.de/themen/landwirtschaft/biomasse](http://www.nabu.de/themen/landwirtschaft/biomasse)

**Florian Schöne ist stellvertretender Fachbereichsleiter für Naturschutz und Umweltpolitik und Referent für Agrarpolitik und Bioenergie beim Bundesverband des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) in Berlin.**

**Kontakt:**  
Tel. +49 (0)30 / 284984-1615, Fax -3615,  
E-Mail: [florian.schoene@nabu.de](mailto:florian.schoene@nabu.de),  
[www.nabu.de/landwirtschaft](http://www.nabu.de/landwirtschaft)

## KONSUM &amp; VERBRAUCHERSCHUTZ

## Lebensmittelsicherheit

**Essensverpackungen  
unbedenklich bunt**

■ Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) plant einen Vorstoß gegen gesundheitsschädliche Druckfarben auf Lebensmittelverpackungen. Weil die Europäische Kommission trotz einer Aufforderung aus Deutschland bisher keine EU-weite Regelung anstrebt, kündigte Aigner im November einen nationalen Alleingang an. Trotzdem will sie sich weiter für eine europäische Lösung einsetzen.

Der deutsche Verordnungsentwurf sieht vor, dass für Lebensmittelverpackungen nur noch Druckfarben verwendet werden dürfen, die nachweislich nicht die Gesundheit gefährden. Das Zertifikat für erlaubte Farben soll das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) erteilen.

Auch für die zertifizierten Stoffe soll es Höchstmengen geben, damit sie nur begrenzt auf Lebensmittel übergehen. Andere Druckfarbenbestandteile, die nicht vom BfR geprüft wurden, sollen nur noch verwendet werden dürfen, wenn sie in den Lebensmitteln nicht nachweisbar sind. Die Nachweisgrenze liegt bei 0,01 Milligramm pro Kilogramm des Lebensmittels. Stoffe, die im Verdacht stehen, Krebs zu erregen, das Erbgut zu verändern oder die Fortpflanzung zu beeinträchtigen (CMR-Stoffe), sollen verboten werden.

In den vergangenen Jahren gelangten immer wieder problematische Druckchemikalien in Nahrungsmittel. Die Deutsche Umwelthilfe fordert zum Schutz der Gesundheit daher seit Langem eine Positivliste mit zugelassenen Stoffen und verbindliche Höchstkonzentrationen für den Übergang auf Lebensmittel. Die Druckindustrie hingegen bevorzugt eine freiwillige Selbstverpflichtung. [mbu]

- ▶ Bundesverbraucherministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, [www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)
- ▶ [www.duh.de/druckchemie.html](http://www.duh.de/druckchemie.html)

## Ökologischer Konsum

**Nachhaltiger Warenkorb neu**

■ Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) hat im Oktober seinen Einkaufsführer „Der Nachhaltige Warenkorb“ aktualisiert. Er enthält nun auch Informationen zu neuen oder neu gestalteten Nachhaltigkeitssiegeln und einen erweiterten Saisonkalender für heimische Gemüse- und Obstsorten. Im neuen Einkaufsführer finden sich zudem Informationen zur Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB). Die DGNB vergibt Nachhaltigkeitszertifikate für verschiedene Gebäudetypen, indem sie deren gesamten Lebenszyklus betrachtet.

Seit sechs Jahren gibt der Nachhaltigkeitsrat mit der Warenkorbbroschüre Tipps zum umweltfreundlichen und sozial verantwortlichen Einkauf von Lebensmitteln, Kleidung, Spielsachen, Hausgeräten, Mobilität, Hausbau und Geldanlagen. Der Einkaufsführer ist die am stärksten nachgefragte Publikation des Rates. [mbu]

- ▶ [www.kurzlink.de/rne-warenkorb-brosch](http://www.kurzlink.de/rne-warenkorb-brosch)
- ▶ [www.dgnb.de](http://www.dgnb.de)

## LANDWIRTSCHAFT &amp; GENTECHNIK

## EU-Agrarreform

**Cioloş plant grünere Beihilfen**

■ Die EU-Kommission will künftig nur noch Beihilfen für die Landwirtschaft gewähren, wenn damit ein konkreter Nutzen für die Gesellschaft verbunden ist. Agrarkommissar Dacian Cioloş plant, die Vergabe von Subventionen für Bauern und Agrarbetriebe stärker an ökologische Kriterien zu knüpfen und eine Zahlungsobergrenze für Großunternehmen einzuführen. Das geht aus dem Reformkonzept für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) hervor, das Cioloş im November in Brüssel vorstellte. Für die deutschen Landwirte bedeutet dies eine Kürzung der Beihilfen. Sie sollen nur noch eine Grundsicherung

erhalten. Außerdem will die Kommission die Direktzahlungen für die Mitgliedstaaten künftig gerechter verteilen. Davon könnten vor allem die osteuropäischen Länder profitieren. Bis Mitte 2011 soll ein Gesetzesvorschlag vorliegen, Ende 2012 soll das Verfahren abgeschlossen sein.

Der Vorschlag vom November ist Grundlage für die anstehenden Verhandlungen mit den EU-Mitgliedstaaten und dem Parlament über die EU-Agrarpolitik von 2014 bis 2020. Der Agrarhaushalt ist mit mehr als 56 Milliarden Euro der größte Posten im gesamten EU-Budget, das 123 Milliarden Euro umfasst.

Der Konvent für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (Agricultural and Rural Convention, ARC2020) veröffentlichte einen eigenen GAP-Reformvorschlag. Darin schlägt der Zusammenschluss von europäischen zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Bündnissen die Abkehr von der industrialisierten Landwirtschaft vor. Diese soll von einer nachhaltigen Landbewirtschaftung mit regionalen Versorgungsketten, kurzen Wegen zwischen Bauern und Verbrauchern und mehr Umweltschutz abgelöst werden. [mbu] (Siehe auch Spezial, S. 29–38.)

- ▶ Kommissionsvorschlag (PDF): [www.kurzlink.de/agrarreform-com-2010](http://www.kurzlink.de/agrarreform-com-2010)
- ▶ ARC (PDF): [www.kurzlink.de/arc2020-agrarreform](http://www.kurzlink.de/arc2020-agrarreform)
- ▶ [www.arc2020.eu](http://www.arc2020.eu)

## EU-Agrarsubventionen

**EU-Gericht bremst  
Transparenz**

■ Empfänger von EU-Agrarbeihilfen dürfen vorerst nicht mehr öffentlich genannt werden. Das entschied der Europäische Gerichtshof im November in Luxemburg. Die Richter erklärten die entsprechende EU-Verordnung für ungültig, weil ihrer Auffassung nach mehr Daten als notwendig veröffentlicht und damit der Datenschutz verletzt wurden. Die Auflistung der Empfängernamen und der genauen Beiträge sei unverhältnismäßig.



Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) ließ daraufhin die Informationen über Zahlungen an deutsche Bauern im Internet sperren. Bis zu einer EU-weiten Neuregelung bleibt die Veröffentlichung von Bund und Ländern vorübergehend gestoppt. Die Offenlegung der Subventionen war stets umstritten. Deutschland hatte die Daten im Jahr 2009 wegen rechtlicher Bedenken erst verspätet publik gemacht. Zwei Landwirte aus Hessen hatten dagegen geklagt.

Während die Bundesregierung den Gerichtsentscheid lobte, forderten die Grünen im Bundestag die Europäische Kommission auf, zu prüfen, wie der persönliche Datenschutz gewährleistet werden könne. Der Europaabgeordnete der Grünen Martin Häusling betonte das Recht der Bürger, aber auch der mittelständischen Betriebe, zu wissen, wer aus dem Agrartopf das meiste Geld kassiert.

Die EU-Kommission will nun prüfen, wie eine neue Verordnung aussehen könnte. Ein Sprecher betonte, man bleibe der Transparenz verpflichtet und wolle deutlich machen, was mit dem Geld der Steuerzahler passiere. [mbu]

- ▶ Urteil: [www.kurzlink.de/eugh-agrarbeihilfen](http://www.kurzlink.de/eugh-agrarbeihilfen)
- ▶ Martin Häusling MdEP, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 284-5820, Fax -9820, E-Mail: [martin.haeusling@europarl.europa.eu](mailto:martin.haeusling@europarl.europa.eu), [www.martin-haeusling.de](http://www.martin-haeusling.de)

## Ökolandbau

### Biobodenfonds schützt Biobauern vor Biogasboom

■ Die alternative GLS-Bank und 13 brandenburgische Biobetriebe haben über einen Fonds 2.500 Hektar Land gekauft. Die Äcker im Biosphärenreservat Schorfheide, den die bundeseigene Bodenverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft (BVVG) bisher an die Landwirte verpachtet hatte, sollte privatisiert und europaweit zum Verkauf ausgeschrieben werden. Nun wurde in Verhandlungen mit Ministerien und der BVVG vereinbart, dass ein neu gegründeter Biobodenfonds das Land kauft und dieses mindestens 30 Jahre ökologisch bewirtschaftet wird. Damit sei die europaweit größte Ökolandbaufläche mit etwa 12.000 Hektar Größe ohne öffentliche Mittel gesichert worden, sagte Stefan Palme vom eigens gegründeten Bündnis Ökolandbauregion Südliche Uckermark.

Die seenreiche Schorfheide steht unter Unesco-Schutz. Seit Unternehmen dort massiv in Biogas investieren, steigen die Bodenpreise stark an. Die GLS-Bank sieht den Biobodenfonds als Modellprojekt. [mb]

- ▶ Stefan Palme, Angermünde, Tel. +49 (0)33334 / 7514, E-Mail: [palme@gut-wilmersdorf.de](mailto:palme@gut-wilmersdorf.de)
- ▶ [www.kurzlink.de/biobodenfonds](http://www.kurzlink.de/biobodenfonds)

## Forschungsförderung

### Gentechnik statt Ökolandbau

■ Die Bundesregierung will das Förderprogramm für Ökolandbauforschung auch für die konventionelle Landwirtschaft öffnen. Von dem Programm sollen nach dem Willen der Koalition künftig auch „nachhaltige“ Formen der herkömmlichen Bewirtschaftung profitieren.

Aus Sicht der Grünen will Schwarz-Gelb damit den Ökolandbau schwächen. Auch die SPD, der Anbauverband Bioland und der Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) kritisierten die Aufhebung der Zweckbindung des Programms. Der BÖLW-Vorsitzende Felix Prinz zu Löwenstein sagte, die Aushöhlung des Programms sei „umso unverständlicher“, als die Regierung 2,4 Milliarden Euro in die Bioökonomieforschung stecken wolle und dabei „mithilfe der Gentechnik die Nutzung der Biomasse für die Bedürfnisse der Industrie konditionieren will“.

Das Bundesprogramm Ökologischer Landbau umfasste zeitweilig 35 Millionen Euro im Jahr. Inzwischen sind es noch 16 Millionen Euro, die jährlich in Forschung, neue Technologien sowie Schulungsprojekte fließen. [mbu]

- ▶ BÖLW, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482-300, Fax -309, E-Mail: [info@boelw.de](mailto:info@boelw.de), [www.boelw.de](http://www.boelw.de)

# DEMO SA. 22.1.2011

BERLIN HBF. 12 UHR ANSCHLIESSEND: ROCK FOR NATURE

Am 22.1.2011 wollen sich internationale Agrarkonzerne wie **Monsanto, Müller Milch und BASF** mit Landwirtschaftsministern aus aller Welt in Berlin treffen. Eingeladen dazu hat die Bundesregierung. Bevor sie die Industrialisierung der Landwirtschaft mittels weiterer Abkommen über **Gentechnik, Tierfabriken und Dumping-Exporte** vorantreiben können, gehen wir – Bäuerinnen und Bauern, UmweltschützerInnen und VerbraucherInnen – gemeinsam auf die Straße und stellen uns deutlich dagegen.

## WIR HABEN GENTECHNIK, TIERFABRIKEN UND DUMPING-EXPORTE SATT!

JETZT ENTSCHEIDEN WIR ÜBER UNSER ESSEN.  
JA ZU BÄUERLICHER, ÖKOLOGISCHER LANDWIRTSCHAFT.  
JA ZU GESUNDEM, FAIR PRODUZIERTEM ESSEN.

**Spenden-Konto:** Empfänger: BUND  
Verwendung: Wir haben es satt - Demo  
Bank für Sozialwirtschaft  
Ktn.: 8280202, BLZ: 37020500

**WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE**

Tel: 030. 21 60 86 21, [info@wir-haben-es-satt.de](mailto:info@wir-haben-es-satt.de)



Gentechnikforschung**Führendes Institut stoppt Entwicklung von Genpflanzen**

■ Das französische Institut für Agrarforschung INRA hat die wissenschaftliche Arbeit zur Entwicklung von gentechnisch veränderten Pflanzen eingestellt. Nach eigenen Angaben legen die Forscher künftig ihren Schwerpunkt auf die konventionelle Pflanzenzüchtung. Gentechnik werde allenfalls als Hilfsmittel eingesetzt, hieß es. Grund sei die breite Ablehnung von Genpflanzen in der europäischen Bevölkerung. Erst wenn sich das ändert, will das Institut wieder zu Agrogentechnik forschen.

Nach den im November veröffentlichten Daten der jüngsten Eurobarometer-Umfrage ist das allerdings nicht zu erwarten. Ähnlich wie in den vergangenen Jahren, sprach sich eine deutliche Mehrheit der EuropäerInnen – 61 Prozent im Vergleich zu 57 Prozent im Jahr 2005 – gegen genetisch veränderte Lebensmittel aus. Als Begründung nannten die Befragten Sicherheitsbedenken, keine feststellbaren Vorteile von Gentechnik im Essen und ein allgemeines Unbehagen. [mbu]

- ▶ INRA: [www.inra.fr](http://www.inra.fr)
- ▶ Eurobarometer Biotechnologie (PDF, 450 S., 8 MB): [www.kurzlink.de/eurobarometer-2010](http://www.kurzlink.de/eurobarometer-2010)

Klonfleisch**EU-Kommission will Verbot**

■ Die Europäische Kommission hat im Oktober angekündigt, das Klonen von Tieren für die Lebensmittelproduktion sowie den Handel mit Fleisch geklonter Tiere für die nächsten fünf Jahre zu verbieten. Nicht betroffen ist das Klonen für andere Zwecke wie die Forschung. Zudem soll ein Rückverfolgungssystem für Importe von Reproduktionsmaterial für Klone, wie Samen oder Embryonen, geschaffen werden. Bisher war der Vertrieb von Klonfleisch nur in Dänemark verboten. [lk]

- ▶ [www.kurzlink.de/klonverbot-10-2010](http://www.kurzlink.de/klonverbot-10-2010)

Gentechnik in Futtermitteln**EU will Spuren tolerieren**

■ Die Europäische Kommission will die bisher geltende Nulltoleranz für in der EU nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen (GVO) kippen. Ein entsprechender Vorschlag wurde den Mitgliedstaaten im November vorgelegt. Die Pläne sehen einen Grenzwert von 0,1 Prozent für GMO in Futtermitteln vor, für die ein Genehmigungsverfahren in der EU läuft. Eine solche Verunreinigung soll auch dann zulässig sein, wenn der genmanipulierte Bestandteil nirgends zugelassen ist. Laut dem Vorschlag ist keine Sicherheitsbewertung notwendig, wie sie bei Anbaugenehmigungen für Genpflanzen erforderlich ist.

Sollten die Pläne eine Mehrheit unter den EU-Ländern finden, wäre das Vorsorgeprinzip ausgehebelt und eine schleichende Kontamination der gesamten Lebensmittelkette würde beginnen, sagen Kritiker. Friends of the Earth Europe (FoEE) befürchten, dass dem Import von illegalen Genprodukten Tür und Tor geöffnet wird.

Der Verordnungsentwurf wird auch noch im Europaparlament debattiert. [mbu]

- ▶ Vorschlag: [www.kurzlink.de/nulltoleranz-gvo-10](http://www.kurzlink.de/nulltoleranz-gvo-10)
- ▶ FoEE, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 5420180, E-Mail: [info@foeeurope.org](mailto:info@foeeurope.org), [www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)

Genpflanzenzulassung**EU-Behörde winkt ungetesteten Genmais durch**

■ Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA hat sich für die Zulassung einer gentechnisch veränderten Maissorte ausgesprochen, die laut dem Institut für unabhängige Folgenabschätzung in der Biotechnologie (Testbiotech) kaum getestet wurde. Der Anbau des sogenannten SmartStax-Maises der Firmen Monsanto und Dow ist in den USA erlaubt.

Die Sorte wurde durch Kreuzungen mehrerer gentechnisch veränderter Pflanzen geschaffen und produziert sechs verschiedene Insektengifte aus dem Ba-

cillus thuringiensis (Bt). Außerdem ist sie gegen zwei Pflanzengifte resistent. Die EFSA bewertete den Genmais als sicher, ohne Sicherheitstests zu verlangen. Die Behörde stützt sich ausschließlich auf die Risikobewertung der Ausgangspflanzen, die für die Kreuzung verwendet wurden.

Testbiotech-Direktor Christoph Then nannte diese Praxis verantwortungslos und gefährlich. Untersuchungen hätten gezeigt, dass die Kombinationen verschiedener Bt-Insektengifte deren Wirkung erheblich verstärken könne. [mbu]

- ▶ Testbiotech, München, Tel. +49 (0)89 / 35899276, E-Mail: [info@testbiotech.org](mailto:info@testbiotech.org), [www.testbiotech.org](http://www.testbiotech.org)

Gentechnikfreie Zonen**Thüringen gentechnikfrei**

■ Thüringen ist als erstes deutsches Bundesland dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beigetreten. Die derzeit 51 europäischen Regionen haben sich schriftlich zur gentechnikfreien Landwirtschaft verpflichtet. Sie wollen gentechnikfreie Gebiete in der EU rechtsverbindlich verankern. Ein Ziel des Bündnisses ist, die Qualität und Akzeptanz der Produkte aus heimischer Landwirtschaft zu schützen. Thüringens Gesundheitsministerin Heike Taubert (SPD) sieht mit dem Beschluss einen wichtigen Standort- und Wirtschaftsfaktor gesichert.

Bei der Basisbewegung der gentechnikfreien Regionen geben Land- und Forstwirte freiwillige Selbstverpflichtungserklärungen ab, keine Gentechnik einzusetzen. Auf politischer Ebene haben sich auch schon viele Kommunen und Landkreise in Deutschland zu einer gentechnikfreien Landwirtschaft verpflichtet. In der EU diskutieren zurzeit Kommission, Ministerrat und Parlament über die nationale Selbstbestimmung bei Anbauverböten von Genpflanzen (siehe S. 37). [mbu]

- ▶ Gesundheitsministerium Thüringen, Erfurt, Tel. +49 (0)361 / 37900, [www.thueringen.de/de/tmsfg](http://www.thueringen.de/de/tmsfg)
- ▶ [www.gentechnikfreie-regionen.de](http://www.gentechnikfreie-regionen.de)

## NATURSCHUTZ &amp; BIODIVERSITÄT

## UN-Biodiversitätsgipfel

**In letzter Minute erfolgreich**

■ Am letzten Tag der 10. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Biodiversitätskonvention (CBD) haben die Delegierten der 193 Vertragsstaaten in Nagoya wichtige Beschlüsse zum Schutz der Artenvielfalt gefasst. Der Erfolg war einem Kompromissvorschlag des Gastgebers Japan zu verdanken.

Das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen Ende Oktober ist die Einigung über das ABS-Protokoll (Access and Benefit Sharing – Zugang und gerechter Vorteilsausgleich), um die sogenannte Biopiraterie zu stoppen. Pharmafirmen sollen sich nicht mehr umsonst an den genetischen Ressourcen und dem traditionellen Wissen indigener Völker bedienen können, sondern müssen die lokale Bevölkerung an den Gewinnen für daraus entwickelte Arzneimittel beteiligen. Das Protokoll wird dies nach Inkrafttreten völkerrechtlich verbindlich regeln.

Der strategische Plan 2020, der ein 20-Punkte-Programm zur Sicherung der biologischen Vielfalt beinhaltet, stand ebenso auf der Tagesordnung wie die Frage der Finanzierungsstrategien. Japan will in den nächsten drei Jahren zwei Milliarden Dollar für die Erhaltung der biologischen Vielfalt bereitstellen. Die Vertreter der anderen Industriestaaten wollen bis 2012 den Finanzbedarf und die vorhandenen Ressourcen zum Biodiversitätsschutz ermitteln und erst dann Finanzausgaben geben.

Enttäuscht waren deutsche Nichtregierungsorganisationen (NGO) von den Zielen zur Ausweitung der Schutzgebiete auf 17 Prozent an Land und auf zehn Prozent im Meer. Diese Zahlen liegen weit hinter ihren Erwartungen zurück: Von 25 beziehungsweise 20 Prozent sprach Kathrin Blaufuss, Koordinatorin der deutschen NGO-Vorbereitungen zum Nagoya-Gipfel. Bei der Entwaldung konnten die Naturschutzverbände ihr Ziel, einen kompletten Stopp, ebenfalls nicht erreichen. Der

Kompromiss sieht nur eine Halbierung der Abholzungen vor.

Ein weiterer Erfolg der Konferenz ist ein Beschluss zum Abbau von Subventionen, die der Artenvielfalt schaden. Das wird Auswirkungen auf die Reformen in Landwirtschaft und Fischerei haben. Umweltverbände lobten auch das Moratorium zum Geoengineering (siehe Seite 10). [nsa]

- ▶ Forum Umwelt und Entwicklung/DNR, Kathrin Blaufuss, Tel. +49 (0)30 / 6781775-74, E-Mail: k.blaufuss@forumue.de, www.forumue.de
- ▶ Dokumente: www.cbd.int/cop10/insession

Biodiversitätsverlust**TEEB-Studie listet Kosten auf**

■ Wird die Naturzerstörung nicht gestoppt, drohen volkswirtschaftliche Kosten in tausendfacher Milliardenhöhe. Das geht aus dem sogenannten TEEB-Endbericht hervor, der Ende Oktober beim UN-Gipfel im japanischen Nagoya veröffentlicht wurde. Die Studie „The Economics of Ecosystems and Biodiversity“, an der weltweit über 500 Wissenschaftler mitarbeiteten, soll zum „Stern-Report der Biodiversität“ werden.

Die Studie weist Ökosystemen und Biodiversitäts-Dienstleistungen einen konkreten Wert zu und fordert Staaten auf, diesen in ihre volkswirtschaftlichen Rechnungen einzubeziehen. So böten allein Insekten jährlich umgerechnet 110 Milliarden Euro an Bestäubungsleistung. Auf Basis der Berechnungen sollen Verursacher von Umweltschäden entsprechend haftbar gemacht werden und Nutznießer für Naturleistungen zahlen. Mexiko hat bereits ein System eingeführt, bei dem Leistungen eines Ökosystems angerechnet werden. Dadurch habe sich dort die Abholzungsrate innerhalb von sieben Jahren halbiert, hieß es beim Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig, das maßgeblich an der Studie beteiligt war. [jgl]

- ▶ TEEB-Dokumente: www.teebweb.org
- ▶ UFZ, Dr. Carsten Neßhöver, Leipzig, Tel. +49 (0)341 / 235-1649, Fax -1470, www.ufz.de/teeb

Wirbeltiere**Vom Aussterben bedroht**

■ Einer aktuellen Veröffentlichung der Weltnaturschutzunion IUCN zufolge ist jede fünfte Wirbeltierart weltweit bedroht. Die Studie wertet fünf Untersuchungen zur Entwicklung der Biodiversität der Erde aus und beschreibt die Ursachen. Durchschnittlich geraten laut der Studie 50 Wirbeltiere jährlich in Gefahr auszusterben. Ohne Naturschutz läge der Verlust der Arten noch um 20 Prozent höher. [nsa]

- ▶ www.iucnredlist.org

Rechtsprechung**EU-Gericht stärkt Naturschutz**

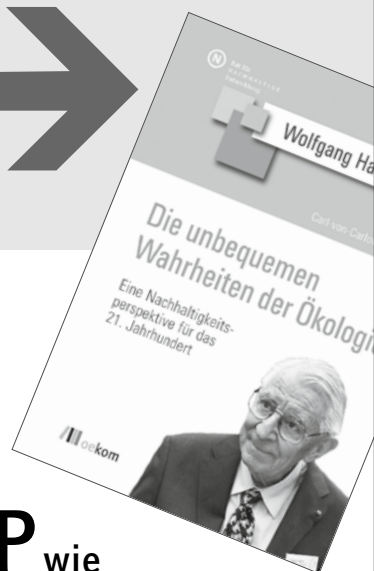
■ Der Gerichtshof der Europäischen Union hat im Oktober zwei Urteile gefällt, die den Naturschutz in der Europäischen Rechtsprechung stärken. In der Rechtssache C-61/09 stellten die Richter fest, dass sich eine landwirtschaftliche Nutzung von Flächen mit Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht widersprechen. Hintergrund des Falls war die Frage einer Schäferin vor dem Landesgericht Rheinland-Pfalz, ob von Schäfern nachhaltig bewirtschaftete Naturschutzflächen auch über die erste Säule der EU-Agrarpolitik gefördert werden können. Dies bejahte der Gerichtshof. Seinem Urteil zufolge sind auch Flächen, die überwiegend Ziele der Landschaftspflege und des Naturschutzes verfolgen, für landwirtschaftliche Subventionen zugelassen.

Das Urteil in der Rechtssache C-535/07 betrifft eine Vertragsverletzungsklage gegen Österreich. Die Europäische Kommission hatte festgestellt, dass einige Vogelschutzgebiete in Österreich nur unzureichend rechtlich geschützt worden waren. Der Gerichtshof stellte nun bei bestimmten Schutzgebieten Verstöße Österreichs gegen Vorschriften der Vogelschutzrichtlinie und der Habitatrichtlinie fest. [ej]

- ▶ www.kurzlink.de/Rechtssache-C-61/09
- ▶ www.kurzlink.de/Rechtssache-C-535/07

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## P wie Perspektiven

Um den Weg in eine nachhaltige Zukunft erfolgreich beschreiten zu können, müssen wir mystifizierenden Bildern von Mensch und Natur eine klare Absage erteilen und uns auf die Wirklichkeit besinnen: Dass die Endlichkeit der Ressourcen und das Bevölkerungswachstum die Schlüsselprobleme des 21. Jahrhunderts sind. Wolfgang Haber, der Doyen der wissenschaftlichen Ökologie, erläutert seine Gedanken und Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung.

W. Haber

**Die unbequemen Wahrheiten der Ökologie**  
Eine Nachhaltigkeitsperspektive für das 21. Jahrhundert

Carl-von-Carlowitz-Reihe Band 1,  
69 Seiten, komplett in Farbe, 12,90 EUR,  
ISBN 978-3-86581-217-9

Erhältlich bei  
www.oekom.de  
kontakt@oekom.de

**oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

### Illegales Holz

## Einfuhr ab 2013 verboten

■ Der EU-Ministerrat hat im Oktober dem Holzhandelsgesetz zugestimmt, über das im Juli bereits das Europäische Parlament in zweiter Lesung abgestimmt hatte. Damit ist die Einfuhr von illegal geschlagenem Holz in Zukunft verboten. Sogenannte Erstinverkehrbringer von Holz und Holzprodukten müssen ab Anfang 2013 nachweisen, dass diese aus legalen Holzern stammen. Strafen bleiben allerdings den Mitgliedstaaten vorbehalten.

Der WWF lobte das Gesetz, kritisierte aber, dass es erst in 27 Monaten in Kraft tritt und nicht für alle Produkte gilt. „Höchst problematisch“ sei, dass Druckerzeugnisse wie Bücher und Magazine nicht unter die Regelung fallen und weiter aus illegalem Einschlag stammen können. [jg]

- ▶ [www.kurzlink.de/wwf-illegales-holz](http://www.kurzlink.de/wwf-illegales-holz)
- ▶ [www.kurzlink.de/council-ill-wood](http://www.kurzlink.de/council-ill-wood) (PDF, S. 17)
- ▶ Gesetzgebungsverfahren: [www.kurzlink.de/ogv](http://www.kurzlink.de/ogv)

### Vogeljagd

## Malta nicht EU-konform

■ Die Europäische Kommission hat im Oktober die Regierung Maltas aufgefordert, den Bestimmungen der Vogelschutzrichtlinie für die Jagd auf Zugvögel Folge zu leisten. Damit reagierte Brüssel auf die Ankündigung des Landes, über eine Rahmenregelung den Abschuss von 13.000 Wachteln und 12.000 Turteltauben innerhalb einer dreiwöchigen Frühjahrsjagdsaison zu genehmigen. Die Kommission kündigte eine Fortsetzung des Klageverfahrens vor dem Gerichtshof der Europäischen Union an, falls Malta sich nicht an die EU-Regeln halte. Bei einer erneuten Verurteilung vor dem Gerichtshof drohen Malta empfindliche Strafzahlungen. Der NABU unterstützt das konsequente Vorgehen der EU-Kommission. [bv]

- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: IP/10/1409)
- ▶ NABU, Vogelschutzreferent Dr. Markus Nipkow, Berlin, Tel. +49 (0)30/2849841620, [www.nabu.de](http://www.nabu.de)

### Natur des Jahres 2011

## Gartenrotschwanz und Äsche

■ Auch für 2011 werden wieder Tiere, Pflanzen und Landschaften, die gefährdet sind oder deren besondere Eigenschaften in Vergessenheit geraten, zu Naturelementen des Jahres gewählt.

So war das Wissen über die Heilwirkung der Elsbeere bei Ruhr und Magen-Darm-Krankheiten verschwunden, bis die Dr.-Silvius-Wodarz-Stiftung sie zum Baum des Jahres 2011 kürte.

Mit der Wahl der Moorlilie zur Blume des Jahres will die Loki-Schmidt-Stiftung nicht nur auf die selten gewordene Pflanze aufmerksam machen, sondern auch auf ihren bedrohten Lebensraum, das Moor. Der Gartenrotschwanz wurde vom NABU zum Vogel des Jahres 2011 gekürt, da er entgegen seinem Namen in vielen Gärten Deutschlands kaum noch anzutreffen ist.

Des Weiteren wurden die Große Kerbameise als Insekt des Jahres, der Rote Gitterling als Pilz des Jahres, die Äsche als Fisch des Jahres und das Große Mausohr als Höhlentier des Jahres 2011 gewählt. Landschaft des Jahres 2010 und 2011 ist der Slowakische Karst, Flusslandschaft ist die Emscher. [nsa]

- ▶ [www.nabu.de/naturdesjahres](http://www.nabu.de/naturdesjahres)

### Biotopverbund

## Dialogforum verbindet

■ Rund 150 TeilnehmerInnen aus Politik und Gesellschaft haben im November auf einem Dialogforum in Bonn über Biotopverbände debattiert. Mit der Veranstaltung wollten das Bundesumweltministerium und das Bundesamt für Naturschutz (BfN) den Biotopverbund stärker in die Diskussion über die Umsetzung der Ziele der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt bringen. Die Vernetzung von Lebensräumen sei gerade auch außerhalb von Schutzgebieten für die biologische Vielfalt von zentraler Bedeutung, so das BfN. [bv]

- ▶ [www.kurzlink.de/biotopverbund-forum](http://www.kurzlink.de/biotopverbund-forum)

## STADT &amp; REGION

Städtebauförderung**„Soziale Stadt“ vor dem Aus?**

■ Die Bundesmittel für die Städtebauförderung in benachteiligten Stadtteilen sollen 2011 von 95 auf 28,5 Millionen Euro schrumpfen. Das beschloss der Haushaltsausschuss des Bundestages.

Die SPD-Fraktion kritisierte, ausgerechnet die sozialen Maßnahmen des Programms würden gestrichen. Die Förderung solle nur noch Bauprojekten zugute kommen. Das Programm mit dem Titel „Soziale Stadt“ ermöglichte seit 1999 Maßnahmen in bundesweit 571 Gebieten. Vielfach wurden ökologische Aspekte berücksichtigt, etwa bei der Einrichtung der Umwelt-Lernwerkstatt in Bremen, Aktionen gegen Lärm in Stuttgart, interkulturellen Gärten in Marburg oder dem Recyclingprojekt NUTZbar in Berlin. [fn]

- ▶ DNR-Projekt Mehr Gerechtigkeit durch Umweltschutz, Florian Noto, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177584, [www.nachhaltigkeits-check.de](http://www.nachhaltigkeits-check.de)

Daseinsvorsorge**Erfolg gegen Geheimverträge**

■ Mit einer bundesweit einzigartigen Aktion haben BürgerInnen die Offenlegung von Geheimverträgen erwirkt. Über 320.000 unterstützten ein Volksbegehren über die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben. Das veranlasste den Berliner Senat, schon vor dem anvisierten Volksentscheid Teile der Verträge zu veröffentlichen. Das breite Bündnis für das Volksbegehren sieht sich in seiner Ansicht bestätigt, dass die Verträge bei garantierten Gewinnen für die Käufer der Wasserbetriebe zu höheren Preisen für die VerbraucherInnen, Arbeitsplatzabbau und der Schließung von Wasserwerken geführt haben. [jg]

- ▶ [www.berliner-wassertisch.net](http://www.berliner-wassertisch.net)

Nachhaltige Stadtentwicklung**Umweltpreise für Städte**

■ „Grüne Hauptstadt Europas“ dürfen sich 2012 die spanische Regionalhauptstadt Vitoria-Gasteiz und 2013 die französische Stadt Nantes nennen. Das ebenfalls in die engere Auswahl gekommene Nürnberg konnte sich bei der Titelvergabe durch die EU-Kommission nicht durchsetzen. Vitoria-Gasteiz gewann den Titel durch konsequente Begrünung. Außerdem will die Stadt ihren Wasserverbrauch weiter reduzieren. Nantes wurde für seine vorbildliche Verkehrspolitik ausgezeichnet. Radfahren und ÖPNV werden gefördert. Nantes führte als erste französische Stadt die elektrische Straßenbahn wieder ein.

Freiburg hat den von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) verliehenen Preis „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ erhalten. Den zweiten Platz belegte Frankfurt am Main, den dritten Heidelberg. Als Kommune bis 20.000 Einwohner wurde Ratekau in Ostholstein ausgezeichnet, bei den Städten unter 100.000 Einwohner siegte Esslingen am Neckar. [jg, lk]

- ▶ [www.europeangreencapital.eu](http://www.europeangreencapital.eu)
- ▶ [www.duh.de/klimakommune.html](http://www.duh.de/klimakommune.html)

Regionale Projekte**Neustart in der Schweiz**

■ „Eine markante Reduktion des Ressourcenverbrauchs und eine umfassende Verbesserung der Lebensqualität“ will der Ende August gegründete Verein Neustart Schweiz erreichen. Sein dezentrales Modell des Zusammenlebens von „Nachbarschaften“ bezieht ökologische, soziale und ökonomische Aspekte von städtischer und ländlicher Bevölkerung ein. So soll etwa eine Nachbarschaft ihre Grundversorgung an Lebensmitteln von landwirtschaftlichen Betrieben aus maximal 40 Kilometern Entfernung erhalten. Den Anstoß gab das Buch „Neustart Schweiz“ des bekannten Züricher Autors P. M. [hmp]

- ▶ [www.neustartschweiz.ch](http://www.neustartschweiz.ch)

## TIERSCHUTZ &amp; ETHIK

Tierversuche**Versuchstierrichtlinie in Kraft**

■ Die neue EU-Richtlinie zum Schutz von Versuchstieren ist im November in Kraft getreten. Sie legt erstmals EU-weite Mindeststandards fest. Das Rahmengesetz sieht unter anderem vor, dass Versuche, die mit starken Leiden verbunden sind, nur noch in Ausnahmefällen genehmigt werden dürfen. Mit seinem Inkrafttreten beginnt für die EU-Mitgliedstaaten die zweijährige Umsetzungsfrist in nationales Recht. In Deutschland bedeutet dies die Novellierung des Tierschutzgesetzes. Dabei dürften die derzeit gültigen Regelungen nicht abgeschwächt werden, forderte der Deutsche Tierschutzbund. Gleichzeitig böten einige Bestimmungen der neuen Richtlinie Möglichkeiten, die „explodierenden Tierversuchszahlen endlich in den Griff zu bekommen“. [lk]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 604960, [www.tierschutzbund.de/4213.html](http://www.tierschutzbund.de/4213.html)
- ▶ [www.kurzlink.de/aerztegegentiervers](http://www.kurzlink.de/aerztegegentiervers)

Robben-Handelsverbot**EU-Gericht beendet Blockade**

■ Das EU-Handelsverbot für Robbenprodukte ist seit Ende Oktober in vollem Umfang wirksam. Noch vor der Jagdsaison hob der EU-Gerichtshof die Aussetzung des Gesetzes auf, die norwegische und kanadische Jäger und Händler kurz vor dem Inkrafttreten im August erwirkt hatten. Das Verbot betrifft alle Robbenprodukte aus der kommerziellen Jagd in Ländern wie Kanada, Norwegen und Namibia. Für indigene Völker gelten Ausnahmeregelungen.

Kanada will das EU-Gesetz nun über die Welthandelsorganisation WTO zu Fall bringen. Noch für 2010 werden dazu weitere Konsultationen erwartet. [mb, lk]

- ▶ [www.kurzlink.de/ifaw-robben](http://www.kurzlink.de/ifaw-robben)

## UMWELTPOLITIK &amp; UMWELTRECHT

## EU-Umweltpolitik

**Arbeitsprogramm für 2011**

■ Ressourceneffizienz, Energieinfrastrukturen und ein Weißbuch zur Verkehrspolitik stehen ebenso auf der Agenda der EU-Kommission für 2011 wie die Bekämpfung des Klimawandels und die Vorbereitungen für den Rio+20-Gipfel im Jahr 2012. Darüber hinaus dominieren Wirtschaftsthemen im Programm der Kommission unter Präsident José Manuel Barroso: 20 Mal kommt „Wachstum“ im zwölfseitigen Arbeitsprogramm vor, „Umwelt“ nur viermal. Geplant ist aber eine „Roadmap“, um das Wachstum vom Ressourcenverbrauch abzukoppeln. Dabei soll auch eine „CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft“ gefördert werden. Biodiversität wird dagegen nicht erwähnt.

Bestandteil des Arbeitsprogramms ist auch die nachhaltige Ressourcennutzung in der Agrar- und Fischereipolitik, die bis Ende 2013 reformiert werden sollen. Für Juni 2011 hat die EU-Kommission einen Vorschlag zum mehrjährigen Finanzrahmen angekündigt. In den darauffolgenden Monaten sollen Vorschläge zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, der Gemeinsamen Fischereipolitik sowie der EU-Kohäsionspolitik (ab Sommer bis Ende 2011) folgen. Ebenso auf dem Plan stehen prioritäre Stoffe gemäß der Wasserrahmenrichtlinie.

Unter der Überschrift „intelligente Regulierung fördern“ kündigt die Kommission mehr Folgeabschätzungen und eine Überarbeitung der Konsultationspolitik an. Fest steht bereits, dass öffentliche Konsultationen künftig zwölf statt wie bisher acht Wochen dauern werden.

Ein Anhang listet die strategischen Initiativen für 2011 auf. Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings hat eine Auswahl der umweltrelevanten Themen mit Zeitplan veröffentlicht. [jg]

- ▶ Arbeitsprogramm der EU-Kommission mit Anhang: [www.ec.europa.eu/atwork/programmes](http://www.ec.europa.eu/atwork/programmes)
- ▶ [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (EU-News – 28.10.2010)

## EU-Haushalt

**Machtkampf ums Budget**

■ Weil der Vermittlungsausschuss mit VertreterInnen von EU-Ministerrat und -Parlament sich Mitte November nicht einigen konnte, ist der EU-Haushalt 2011 gefährdet. Die EU-Kommission muss nun einen neuen Vorschlag erarbeiten, über den die EU-Institutionen noch einmal entscheiden. Bleibt deren Zustimmung in diesem Jahr aus, tritt die sogenannte Zwölfstel-Regelung in Kraft und die EU-Mitgliedstaaten müssen in jedem Monat des Jahres 2011, in dem es noch keine EU-weite Einigung über das Budget gibt, ein Zwölfstel des Etats aus 2010 zahlen.

Im Vermittlungsverfahren zwischen Rat und Parlament ging es nicht nur um Geld, sondern vor allem um die mit dem Lissabon-Vertrag geänderte Machtverteilung. Das EU-Parlament hat nun mehr Mitbestimmungsrechte und will daher auch etwas mehr Flexibilität bei den Finanzen selbst und ein Beteiligungsrecht für die nächste mehrjährige Finanzrahmenplanung der EU erreichen. Das wiederum geht besonders Großbritannien, Schweden, Dänemark, den Niederlanden und auch Deutschland zu weit.

Damit gibt es zunächst keine Erhöhung des EU-Haushalts, was auch Prestigeprojekte wie die Kernfusionsforschung und den geplanten ITER-Reaktor betrifft. Vorgesehen war laut erstem Vorschlag – und darauf hatten sich Rat und Parlament auch einigen können – eine Erhöhung um 2,9 Prozent. Diese fällt nun erst einmal aus.

Abgesehen von der aktuellen Haushaltsdebatte hat die EU-Kommission Mitte Oktober in einer Mitteilung festgestellt, dass die Finanzierung des EU-Budgets reformbedürftig ist. Das Budget besteht zu rund zwei Dritteln aus Zahlungen der Mitgliedstaaten, weil die EU bisher kein Mandat zur Erhebung eigener Abgaben oder Steuern hat. Dieses Modell führt nach Ansicht der Kommission zu einem starren Haushalt, der auf aktuelle Anforderungen nicht schnell genug reagieren könne. Außerdem werde die Debatte über das Budget regelmäßig durch Streit über den finanziellen Beitrag der einzelnen

Mitgliedstaaten politisiert. Diese Praxis führe dazu, dass Gelder nicht unbedingt dort eingesetzt würden, wo sie den größten Nutzen brächten.

Die Kommission schlägt deshalb im technischen Anhang ihrer Mitteilung eine Reihe neuer Finanzierungsmöglichkeiten vor. Darunter sind auch Ansätze mit umweltpolitischem Hintergrund wie eine Abgabe für Passagier- und Frachtflüge im europäischen Luftraum, eine allgemeine CO<sub>2</sub>- oder Energieabgabe oder die Nutzung von Einnahmen aus dem Versteigern von Emissionszertifikaten. [jg, am]

- ▶ [www.ec.europa.eu/budget/reform](http://www.ec.europa.eu/budget/reform)
- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: MEMO/10/585, MEMO/10/580, MEMO/10/581)

## Umweltschädliche Subventionen

**EU-Kommission verzichtet auf übergreifenden Fahrplan**

■ Die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission hat ihren Plan für eine umfassende „Roadmap“ zu umweltschädlichen Subventionen offiziell ad acta gelegt. Das geht aus Äußerungen der GD Umwelt gegenüber Umweltverbänden hervor. Obwohl in der EU-Nachhaltigkeitsstrategie von 2006 vorgesehen ist, eine solche Roadmap bis 2008 zu erarbeiten, will die Kommission bei einzelnen sektoralen Maßnahmen bleiben. So habe sie im Grünbuch zur Fischereipolitik angeregt, die Nachhaltigkeit von Fischbeständen zu beachten, und bei der Verkehrspolitik für eine Internalisierung externer Kosten plädiert. Wenn sie überhaupt nach einem übergeordneten Ansatz strebe, dann werde dieser nicht nur Umweltaspekte, sondern auch soziale und ökonomische Folgen von Subventionen einbeziehen. Umweltverbände reagierten enttäuscht.

Auf internationaler Ebene scheint dagegen die Einsicht zu wachsen, dass aktuelle Wirtschaftsinteressen gegenüber wichtigen langfristigen Fragen wie dem Biodiversitätsschutz zurücktreten müssen. So wurde bei den UN-Verhandlungen zur

## „Wir verbrauchen mehr natürliche Ressourcen als das ökologische Gleichgewicht aushält“

**Globale Megatrends und die 13 wichtigsten europäischen Ökologiethemen umfasst der neue Umweltzustandsbericht der Europäischen Umweltagentur EEA. Die Daten zeigen, dass Umweltpolitik in alle anderen Bereiche integriert werden muss, wenn Europa eine ressourceneffiziente Wirtschaft werden will. Katja Rosenbohm von der EEA über die Details.**

### **umwelt aktuell: Die Europäische Umweltagentur hat gerade zum vierten Mal einen Umweltzustandsbericht vorgelegt. Was steht drin?**

Katja Rosenbohm: Alle fünf Jahre, so verlangt es der europäische Gesetzgeber, berichtet die EEA über den Zustand, aber auch über die Tendenzen und Aussichten für die Umwelt in Europa. Wir haben die Informationen des Berichts „Die Umwelt in Europa – Zustand und Ausblick“, oder nach seinem englischen Titel abgekürzt SOER 2010, so aufbereitet, dass sie möglichst einfach zugänglich sind. Vier Kernbewertungen sollen den Lesern die Orientierung erleichtern. Eine Synthese liefert umfassende Informationen über den Zustand der Umwelt in Europa sowie darüber, wie ökologische Herausforderungen mit anderen Aufgabestellungen systemisch verbunden sind, und blickt in die Zukunft. Das Kapitel zu globalen Megatrends analysiert, wie sich wichtige soziale, technologische, ökonomische, ökologische und politische Megatrends auf unsere Umwelt auswirken. Einschätzungen zu den 13 wichtigsten ökologischen Themen wie beispielsweise Biodiversität oder Klimawandel bilden einen weiteren zentralen Berichtsteil. Der SOER 2010 enthält außerdem Länderanalysen zu den 32 Mitgliedsländern der EEA und sechs weiteren Ländern, die mit der Agentur kooperieren. Der Bericht entstand in weiten Teilen in der Umweltagentur und hat seit diesem Frühjahr einen umfassenden Konsultationsprozess mit europäischen und nationalen Partnern durchlaufen. Der Teil zu den Mitgliedsländern wurde erstmals von den Ländern selbst nach einheitlichen Richtlinien erarbeitet. Ein wahrer Berg von Informationen – der größte Teil der Analysen steht ausschließlich im Internet.

### **Was sind denn die größten Herausforderungen für die europäische Umweltpolitik und was macht die EU-Kommission mit dem Bericht?**

Die europäische Umweltpolitik hat sich seit ihren Anfängen verbessert und deckt heute viele Bereiche ab – zum Beispiel Regelungen zur Qualität der Badegewässer, zu Naturschutzgebieten, Luftverschmutzung und Treibhausgasemissionen. Die Erfahrung zeigt, dass gute umweltpolitische Strategien, die mehrere Politikbereiche berücksichtigen, effektiver sind, ohne das Wachstumspotenzial zu schmälern. Ressourcen-

effizienz ist dabei ein wertvolles Konzept. Es wurde zu Recht als eine der Prioritäten der EU für die Strategie bis zum Jahr 2020 ausgewählt. Die Komplexität und die Notwendigkeit zur Integration der Umweltaspekte in andere Politikbereiche nimmt jedoch stetig zu. Eine komplette Umstellung auf eine ressourceneffiziente grüne Wirtschaft setzt voraus, dass wirklich alle ökologischen Ressourcen – biologische Vielfalt, Boden, Kohlenstoff, Flüsse, Meere und die Luft, die wir atmen – gänzlich in die Produktion, den Verbrauch und globale handelspolitische Entscheidungen einbezogen werden. Derzeit verbrauchen wir mehr natürliche Ressourcen als das ökologische Gleichgewicht aushält. Das gilt sowohl für Europa als auch für die Erde insgesamt. Der zunehmende Bedarf übt einen immer stärkeren Druck auf die Ökosysteme, Volkswirtschaften und den sozialen Zusammenhalt in Europa sowie der restlichen Welt aus. Der Klimawandel ist das bis dato sichtbarste Symptom dieser Instabilität. Eine Reihe globaler Trends lässt jedoch künftig größere systemische Risiken für unsere Ökosysteme befürchten. Die derzeitige Finanzkrise sollte uns als Anlass zu einer Denkpause dienen. Die EU-Kommission hat außerdem angekündigt, im nächsten Jahr ihre Bewertung des sechsten Umweltaktionsprogramms der Europäischen Union vorzustellen. Der SOER 2010 ist eine wesentliche Grundlage für diese Bewertung und die anstehenden Entscheidungen zur Zukunft der europäischen Umweltpolitik.

### **Gibt es Ergebnisse, die sich Deutschland zu Herzen nehmen sollte?**

Die Zunahme des Flächenverbrauchs und des Verkehrs werden auch in Zukunft große Herausforderungen bleiben. Außerdem wird Deutschland dem weiterhin hohen Ressourcenbedarf sowie der zunehmenden Verknappung von Rohstoffen und Energieträgern, auf die es als hoch entwickelte Industrienation angewiesen ist, auch mit umweltpolitischen Instrumenten und Maßnahmen begegnen müssen. Um eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen im Sinne der Agenda 21 sicherzustellen, muss das Wirtschaftswachstum so vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden, dass die Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen absolut sinkt.

### **Wie können sich Umweltverbände einmischen, um Europa umweltfreundlicher zu machen?**

Wie auch in Deutschland ist der europäische Gesetzgebungsprozess ein offener und demokratischer. Die partizipative Teilhabe der Bürger wird immer wichtiger und sie wird ja gerade in Deutschland derzeit vehement eingefordert. Umweltverbände sollten sich weiter aktiv an den öffentlichen Konsultationen beteiligen, die die EU-Kommission zu ihren politischen Initiativen eröffnet. Auch Europaparlamentarier sind gute Ansprechpartner. Doch Umweltverbände sind natürlich vor allem in der Praxis und vor Ort eine wertvolle Informationsquelle für die europäischen Institutionen, indem sie Fakten einbringen. Und bei der Weitergabe von Information an die Öffentlichkeit spielen Umweltverbände eine sehr große Rolle.

### **Welches Thema hat Sie persönlich am meisten bewegt?**

Bevor ich zur Europäischen Umweltagentur nach Kopenhagen gekommen bin, habe ich mich in der Deutschen Emissionshandelsstelle im Umweltbundesamt viel mit dem Thema Treibhausgasemissionen befasst. Daher wusste ich natürlich auch über den Effekt von Kohlendioxid auf die Ozeane Bescheid. Das gesamte Ausmaß wird jedoch erst klar, wenn man Projektionen sieht, denen zufolge die Meere bis zum Ende dieses Jahrhunderts saurer sein werden als während der letzten 20 Millionen Jahre. Ein weiterer Grund, bestimmte Treibhausgase entschieden zu reduzieren.

[Interview: Juliane Grüning]

**Die Geophysikerin und PR-Beraterin Katja Rosenbohm leitet seit 2009 die Abteilung Kommunikation der Europäischen Umweltagentur in Kopenhagen.**

**Kontakt:**  
Tel. +45 33367251,  
E-Mail:  
katja.rosenbohm@  
eea.europa.eu,  
www.eea.europa.eu/  
soer



Konvention über die biologische Vielfalt im Oktober in Nagoya (siehe S. 19) beschlossen, dass schädliche Subventionen, die die Biodiversität bedrohen, bis 2020 verboten oder reformiert werden müssen. Auch der für 2012 geplante Umweltausblick der OECD soll ein „Subventionsabschaffungsszenario“ enthalten. [jg]

► [www.green-budget.eu](http://www.green-budget.eu)

#### EU-Umweltrecht

### Kommission mahnt zahlreiche Mitgliedstaaten

■ Die EU-Kommission hat zahlreiche Mitgliedstaaten wegen Verstößen gegen das EU-Umweltrecht ermahnt. Abfallpolitik, Naturschutz, Hochwasser oder gefährliche Unfälle – in kaum einem Bereich setzen die Mitgliedstaaten das EU-Recht vollständig um. Einige Länder schaffen dies auch nach mehrfacher Ermahnung nicht. So hat Malta trotz eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes noch immer nicht die Vogelschutzrichtlinie ausreichend in nationales Recht übertragen und erhielt eine formelle Note (siehe S. 20). Außerdem bringt die Kommission Malta wegen mangelnder Umsetzung von Lärmvorschriften vor den Gerichtshof.

Italien scheint seiner Müllprobleme nicht Herr zu werden. Das könnte nun teuer werden, denn es gibt bereits ein Gerichtsurteil, wonach Italien die EU-Abfallgesetzgebung nicht korrekt umgesetzt hat. Nun hat die EU-Kommission den Gerichtshof aufgefordert, sein Urteil in Strafgebühren auszudrücken. Das würde ein tägliches Zwangsgeld von fast 200.000 Euro zuzüglich einer pauschalen Tagesstrafe von 21.420 Euro für den Zeitraum zwischen dem ersten und dem zweiten Urteil bedeuten.

Deutschland und Schweden sollten dagegen beim Abfallmanagement die Ausschreibungsregeln der EU beachten. Schweden wiederum wird von der Kommission außerdem wegen fehlender Betriebsgenehmigungen für Industrieanlagen

verklagt. Sieben Mitgliedstaaten – nämlich Belgien, Dänemark, Griechenland, Malta, Portugal, Slowenien und Zypern – müssen die in der Wasserrahmenrichtlinie geregelten Flussgebietsmanagementpläne noch vorlegen. Die Frist dafür ist vor einem Jahr abgelaufen. [jg]

► [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (EU-News – 29.10.2010)

#### Finanzen und Beihilfen

### Deutsche Industriepolitik unter EU-Beobachtung

■ Ende Oktober haben Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) Ansätze für ökologische Steuern aus dem Sparpaket gestrichen und damit Kritik aus den Reihen der Umweltbewegung geerntet. Ursprünglich geplant war die Streichung von Steuerermäßigungen für energieintensive Industrien, was Anreize zum Energiesparen und eine Erhöhung der Steuereinnahmen zur Folge gehabt hätte. Nach Interventionen der Industrie will die Regierung nun stattdessen die Tabaksteuern erhöhen.

Kritik an der deutschen Industriepolitik kam auch aus Brüssel. Die EU-Kommission leitete Mitte November eine „eingehende Prüfung“ der staatlichen Beihilfen für deutsche Nichteisenmetallerzeuger ein. Sie will ermitteln, ob die Absicht der Bundesregierung, insgesamt 40 Millionen Euro an Betriebsbeihilfen für die energieintensive Erzeugung von Metallen wie Aluminium, Kupfer oder Zink zu gewähren, wettbewerbsverzerrend wirkt. Deutschland will dem Industriezweig für das zweite Halbjahr 2009 eine Kompensation für einen großen Teil der in ihren Stromkosten enthaltenen CO<sub>2</sub>-Preise zahlen. „Die Kommission befürwortet grundsätzlich keine Strompreissubventionierungen für bestimmte Branchen, da solche Fördermaßnahmen tendenziell im Widerspruch zum Klimaschutz und zur Strommarktliberalisierung stehen und zu einem Subventionswettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten führen können“

“, erklärte EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia. Die deutsche Regierung hält die Maßnahme für erforderlich und angemessen, um zu verhindern, dass die Begünstigten ihre Produktion in Deutschland einstellen. Diese Begründung reicht der EU-Kommission aber nicht aus. [jg]

► [www.klimaretter.info/politik/hintergrund/7158](http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/7158)

► [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: IP/10/1520)

#### Umweltministerkonferenz

### Streit über Energiekonzept, Einigkeit beim Hochwasser

■ Bei der halbjährlichen Umweltministerkonferenz (UMK) im November in Dresden haben die MinisterInnen der Bundesländer unter anderem über das Energiekonzept der Bundesregierung (siehe S. 13) sowie über Fortschritte im Hochwasserschutz diskutiert.

Beim Energiekonzept konnten sich die UmweltministerInnen nicht auf einen Minimalkonsens einigen. Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland sehen die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ohne Zustimmung des Bundesrates als verfassungswidrig an. Einig war sich die UMK, dass die energetische Gebäudesanierung ganz maßgeblich zur Energieeffizienz beiträgt. Die MinisterInnen begrüßten, dass die ab 2013 aus den Erlösen der Versteigerung von Emissionszertifikaten dafür zur Verfügung stehenden Finanzmittel gegenüber 2011 und 2012 vervielfacht werden.

Mit Blick auf die immer häufigeren Hochwasserereignisse an Elbe, Oder und Neiße regte die UMK einen Erfahrungsaustausch und eine Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern und Nachbarstaaten beim Hochwasserschutz und der Schadensbewältigung an. Daneben standen die Erwartungen an den UN-Klimagipfel in Cancún (siehe S. 10) und der Lärmschutz in Kommunen auf der Agenda. [bv]

► [www.umweltministerkonferenz.de](http://www.umweltministerkonferenz.de)



## VERKEHR &amp; TOURISMUS

## EU-Verkehrspolitik

**Verursacherprinzip soll stärker greifen**

■ Die EU-Kommission will erreichen, dass Verkehrsteilnehmer für Emissionen, Lärm und andere Schäden aufkommen, die sie verursachen. Das geht aus dem vorläufigen Weißbuch zum Verkehr hervor, wie das Informationsportal EurActiv im November berichtete.

Die neuen Vorschläge sind eine Fortschreibung des Weißbuchs Verkehr von 2001. Damals präsentierte die Kommission 60 Maßnahmen, mit denen die EU-Verkehrspolitik bis 2010 nachhaltiger gestaltet werden sollte. Ein Ziel ist die Verkehrsverlagerung, die den Schienen- und Schiffsverkehr fördern und das Wachstum der Luftfahrt kontrollieren soll.

Dem Entwurf zufolge plant die Kommission für das kommende Jahrzehnt ein Verkehrssystem mit einer gemeinsamen europäischen Verkehrszone, offenen Märkten, einer umweltfreundlicheren Infrastruktur und CO<sub>2</sub>-armen Technologien. Die verkehrsbedingten Emissionen stiegen zwischen 1990 und 2008 um 24 Prozent und machten damit fast ein Fünftel der gesamten Treibhausgasemissionen aus, so die Schätzungen der Kommission. Wenn die EU ihre Klimaziele für 2050 aufrechterhalten wolle, müsse der Verkehrssektor seine Emissionen um mindestens 45 bis 60 Prozent unter die Werte von 1990 kürzen. Im Straßenverkehr müsste vor allem der

CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Autos reduziert werden, diese hier für zwei Drittel der Emissionen verantwortlich sind. Die Kommission will die EU-Richtlinie zur Energiebesteuerung überarbeiten, um eine CO<sub>2</sub>-bezogene Mindeststeuer für Kraftstoffe einzuführen. Alternativ stehen der Emissionshandel für den Straßenverkehr und eine Maut für Pkws und Lkws zur Debatte. Das endgültige Weißbuch will die Kommission im Dezember veröffentlichen. [mbu]

► Weißbuch Verkehr 2001 (PDF, 124 S.)  
[www.kurzlink.de/weissbuch-verkehr-01](http://www.kurzlink.de/weissbuch-verkehr-01)

## Transeuropäische Netze

**Großbauvorhaben gehen trotz klammer Kassen weiter**

■ Die EU-Kommission hat Ende Oktober eine Zwischenbilanz der größten Vorhaben im Rahmen der transeuropäischen Netze (TEN-V) veröffentlicht. Unter die Lupe kamen 92 Projekte, die rund drei Viertel des acht Milliarden Euro schweren TEN-V-Budgets für 2007 bis 2013 ausmachen. Dazu gehören die Eisenbahnachse Berlin-Palermo, das Satellitensystem Galileo oder die Binnenwasserstraße Rhein/Maas-Main-Donau. Es wurde geprüft, ob die einzelnen Bauvorhaben weiter finanziert und vollendet werden können. Verkehrskommissar Siim Kallas zufolge will die Kommission gewährleisten, dass die EU-Gelder ordnungsgemäß verwendet werden.

Mehr als die Hälfte der 92 TEN-V-Großprojekte werden nun trotz schwieriger finanzieller Bedingungen fortgesetzt

und bis Ende 2013 durchgeführt. Für die übrigen gilt eine zweijährige Verlängerung. Vorhaben, die dann nicht mehr als glaubwürdig erachtet werden, erhalten keine EU-Gelder mehr. Die frei werdenden Mittel sollen der Kommission zufolge für andere Projekte verwendet werden. [mbu]

► Halbzeitbilanz des TEN-V-Jahresprogramms 2007 bis 2013: [www.kurzlink.de/ten-v-bilanz-2010](http://www.kurzlink.de/ten-v-bilanz-2010)

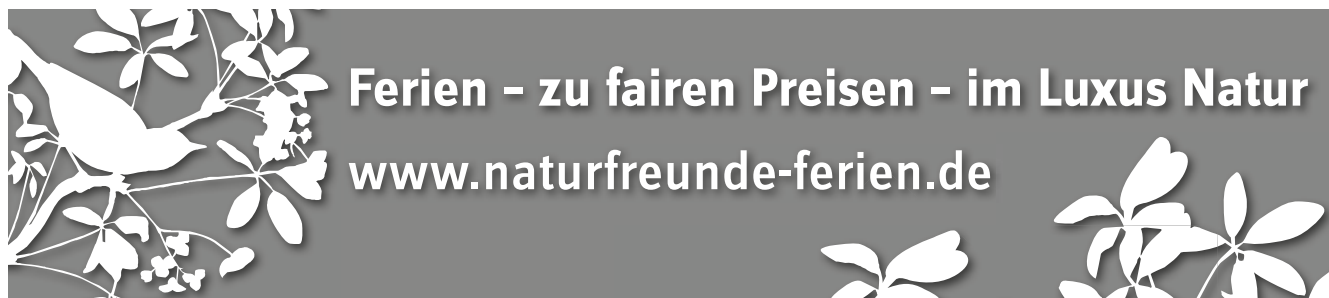
## Straßennutzungsgebühr

**EU-Staaten dürfen für Lkw-Emissionen mehr einnehmen**

■ Die EU-VerkehrsministerInnen haben sich darauf geeinigt, dass Mitgliedstaaten auf Lkw-Mautstraßen nicht mehr nur Infrastrukturkosten, sondern auch zusätzliche Gebühren zur Deckung von Kosten durch Schadstoff- und Lärmemissionen erheben können. Die vorgeschlagene Änderung der Eurovignettenrichtlinie von 1999 gibt den Mitgliedstaaten mehr Handlungsspielraum, um Verkehr zu steuern. So können die Mautgebühren nach der Straßenauslastung variiert werden. Die vorgeschlagenen Änderungen sollen für alle Autobahnen in Europa gelten. Die bisherige Regelung bezieht sich nur auf das ausgewiesene transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V).

Der von den VerkehrsministerInnen vereinbarte Text wird nun dem EU-Parlament zur Abstimmung vorgelegt. [jg]

► Überarbeitung Eurovignettenrichtlinie:  
[www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: MEMO/10/489)



**Ferien - zu fairen Preisen - im Luxus Natur**  
[www.naturfreunde-ferien.de](http://www.naturfreunde-ferien.de)

Abgaswerte**Neue Autos stoßen fünf Prozent weniger CO<sub>2</sub> aus**

■ Nach Angaben der EU-Kommission sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen der in Europa zugelassenen Neuwagen im Jahr 2009 spürbar gesunken. Dazu haben vor allem Autos aus südeuropäischer Produktion wie Fiat, Peugeot oder Renault beigetragen. So stießen die Wagen von Fiat im Schnitt nicht mehr als 131 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer aus. Die EU-Regelung sieht einen Höchstwert von 130 g/km erst für 2015 vor.

Autos made in Germany sind mit durchschnittlich 154 g/km von diesem Ziel noch weit entfernt. Laut einem Ranking des europäischen Verbandes Transport and Environment (T&E) schneidet Daimler mit 167 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer am schlechtesten ab. Auch BMW und VW hinken klimafreundlichen Abgaswerten hinterher.

Hedegaard sagte, die Autoindustrie sei auf dem richtigen Weg. Die Daten zeigten, dass die EU-Vorschriften tatsächlich ein wirksamer Anreiz für Innovationen seien. Das sieht auch Jos Dings von T&E so: „Vor drei Jahren erklärten die Vertreter der Autoindustrie, die EU-Grenzwerte seien nicht zu schaffen. Jetzt haben sie diese sogar schon hinter sich gelassen.“

Wenn der Verkehrssektor einen echten Beitrag für das EU-Klimaziel leisten will, müssen nach Ansicht von Umweltverbänden die Abgaswerte noch mehr reduziert werden. Für 2020 schreibt die EU 95 Gramm pro Kilometer vor. Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) hält auch 80 Gramm für machbar.

Um die Innovationen in der europäischen Autoindustrie weiter zu fördern, hat die Kommission die Expertengruppe Cars 21 wieder eingesetzt. Diese sogenannte High Level Group soll für die Zeit nach 2020 einen Fahrplan für nachhaltige Mobilität, nachhaltiges Wachstum und Konkurrenzfähigkeit entwickeln. [mbu]

- ▶ T&E-Studie: [www.kurzlink.de/co2-autos-eu-pdf](http://www.kurzlink.de/co2-autos-eu-pdf)
- ▶ VCD: [www.vcd.org/co2grenzwert.html](http://www.vcd.org/co2grenzwert.html)
- ▶ Cars 21: [www.kurzlink.de/cars21-eu](http://www.kurzlink.de/cars21-eu)

## WASSER &amp; MEERE

Leben im Meer**Kleine Fische, tote Zonen**

■ Das UN-Umweltprogramm UNEP hat einen Bericht veröffentlicht, dem zufolge die marine Biodiversität weltweit stark zurückgehen wird, wenn keine weiteren Schutzmechanismen verabschiedet werden. Der Studie zufolge werden sich die Fangmengen bis 2050 in fast allen Fischereigebieten verringern, sodass Fischern hauptsächlich kleinere Fische am unteren Ende der Nahrungskette übrig bleiben.

Meeresschutzgebiete gelten als wichtiges Mittel, um die Artenvielfalt zu erhalten. Laut UNEP machen sie 1,2 Prozent der Meeresfläche aus. Das für 2010 anvisierte Ziel, zehn Prozent als Schutzgebiete auszuweisen, wurde damit deutlich verfehlt.

Eine zusätzliche Bedrohung geht von Stickstoffeinleitungen aus. Sie stammen vor allem aus der industriellen Landwirtschaft und können „tote Zonen“ herbeiführen, in denen der Sauerstoffgehalt zu niedrig ist. Dem Bericht zufolge gibt es davon schon 246.000 Quadratkilometer. Zudem könne wachsender Schiffsverkehr zu Ölverschmutzungen und der Einführung von Neophyten beitragen. [lk]

- ▶ UNEP-Studie (3,1 MB): [www.marinebiodiversityseries.org](http://www.marinebiodiversityseries.org)

Austausch von Meeresdaten**EU-Kommission hat Fahrplan**

■ Ende Oktober hat die Europäische Kommission einen Ablaufplan für die Einrichtung eines digitalen europäischen Datenaustauschsystems für Meeresdaten vorgestellt. Das System soll sektorübergreifend den gegenseitigen Zugang zu wichtigen Überwachungsdaten ermöglichen. Darunter sind Daten der Küstenwachen und der nationalen Behörden für Umwelt, Schiffsverkehr und Fischerei. Die Überwachung der Meere obliegt den einzelnen

EU-Mitgliedstaaten. Ihre Möglichkeiten, auf die gesammelten Informationen anderer europäischer Staaten zuzugreifen, sind nach Ansicht der Kommission bisher unzureichend. Ein umfassender und effizienter Datenaustausch werde die Aktivitäten auf See sicherer, zuverlässiger und nachhaltiger machen, um zum Beispiel schnell auf Unfälle und Umweltverschmutzungen zu reagieren. Bis Ende 2011 sollen weitere Details ausgearbeitet werden. [em]

- ▶ [www.kurzlink.de/pmmeeresdaten1010](http://www.kurzlink.de/pmmeeresdaten1010)

Tiefseebohrungen**Europäische Regelung?**

■ Die EU-Kommission plant eine Harmonisierung von Standards zu Sicherheit, Gesundheit und Ökologie für das Betreiben von Ölplattformen in Europa. Bis Anfang 2011 will die Generaldirektion Energie einen Vorschlag für einen europäischen Rahmen für Sicherheitsstandards entwickeln. So sollen Genehmigungen und Kontrollen europaweit harmonisiert werden. Außerdem sollen Ölunternehmen verpflichtet werden, die Kosten für selbst verschuldete Umweltschäden zu tragen. Die Initiative ist eine Reaktion auf die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko (umwelt aktuell 06.2010, S. 26; 08/09.2010, S. 25).

Energiekommissar Günther Oettinger forderte zudem erneut einen vorläufigen Bohrstopp für die europäische Tiefsee, stieß allerdings auf Ablehnung beim EU-Parlament und bei Großbritannien. Die europäischen Mitglieder des Abkommens zum Schutz des Nordostatlantiks, OSPAR, hatten sich bereits im September nicht auf einen Bohrstopp einigen können.

Die USA haben ihren bis Ende November erlassenen Stopp für Tiefseebohrungen Mitte Oktober vorzeitig aufgehoben, weil effektivere Maßnahmen zur Vorbeugung von Katastrophen und zur Beseitigung von Schäden verfügbar seien. [am]

- ▶ EU-Kommission: [www.kurzlink.de/pmtiefseebohrung1010](http://www.kurzlink.de/pmtiefseebohrung1010)
- ▶ [www.kurzlink.de/mitteilung-oel-1010](http://www.kurzlink.de/mitteilung-oel-1010)

## Reform der EU-Fischereipolitik

### Grüne allein im Ausschuss

■ Der Umweltausschuss im Bundestag hat Ende Oktober über die Reform der für 2013 vorgesehenen EU-Fischereipolitik debattiert. Dabei wurde ein Antrag der Grünen-Fraktion, der die alleinige Ausrichtung der Fangmengen an biologischen Kriterien forderte, abgelehnt. Dagegen hielt es die große Mehrheit der Ausschussmitglieder für sinnvoll, neben ökologischen auch ökonomische und soziale Kriterien zu berücksichtigen.

Die Grünen zeigten sich enttäuscht und bezeichneten die Haltung der anderen Fraktionen als kurzfristig. Eine vorübergehende Schonzeit führe langfristig zu höheren Erträgen für die Fischer, sagte die Abgeordnete Cornelia Behm. [am]

- ▶ Cornelia Behm MdB, Tel. +49 (0)30 / 22771568, E-Mail: cornelia.behm@bundestag.de, www.kurzlink.de/pmgruene1010

## Überfischte Ostsee

### Fangquoten gesenkt

■ Der Rat der EU-Fischereiminister hat Ende Oktober beschlossen, die Fangquoten für den Hering in der westlichen Ostsee um 39 Prozent zu senken, für Sprotten um 24 Prozent und für Lachse um 15 Prozent. Die intensive Fischerei hat die Bestände stark minimiert. Wissenschaftler und die EU-Kommission hatten für den Hering sogar eine Kürzung um 63 Prozent gefordert, stießen aber bei einigen Mitgliedstaaten auf Widerstand. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hatte zuvor die Kommission für ihre Ausrichtung der vorgeschlagenen Fangmengen an wissenschaftlichen Erkenntnissen gelobt. Entscheidend für eine durchgreifende Verbesserung sei aber „ein langfristig angelegtes Fischereimanagement anstelle des jährlichen Quotengeschachers“, hieß es beim WWF. [jgl]

- ▶ www.kurzlink.de/pmfishereirat1010
- ▶ www.duh.de/2667.html
- ▶ www.wwf.de/meere

## Elbvertiefung

### Planung in der Warteschleife

■ Die geplante Elbvertiefung zwischen der Nordseeküste und dem Hamburger Hafen verzögert sich weiter. Das gaben das Bundesverkehrsministerium und der Hamburger Senat im November bekannt. Man rechnet jedoch bisher weiterhin mit einem Baubeginn im Jahr 2011, hieß es.

Das Planfeststellungsverfahren verzögert sich, weil mögliche negative Auswirkungen auf FFH-Gebiete, die durch die europäische Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie geschützt sind, nicht ausgeschlossen sind. Die BUND-Landesverbände Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen sehen das gesamte Vorhaben mittlerweile als gescheitert an und fordern nun ein ehrliches Überdenken der Planung. [am]

- ▶ Hamburg: www.kurzlink.de/hamburgelbe1110
- ▶ BUND Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 600387-11, www.bund.net/hamburg

## Grundwasserschutz

### EU-Richtlinie nur eins zu eins umgesetzt

■ Die Bundesregierung und der Bundesrat haben Ende September die Grundwasserverordnung novelliert. Die Novellierung war aufgrund der EU-Grundwasserrichtlinie notwendig geworden und ist Mitte November in Kraft getreten.

Die EU-Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, Grenzwerte für die 48 häufigsten Stoffe, die im Grundwasser auftreten, zu setzen. Sie ermächtigt und ermutigt die Mitgliedstaaten darüber hinaus, zusätzliche Substanzen zu regulieren und höhere Standards zu setzen.

Während die Bundesregierung ursprünglich einen Vorschlag eingebracht hatte, der über die Anforderungen der EU-Richtlinie hinausging, verhinderte der Bundesrat dies mit Änderungsanträgen. Argument war dabei stets, man müsse die Anforderungen aus Brüssel nur eins zu eins umsetzen.

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) bemängelte, dass wichtige Vorsorgemaßnahmen in der Novelle fehlten. Außerdem kritisierte die Organisation, dass die beschlossenen Grenzwerte für Pestizide und Biozide wegen fehlender bundesweit gültigen Standards zu ihrer Dokumentation nicht wirksam seien. Das Netzwerk hält die Umsetzung der EU-Richtlinie daher für unzureichend. [am]

- ▶ Grundwasserverordnung: www.bgbl.de (Bürgerzugang – Nr. 56 vom 15.11.2010)
- ▶ EU: www.ec.europa.eu/environment/water
- ▶ PAN Germany, Christian Schweer, Hamburg, Tel. +49 (0)40 49 / 399191024, www.pan-germany.org

## Grundwasser und CO<sub>2</sub>-Speicherung

### Versalzung durch CCS?

■ Die Lagerung von CO<sub>2</sub> in tiefen, stark salzhaltigen Grundwasserleitern kann möglicherweise zur Versalzung von nicht salzhaltigem Grundwasser führen. Dieser Ansicht ist Alexander Boehring vom Umweltbundesamt. Das CO<sub>2</sub> verdränge vorhandenes salzhaltiges Grundwasser aus seinem Leiter. Dieses suche sich dann Ausweichpfade und dabei bestehe je nach Untergrund die Gefahr, dass es in nicht salzhaltige Grundwasserleiter eintrete, schreibt Boehring in einer Publikation der Nichtregierungsorganisation Germanwatch.

Dies ist für Boehring zwar noch kein Grund, die CCS-Technologie generell abzulehnen. Aufgrund des hohen Schutzniveaus für Grundwasser könne das Problem jedoch die Auswahl für CCS-Standorte einschränken. Sollte dies häufig vorkommen, so Boehring, würde es die Reichweite von CO<sub>2</sub>-Speicherung als Klimaschutzmaßnahme verringern und damit ihre Sinnhaftigkeit in Deutschland infrage stellen. [am]

- ▶ UBA, Alexander Boehring, Dessau, Tel. +49 (0)340 / 2103-2596, E-Mail: alexander.boehring@uba.de, www.uba.de
- ▶ www.germanwatch.org (Publikationen – Weitblick – Nr. 6/2010)

# DIE ZUKUNFT DES WIRTSCHAFTENS HAT BEGONNEN!

# 3

## 2010

### NEU!



## SCHWERPUNKT

### Transformationen – Auswege aus der Wachstums- und Klimakrise

#### WEITERE THEMEN

- Wüstenstrom: sauber und konfliktfrei?
- The Ecosystem Services Benchmark
- Nachhaltigkeit von Produkten vergleichen

### JETZT PROBEABO ANFORDERN!

[kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)

Leseproben, Informationen zur Zeitschrift und Abobedingungen:

[www.oekologisches-wirtschaften.de](http://www.oekologisches-wirtschaften.de)

**oekom**  
verlag

## WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

### Umweltökonomische Gesamtrechnung

## Ökosozialprodukt light

■ Der Umweltausschuss des Europaparlaments hat Mitte November einem Gesetz zur sogenannten Umweltökonomischen Gesamtrechnung zugestimmt. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Verordnung sieht vor, dass ab 2012 alle EU-Mitgliedsländer Daten für ein „Ökosozialprodukt“ liefern. Dieses würde Faktoren wie Emissionen, Wasserqualität und Umweltsteuern berücksichtigen. Bisher senden die Mitgliedstaaten solche Umweltdaten nur informell an das Statistische Amt der EU Eurostat.

Das EU-Parlament schlägt zusätzlich vor, das Ökosozialprodukt jährlich zusammen mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu veröffentlichen. Ein weiterer Vorschlag des griechischen Christdemokraten Theodoros Skylakakis, auch Bodenqualität und Biodiversität einzubeziehen, wurde jedoch abgelehnt. Die formelle Abstimmung im Europäischen Parlament soll am 13. Dezember stattfinden. [lk]

- ▶ Vorschlag der Kommission, Änderungen des Parlaments (PDF): [www.kurzlink.de/2010/0073-COD](http://www.kurzlink.de/2010/0073-COD)
- ▶ Berichterstatter Jo Leinen: [www.kurzlink.de/leinen-bsp](http://www.kurzlink.de/leinen-bsp)

### Nachhaltiges Wirtschaften

## Enquetekommission berät über Wachstumsdilemma

■ Die Grünen im Bundestag haben im November den gemeinsam mit der SPD und den Regierungsfractionen erarbeiteten Antrag über eine Bundestags-Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ beschlossen. Die Wachstums-Enquete soll Wege zu nachhaltigem Wirtschaften finden. „Wir begrüßen, dass unsere Initiative eine breite parlamentarische Mehrheit bis hin zur

FDP gefunden hat“, erklärten die Grünen-PolitikerInnen Kerstin Andreae und Hermann Ott, die die Fraktion in der Enquete vertreten werden. Eine „teilweise Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch“ sei zentral für die Zukunftsfähigkeit der globalen und nationalen Ökonomien. Darüber hinaus wollen die Grünen über eine „Marktwirtschaft ohne exponentielles Wachstum“ nachdenken. Von den Diskussionen und dem Abschlussbericht der Enquetekommission erwarten Andreae und Ott starke Impulse für Parlament und Gesellschaft.

Mit der Einsetzung des Gremiums durch den Bundestag wird für Anfang Dezember gerechnet. [mbp]

- ▶ Antrag: [www.kurzlink.de/1703853.pdf](http://www.kurzlink.de/1703853.pdf)
- ▶ Kerstin Andreae MdB, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 227-71480, Fax -76481, [www.kerstin-andreae.de](http://www.kerstin-andreae.de)

### Wirtschaftspolitik

## Brüderle besorgt um Industrie

■ Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) fürchtet um die Zukunft des Industriestandorts Deutschland. Das geht aus seinem jüngsten industriepolitischen Konzept hervor, das sich unter anderem mit den Problemen und Belastungen der deutschen Industrie beschäftigt. Neben der Abhängigkeit von Rohstoffimporten und hohen Energiepreisen gehört dem Papier zufolge auch eine „einseitige Belastung durch hohe Klimaschutzstandards“ dazu. Eine „Überhöhung umweltpolitischer gegenüber konkurrierenden Belangen“, etwa durch eine Vorreiterrolle der EU bei den Klimazielen, sei „nicht zielführend“.

Während der Bundesverband der Deutschen Industrie das Konzept als richtig bezeichnete, sprach Michael Müller, Vorsitzender der Naturfreunde und Präsidiumsmitglied des Dachverbandes DNR, von einem „Angriff auf die Umwelt- und Klimapolitik“. [hmp]

- ▶ Konzept: [www.kurzlink.de/bdi-gesamtkonzept](http://www.kurzlink.de/bdi-gesamtkonzept)
- ▶ Naturfreunde, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 297732-60, Fax -80, [www.naturfreunde.de](http://www.naturfreunde.de)

## Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union

Die Europäische Union überarbeitet ihre Agrarpolitik. Umweltverbände fordern eine tiefgreifende Reform, damit Landwirtschaft zukünftig naturschonender betrieben wird. Ein Umwelt aktuell Spezial mit Beiträgen zu den Reformvorstellungen der EU-Institutionen und der Zivilgesellschaft, zu den Folgen der EU-Agrarpolitik für Bauern in Nord und Süd sowie zur Gentechnik.

### Reformdebatte

# Bremst die Agrarminister

Europas Agrarlobby muss bei der bevorstehenden Reform mit deutlich mehr Gegenwind rechnen

**Zum wiederholten Mal versucht die Europäische Kommission die Gemeinsame Agrarpolitik der EU zu reformieren. Diesmal entscheidet nicht nur der Ministerrat, sondern erstmals auch das EU-Parlament mit. Ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen hat sich zu einer Agrarplattform zusammengeschlossen und erhöht den politischen Druck, damit die Landwirtschaft in Europa ihren gesellschaftlichen Aufgaben gerecht wird. ■ VON LUTZ RIBBE, EURONATUR**

Am 18. November hat die EU-Kommission in Brüssel und den Mitgliedstaaten eine neue Runde agrarpolitischer Diskussionen und Auseinandersetzungen eröffnet. Die „Agrarpolitik nach 2013“ ist das Thema einer Mitteilung der Behörde. Es handelt sich bereits um die vierte Agrarreform innerhalb von nur zehn Jahren, was allein Beweis dafür ist, dass alle bisherigen Versuche, die Landwirtschaftspolitik sozial gerechter, ökologisch verträglicher und somit gesellschaftspolitisch akzeptabler zu gestalten, gescheitert sind.

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) steht vor einer ganzen Reihe gewaltiger Herausforderungen. Die zunehmende Zahl hungernder Menschen in der Welt sowie internationale Handelsregeln und -strukturen, die die Ernährungssouveränität besonders der Menschen armer Länder untergraben; der Klimawandel und eine negative Klimabilanz der europäischen Land- und Ernährungswirtschaft; der fortschreitende Verlust der biologischen Vielfalt in Europa und weltweit; der Verlust mehrerer Millionen Arbeitsplätze in der europäischen Landwirtschaft und damit die weitere Schwächung ländlicher Regionen und – last but not least – eine Öffentlichkeit und Verbraucherschaft, die ihre qualitativen Wünsche und Ansprüche an die Art und Weise der Lebensmit-

telerzeugung zum Beispiel in Bezug auf Tierschutz, fairen Handel oder Gentechnikfreiheit einfordert: All dies macht eine Neuausrichtung der GAP nötig.

Die EU-Kommission und allen voran Agrarkommissar Dacian Cioloș haben das erkannt. Auch sie sprechen davon, dass die Agrarpolitik grüner und gerechter werden muss. Doch der Weg dahin ist weit und der Widerstand gegen Veränderungen groß. Denn von den 56 Milliarden Euro, die derzeit jährlich aus Brüssel in den Agrarsektor fließen, profitieren bestimmte Strukturen. Und diese Profiteure wollen von ihren großen Sahnestücken nichts abgeben.

Analysiert man die Agrarreformen von 1992, 2000, 2005 und 2008, so zeigen sich frappierende Parallelen. Es war jeweils die EU-Kommission, die weitergehende Reformschritte hin zu mehr Umweltschutz, zur Stärkung der zweiten Säule der GAP, also der ländlichen Entwicklung, und zu einer gerechteren Verteilung der Mittel für die Bauern, vorschlug. Geschehen sollte dies durch eine mehr oder weniger starke Um- und Neuverteilung der Direktzahlungen, was vornehmlich zulasten der größten Profiteure erfolgen sollte. Denn auch der EU-Kommission ist bekannt, dass in der Union 20 Prozent der Agrarbetriebe 85 Prozent aller Mittel vereinnahmen. In Deutschland kassieren gerade einmal

1,7 Prozent der Betriebe über 30 Prozent der Direktzahlungen. Da fragt man sich doch, ob diese Betriebe auch 30 Prozent der gesellschaftlich positiven Leistungen liefern, die von der Landwirtschaft ausgehen. Oder ob sich dort 30 Prozent der Arbeitskräfte finden. Oder ob diese wenigen Betriebe wirklich gleich 30 Prozent der vom Deutschen Bauernverband permanent reklamierten Einkommensunterstützungen bekommen sollen.

Immer war es der Ministerrat, also die Versammlung der EU-AgrarministerInnen, der durch die jeweiligen Vorschläge der EU-Kommission einen dicken Strich machte und sich schützend vor die wenigen Großprofiteure der gültigen Agrarpolitik stellte. Und nun? Das gleiche Spiel noch einmal? Oder gibt es Grund zur Hoffnung, dass sich dieses Mal tatsächlich etwas ändert?

### Wie stehen die Chancen für die GAP-Reform 2013?

In Deutschland haben sich in der Agrarplattform 30 Verbände aus den Bereichen Landwirtschaft, Natur-, Umwelt- und Tierschutz sowie Entwicklungspolitik zusammengetan, um für eine wirkliche Reform der GAP einzutreten: Das Leitbild der zukünftigen Agrarpolitik soll eine multi-

funktionale, bäuerliche, ökologische Landwirtschaft mit globaler Verantwortung sein. Eine Landwirtschaft, die nicht nur möglichst billige, agrarindustriell erzeugte Rohstoffe für die Nahrungsmittel- oder Energiewirtschaft liefern soll. Die Verbände treten für eine Lebensmittelherstellung ein, die – flächendeckend betrieben – ökologisch intakte Kulturlandschaften prägt, Arbeitsplätze schafft und Tierschutzanliegen ebenso ernst nimmt wie globale Entwicklungsfragen und den Klimaschutz.

Damit die Agrarpolitik den genannten gesellschaftlichen Herausforderungen begegnen kann, fordern die Plattformverbände ein neues kohärentes Bündel von agrarpolitischen Instrumenten. Dieses muss weit über die derzeit so vehement diskutierte Frage der Geldverteilung hinausgehen. Denn nicht allein der Einsatz der europäischen Finanzmittel, für den drastische Änderungen eingefordert werden, ist ausschlaggebend, um die Ziele zu erreichen. Auch die Ausgestaltung von Marktregeln

und des Fachrechts sowie die internationale Zusammenarbeit und die Handelspolitik der EU sind zukünftig in den Dienst der aktuellen Herausforderungen zu stellen. Was steht da in den europäischen Verträgen? Ziel der Agrarpolitik ist unter anderem die „Stabilisierung der Märkte“. Doch wie will man das erreichen, wurden doch fast alle politischen Instrumente aufgegeben, die hierzu nutzbar wären? Sicher hören es die Bauern gern, wenn Politiker von „fairen Preisen“ und gerechten Einkommen

## Zentrale Forderungen der in der Agrarplattform zusammengeschlossenen Verbände

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) muss ihre Verantwortung für **funktionierende Märkte** wahrnehmen, sowohl für die Märkte innerhalb Europas als auch für die globalisierten Märkte.

Innerhalb Europas sind die **Marktregeln** so zu bestimmen, dass sie alle Glieder der Lebensmittelkette – von den Erzeugern bis zu den Konsumenten – in die Lage versetzen, gleichgewichtig in einen fairen Interessenausgleich zu treten. Die Agrarplattform weiß, dass es ist nicht Aufgabe des Staates ist, Angebot und Nachfrage selbst in ein Gleichgewicht zu bringen. Aber die Politik muss die Akteure in die Lage versetzen, dies wirksam und flexibel zu ermöglichen.

Die **globale Verantwortung** Europas muss sich darin ausdrücken, dass die EU jegliche Formen des eigenen Dumpings konsequent abbaut und gleichzeitig insbesondere armen Ländern zu dem Recht verhilft, ihre eigene Land- und Lebensmittelwirtschaft zu schützen und zu entwickeln. Für die weltweite Ernährungssicherung ist die Stärkung der multifunktionalen bäuerlichen Landwirtschaft – in Europa und in der Welt – essenziell. Das bedeutet, dass die EU auch für ihre eigene Landwirtschaft die Ausrichtung auf möglichst billige Weltmärkte aufgibt und intern die multifunktionale, bäuerlich-ökologische Landwirtschaft als Leitbild anerkennt.

Jegliche **Zahlungen der EU** sind an konkrete gesellschaftliche Leistungen zu binden und somit zu qualifizieren. Die derzeitigen pauschalen Zahlungen versetzen einige, und zwar stark rationalisierte Betriebe in die Lage, unterhalb ihrer Erzeugungskosten anzubieten, während sie den multifunktionalen,

bäuerlich-ökologischen Betrieben noch nicht einmal den Aufwand beziehungsweise den Minderertrag der vielfältigen gesellschaftlichen Leistungen ausgleichen. Deshalb muss an die Stelle pauschaler Zahlungen die Honorierung gesellschaftlich gewünschter und nicht marktfähiger Leistungen treten.

Dazu sind die **zielspezifischen Fördermaßnahmen**, die heute zum Beispiel als Agrarumwelt-, Vertragsnaturschutz- oder Tierschutzmaßnahmen zur ländlichen Entwicklung (zweite Säule) gehören, zum Kern der Förderpolitik zu machen und stark auszubauen.

Für die Direktzahlungen heißt das, dass sie konsequent an **wirksame ökologische** und sozial-ökonomische **Kriterien** zu binden sind. Dabei sind als ökologische Kriterien unter anderem einzuführen:

- ▶ **Mindest-Fruchtfolge**, bei der eine Frucht maximal 50 Prozent der Ackerflächen einnimmt und ein Mindestanteil an Leguminosen (Hülsenfrüchten) – einschließlich Klee gras und Leguminosen-Gemenge – von 20 Prozent gewährleistet wird;
- ▶ **Ökologische Vorrangflächen** mit einem Flächenanteil an der Betriebsfläche von mindestens zehn Prozent (bei großen Bewirtschaftungseinheiten von über fünf Hektar Fläche auch Mindestanteil auf der betreffenden Bewirtschaftungseinheit). Als ökologische Vorrangflächen gelten: artenreiche Grünland- und Ackerflächen, Blühstreifen, Saum-, Rand- und Pufferstreifen, Feldraine, Hecken, Feldgehölze, Kleingewässer;
- ▶ **Vollständiges Verbot des Grünlandumbruchs** in sensiblen Bereichen wie Niedermooren, anderen Flächen mit hohem Grundwasserstand, Überschwemmungszonen, Hanglagen.

Der **ökologische Landbau** nimmt eine Sonderstellung ein. Er bildet ein kohärentes System und erreicht ein ganzes Bündel der Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik. Er stellt das landwirtschaftliche Produktionssystem dar, das die in der landwirtschaftlichen Produktion eingesetzten Ressourcen am effektivsten, weil am nachhaltigsten nutzt.

Es reicht nicht aus, für naturbedingt benachteiligte Gebiete und für Flächen, deren Bewirtschaftung auch für den **Naturschutz** bedeutsam ist, nur einen Ausgleich für entgangene Einkommensverluste zu gewähren. Den dort wirtschaftenden Bauern muss ein **Anreiz** für ihre so wichtige Aufgabe geboten werden. Es soll sich für sie auch finanziell lohnen, auf Landwirtschaftsmethoden zu wechseln, vor denen die Umwelt nicht separat geschützt werden muss. Gleiches gilt für ordnungsrechtlich verpflichtende Anforderungen, die an Betriebe gestellt werden – zum Beispiel in Naturschutz- oder Natura-2000-Gebieten.

Die **Investitionsförderung** ist auf solche Vorhaben zu begrenzen, mit denen besondere Standards in den Bereichen Tier-, Natur- und Umweltschutz erreicht werden.

Die **Kennzeichnung der Produkte** muss transparent gestaltet sein. Auch das ist Agrarpolitik, denn eine aussagekräftige Produktkennzeichnung ist ein wichtiger Baustein für die Wahlfreiheit der Verbraucher. Herkunft und Qualität eines Produkts müssen von außen ersichtlich sein, Verpackungen dürfen mit Bildern und Text die Verbraucher nicht täuschen.

- ▶ [www.die-bessere-agrarpolitik.de](http://www.die-bessere-agrarpolitik.de)

philosophieren. Noch lieber hätten sie es, wenn auch eine entsprechende Politik betrieben würde!

### Diesmal gibt es eine echte Chance

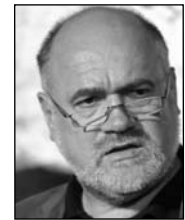
Erste Gedanken der EU-Kommission, wie die GAP nach 2013 aussehen könnte, waren – wie sollte es im Zeitalter des Internets anders sein – bereits vorher in die Öffentlichkeit gelangt. Erfreulicherweise sind viele der Forderungen, die von den Agrarplattformverbänden zur Geldmittelverwendung formuliert wurden, aufgegriffen worden. Brüssel plant die Direktzahlungen nur noch an solche Betriebe auszus zahlen, die mehr leisten als „nur“ Gesetze zu befolgen, die – wie die Verbände es fordern – eine bestimmte Fruchtfolge einhalten, Dauergrünland sichern und einen Teil ihrer Flächen verbindlich nach ökologischen Kriterien gestalten. Doch

diese „Auflagen“ sollen nicht die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Landwirte verschlechtern, im Gegenteil: Es ist die neue Philosophie der EU-Kommission, zukünftig die erste Säule der GAP dafür zu nutzen, die Wettbewerbsnachteile, unter denen natur- und umweltverträglich wirtschaftende Landwirte leiden, auszugleichen. Sie soll nicht mehr dazu dienen, nur wenige Betriebe fit für einen brutalen globalen Wettbewerb zu machen, der kaum ökologischen oder sozialen Kriterien folgen muss.

Brüssel strebt somit durchaus einen gewissen Systemwechsel an. Auch wenn zweifelhaft ist, ob ein solcher allein mit finanzpolitischen Instrumenten erreicht werden kann, so sollten diese Ideen verteidigt werden. Und zwar gegenüber den Mitgliedstaaten wie Deutschland und Frankreich, die sich bisher gegen eine entsprechende Neuausrichtung stellen. Die

Chancen, dass dieses Mal substantziellere Veränderungen umgesetzt werden, stehen trotz aller Widerstände nicht schlecht, denn erstmals in der Geschichte der EU liegt die endgültige Entscheidung nicht mehr allein im Ministerrat. Seit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags hat das Europaparlament Mitentscheidungsrecht. Die 99 deutschen Abgeordneten warten also auf Ansprache!

Der Landschaftsökologe Lutz Ribbe ist Direktor der naturschutzpolitischen Abteilung der Stiftung EuroNatur in Rheinbach bei Bonn und seit 1998 Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Brüssel.



Kontakt:  
Tel. +49 (0)2226 / 2045,  
E-Mail:  
lutz.ribbe@euronatur.de,  
www.euronatur.de

## Zivilgesellschaftliche Partizipation

# Der Konvent tanzt

Ein breites europäisches Bündnis zeigt, wie ein Reformprozess im Agrarsektor aussehen kann

**In einer gemeinsamen Erklärung hat die europäische Zivilgesellschaft ihre Vision einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Landwirtschaft vorgelegt. Dabei hat sie nicht nur die Prinzipien des Ackerbaus, sondern auch die der lokalen und regionalen Beteiligung auf neue Füße gestellt. Jetzt sind auch die EU-Institutionen gefragt, einen tief greifenden Paradigmenwechsel durchzusetzen. ■ VON HANNES LORENZEN, ARC2020**

Bis Ende 2012 werden die EU-Kommission, der Agrarministerrat und das Europäische Parlament über die mögliche Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sowie über neue Förderinstrumente und Finanzierungsmodelle debattieren. Auch viele andere Akteure werden Einfluss auf die Agrarpolitik nach 2013 nehmen wollen. In vielen EU-Mitgliedstaaten sind nationale Bündnisse entstanden, die – wie die deutsche Agrarplattform und das französische Bündnis PAC 2013 – Verbände aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Tierschutz unter einen Hut gebracht haben. Diese Zusammenschlüsse

haben klare Forderungen an ihre Regierungen und die EU-Institutionen formuliert. Aber sie werden bisher nur in ihren nationalen Zusammenhängen wahrgenommen und haben wenig Einfluss auf die Mehrheitsbildung auf europäischer Ebene.

### Zivilgesellschaft legt gemeinsamen Reformvorschlag vor

Eine Initiative von europäischen Netzwerken und Bündnissen will das ändern. Der Konvent für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (Agricultural & Rural Convention – ARC2020) trägt seit April 2010 Vorschläge der europäischen Zivilgesell-

schaft für die Reform der Agrarpolitik zusammen und stellt diese in einem Internetportal zur Diskussion. Zu den Initiatoren des Konvents gehören unter anderen das European Milk Board, die EU-Vertretung der internationalen Ökolandbauvereingung IFOAM, das europäische Netzwerk für nachhaltige ländliche Entwicklung Forum Synergies, die Groupe de Bruges (ein europäischer Thinktank von Akademikern und ehemaligen Agrarministern) und das Netzwerk von ländlichen Entwicklungsinitiativen in Osteuropa, Prepare.

Statt auf die Veröffentlichung der Reformvorschläge der EU-Kommission zu warten und dann vielstimmig und un-

koordiniert darauf zu reagieren, hat die ARC2020-Initiative einen gemeinsamen Reformvorschlag erarbeitet. Kurz vor der Veröffentlichung der Reformvorschläge der Kommission hat sie den europäischen Institutionen eine „Gemeinsame Erklärung der Zivilgesellschaft“ zur Zukunft der Landwirtschaft und der ländlichen Regionen vorgelegt. Die endgültige Erklärung mit detaillierten Reformvorschlägen wurde auf einer Konferenz im Ausschuss der Regionen Anfang November in Brüssel verhandelt – nach dem Konsensverfahren im Stil der Vereinten Nationen. Am 17. November, einen Tag vor der Veröffentlichung des EU-Kommissionsvorschlags, hat die Initiative das Dokument der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Konvent versteht sich ausdrücklich als Ergänzung zur Initiative von Agrarkommissar Dacian Cioloș, bei der auf einem Internetportal der Kommission individuelle Vorschläge von BürgerInnen zusammengetragen wurden. Im ARC2020-Prozess konnten die TeilnehmerInnen nicht nur ihre Vorschläge und Forderungen vorstellen, sondern in Arbeitsgruppen ihre Beiträge für die gemeinsame Erklärung diskutieren und abstimmen. Darüber hinaus fanden im Rahmen des Konvents in zahlreichen Mitglied- und Beitrittsstaaten regionale und thematische Vorbereitungskonferenzen statt, die auf die besonderen Bedingungen und Forderungen aus Ost- und Westeuropa eingingen, unterschiedliche Bewirtschaftungsformen berücksichtigten und die Meinungen der Interessengruppen zusammentrugen.

### Für eine radikale Abkehr vom industrialisierten Agrarmodell

Die deutsche Agrarplattform und das französische Bündnis PAC 2013 trafen sich beispielsweise Mitte September in Aachen, um einen gemeinsamen Beitrag zur ARC-Erklärung beizusteuern. Mit von der Partie waren das European Milk Board (EMB), das auch zu den Initiatoren des ARC2020-Prozesses gehört, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der BUND, die Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Misereor und Euronatur.

Anfang September fand im mazedonischen Ohrid ein Treffen von VertreterInnen ländlicher Netzwerke und Bauernorganisationen aus ganz Südosteuropa statt, wo Erwartungen an die zukünftige GAP und entsprechende Vorbeitrittsmaßnahmen für Kandidatenländer gesammelt wurden. Auch in Spanien, Italien und Frankreich gab es zahlreiche Seminare und Vorbereitungskonferenzen.

Als erste Stellungnahme zu den großen Linien der GAP-Reform veröffentlichte der Konvent ein „Statement of Principles“. Dieses Statement war ein Beitrag zur Abschlusskonferenz der Bürgerbefragung der EU-Kommission Mitte Juli in Brüssel. In dem Papier wird eine radikale Abkehr vom industrialisierten Agrarmodell und eine klare Hinwendung zu einer nachhaltigen, vielfältigen, auf regionale Versorgung ausgerichtete Landwirtschaft gefordert. Dieser Paradigmenwechsel sowie die Wiederbelebung der ländlichen Regionen sind die Grundforderungen von ARC2020 für eine Reform der Agrar- und der ländlichen Entwicklungspolitik. Im Kapitel „Notwendigkeiten“ („Imperatives“) wird mit Blick auf den Welthunger, den Klimawandel, den Verlust von Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität, den unfairen Handel und die ungerechte Verteilung von Fördermitteln begründet, warum „Business as Usual“ in der GAP der Zukunft unverantwortlich wäre. Unter den Stichworten Lebensmittelqualität und -sicherheit, Mehrwert für die Regionen, Marktdifferenzierung, öffentliche Güter, Renaissance der ländlichen Regionen und besseres Gleichgewicht zwischen Politik und Förderfonds, ist die gemeinsame Philosophie der Forderungen zusammengefasst.

Nachdem die Grundprinzipien festgelegt waren, begann die eigentliche Arbeit an den Reformvorschlägen. Nach der Sommerpause haben mehrere Arbeitsgruppen zwei Entwürfe beraten, in die eine Redaktionsgruppe außerdem zahlreiche Änderungsvorschläge der Öffentlichkeit eingearbeitet hat. Die Koordination der Arbeiten des Konvents läuft in der Europäischen Schule für Journalismus IHECS in Brüssel zusammen. Die Leitung der Schule mit rund 1.200 Studierenden nutzt

den Konvent als Projektarbeit für den journalistischen Nachwuchs. Dazu gehören die Arbeit am Internetauftritt, Videoclips, Interviews mit Vertretern des Konvents und die Vorbereitung von Pressematerial. Ein Interview mit Agrarkommissar Cioloș zur Arbeit von ARC2020 ist bereits auf der Internetseite des Konvents zu sehen. Weitere Öffentlichkeitsarbeit und Debatten in Radio und Fernsehen sollen folgen.

### Herausforderung zum Dialog

Aber auch eine gemeinsame Erklärung von Verbänden und Bündnissen von Bauern-, Verbraucher-, Umwelt-, Tierschutz-, ländlichen und developmentspolitischen Organisationen aus ganz Europa bleibt natürlich eine Sammlung von Analysen und Forderungen auf Papier, solange sie nicht in den Mitgliedstaaten bei wichtigen Ereignissen wie der Grünen Woche in Berlin oder dem Salon de l'Agriculture in Paris offensiv vertreten werden. Der Konvent hat deshalb seine Arbeit auch noch nicht beendet. Erst wenn deutlich wird, dass die europäische Zivilgesellschaft mehr zu bieten hat als eine gemeinsame Erklärung, wenn sie ihre Regierungen, die EU-Kommission und das Europäische Parlament zum Dialog herausfordern kann, statt auf die Arbeit der Institutionen nur vereinzelt und im Nachhinein zu reagieren, bekommt sie ein europäisches Gewicht.

„Eine starke und einflussreiche Stimme der europäischen Zivilgesellschaft, die nicht beiseitegeschoben werden kann“, das ist das erklärte Ziel von ARC2020. Ein Anfang ist gemacht. Jetzt kommt es darauf an, eine tief greifende Reform auch gemeinsam durchzusetzen.

Hannes Lorenzen ist einer der Initiatoren von ARC2020. Er arbeitet in Brüssel als Berater im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des EU-Parlaments.

Kontakt:  
Tel. +32 (0)2 / 2843362,  
E-Mail:  
hansmartin.lorenzen@  
europarl.europa.eu,  
www.arc2020.eu





## Milchpolitik

# Zukunftsfähig durch faire Preise

Die EU muss Bauern und Verbraucher als Marktakteure stärken und Nachhaltigkeit zur Regel machen

**Die Reform der EU-Milchpolitik muss darauf ausgerichtet sein, funktionierende Märkte zu schaffen und die Milcherzeugung auch in benachteiligten Regionen zu erhalten. Dafür sind nachhaltige Produktionsweisen gefragt. Doch in Brüssel spricht man weiterhin von Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. ■ VON SONJA KORSPETER, EMB**

■ Mitte Oktober standen wieder knapp 2.000 Milchbäuerinnen und Milchbauern aus mehreren europäischen Ländern vor dem EU-Parlament in Straßburg. Die Milcherzeuger, deren wirtschaftliche Existenz gefährdet ist, wollen zeigen, dass sie aufgrund politischer Entscheidungen und der Lage am Milchmarkt keine kostendeckenden Erzeugerpreise erzielen können. Das heißt, die bäuerlichen Familien erhalten weniger Geld für die Milch als sie brauchen, um ihre Ausgaben für die Erzeugung zu decken.

### Die Milchkrise hat strukturelle Ursachen

Seit 1984 sind die Milchquoten ein Eckstein der europäischen Milchpolitik. Seit ihrer Einführung wurde die Erzeugung durch strenge Regelungen eingeschränkt, jedoch auf einem Niveau, das weit über dem europäischen Bedarf an Milchprodukten liegt. In der EU wird somit seit Jahren strukturell ein Überschuss produziert, der

auf dem Weltmarkt abgesetzt wird. Lange geschah dies mithilfe von steuerfinanzierten Exportsubventionen, die den Molkeereien den verbilligten Verkauf von Butter und Milchpulver in Länder außerhalb der EU erlaubte. Diese Subventionen führen nicht nur auf Märkten in Entwicklungsländern zu Verzerrungen und schädigen dort die Milcherzeuger. Auch im Binnenmarkt der EU verursachen die Überschüsse einen permanenten Druck auf die Preise – mit dem Ergebnis, dass die Erzeuger kein faires Einkommen aus der Milch mehr erzielen können und so lange wie eben möglich versuchen, ihre Einnahmen durch eine Ausweitung der Produktion zu halten.<sup>(1)</sup>

### Mit den Milchbauern verschwindet auch das Grünland

Wegen der nicht kostendeckenden Erzeugerpreise, die sich aus den Strukturen und dem Überangebot an Milch am Markt ergeben, müssen viele Milchbetriebe in der EU aufgeben. Allein in Deutschland haben in den letzten drei Jahren 10.000 Betriebe die Milcherzeugung eingestellt. Insgesamt sind in der Landwirtschaft der 15 alten EU-Staaten in den Jahren 1995 bis 2005 rund 3,5 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen. Das schwächt den ländlichen Raum und vermindert die Lebensqualität, doch auch die Umwelt wird in Mitleidenenschaft gezogen. In den Gunstlagen nehmen Umweltprobleme aufgrund der regionalen und betrieblichen Konzentration der Milcherzeugung zu, während Regionen mit ärmeren Böden landwirtschaftliche Betriebe verlieren. Mit den Milchbauern verschwindet auch die Haltung von Milchkühen auf Wiesen und Weiden. Wertvolles Grünland verbuscht oder wird für den

Ackerbau umgebrochen, die Artenvielfalt geht massiv zurück. Auch der EU-Rechnungshof stellte in seinem Sonderbericht 14/2009 diese Probleme dar und plädierte in seiner Schlussempfehlung dafür, „dass die Kommission und die Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen zur Umorientierung der Milcherzeugung vorrangig auf die Bedarfsdeckung des europäischen Binnenmarktes (...) ausrichten“.

Doch genau das Gegenteil ist der Fall. Die EU plant bisher, die seit 1984 bestehende Quotenregelung ersatzlos abzuschaffen, und setzt darauf, dass über eine weiter voranschreitende Industrialisierung und Konzentration der Milchproduktion die Erzeugerpreise weiter sinken und der Weltmarkt noch mehr zum Absatzgebiet für in Europa erzeugte Molkereiprodukte wird. Die Entwicklung der letzten Jahre hat aber gezeigt, dass die Vorstellung von einer immer weiteren Rationalisierung in der Landwirtschaft eine Illusion ist, sowohl ökonomisch als auch sozial und ökologisch. Für die arbeitsintensive Aufzucht und Haltung von Milchkühen gilt das in ganz besonderem Maße.

### Milcherzeugung liegt im gesellschaftlichen Interesse

Milch ist ein wertvolles Lebensmittel, das Millionen von EU-BürgerInnen tagtäglich verzehren. Milcherzeugung kann auch in den benachteiligten Gebieten Europas stattfinden, wo sie häufig die einzige Möglichkeit darstellt, ein landwirtschaftliches Einkommen zu erzielen. Sie leistet in diesen Regionen einen wichtigen Beitrag für die Aufrechterhaltung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Zugleich werden ökologisch wertvolle Kulturlandschaften

### European Milk Board – EMB

Das European Milk Board (EMB) ist eine Interessenvertretung für Milcherzeuger in Europa. Der Verband hat Mitglieder in 14 europäischen Ländern und repräsentiert etwa 100.000 Milcherzeuger. Das EMB mit seinem siebenköpfigen Vorstand steht für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Milcherzeugung in allen Regionen Europas, die es den Bäuerinnen und Bauern ermöglicht, würdevoll von ihrer Arbeit zu leben. Dafür sind vor allem faire Milchpreise nötig.

erhalten, die vielen Pflanzen- und Tierarten Lebensraum bieten. Auch für die Erholung der Bevölkerung bietet bewirtschaftetes Grünland vielfältige Möglichkeiten. Es sollte also ein Anliegen der EU-Politik sein, Rahmenbedingungen zu setzen, damit auch in Zukunft in allen Regionen Europas qualitativ hochwertige, das heißt auch frische Milch erzeugt und angeboten werden kann.

Die Milcherzeugung in Europa sollte nach Ansicht des European Milk Board (EMB) deshalb im Wesentlichen auf den innereuropäischen Bedarf ausgerichtet sein. Damit ist die Notwendigkeit verbunden, das Recht der Staaten auf Ernährungssouveränität in den internationalen Handelsregeln zu verankern. Zum Schutz der eigenen Landwirtschaft Importzölle zu erheben, fällt ebenso unter dieses Prinzip wie das Beenden von Dumping durch Exportsubventionen oder indirekte Förderung. Importe sollten dieselben Qualitätsstandards erfüllen, die auch in dem jeweiligen Land, in der jeweiligen Region gelten. Ziel müssen kostendeckende Erzeugerpreise und faire Verbraucherpreise sein.

### Milch bedarfsgerecht erzeugen

Eine Neuorientierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der Europäischen Union muss deshalb darauf ausgerichtet sein, starke Schwankungen des Angebots zwischen Knappheit und Überschuss zu vermeiden. Dies ist der beste Weg, um Spekulation auf Lebensmittelpreise an den Börsen zu verhindern. Ziel sollten stabile Preise und eine faire Verteilung des Mehrwerts zwischen Bauern, Verarbeitern, Einzelhandel und Verbrauchern sein. Das System muss so ausgestaltet sein, dass oft miteinander in Konflikt stehende Interessen der Teilnehmer der Lebensmittelkette auf Augenhöhe verhandelt werden können, damit Erzeuger und Verbraucher nicht länger die Spielfiguren anderer Interessen sind, sondern aktiv mitentscheiden können.

Das bedeutet zunächst die Einrichtung einer Monitoringstelle, die kontinuierlich die Margen sowie die Entwicklung von Nachfrage, Preisen und Produktionskos-

ten erhebt und dadurch für eine größere Markttransparenz sorgt. Auf der Basis der Produktionskosten legt diese Stelle dann jeweils einen Zielpreiskorridor für die unterschiedlichen landwirtschaftlichen Produkte fest. Die in den einzelnen Mitgliedstaaten zu produzierenden Mengen werden über diesen Preiskorridor bestimmt. Verbraucher und gesellschaftliche Gruppen sollten in den Prozess der Preiskorridorfixierung einbezogen werden, um ihre Interessen an fairen Regalpreisen und hochwertigen Produkten zu berücksichtigen.

Zusätzlich sollte die Gründung von gemeinsamen Vermarktungsorganisationen durch Erzeuger gefördert werden, um deren Verhandlungsmacht gegenüber den bisher übermächtigen Molkereien und Handelsketten zu steigern. Hierzu braucht es eine Ausnahmeregelung vom europäischen Wettbewerbsrecht, was über eine Gruppenfreistellung für Erzeuger leicht möglich ist. Bauern müssen in die Lage versetzt werden, gemeinsam zu handeln, und sie müssen das Recht und die Befähigung erhalten, die Angebotsmenge von Produkten zu steuern. Sie müssen in der EU bei sinkender Nachfrage und Preisen unterhalb des gesetzten Preiskorridors die Milchmengen auf Erzeugerebene absenken können, sodass schädliche Überproduktion, aber auch Mangelsituationen vermieden werden.

### Direktzahlungen an gesellschaftliche Leistungen knüpfen

In Zukunft sollten Erzeuger ihr Einkommen aus dem Verkauf ihrer Produkte erzielen können und nur für besondere gesellschaftliche Leistungen oder in benachteiligten Regionen Zahlungen erhalten. Heute spielen die Direktzahlungen im Rahmen der GAP jedoch noch eine wichtige Rolle im Einkommen der Erzeuger. Nur eine Minderheit kann allein vom Verkauf der Produkte ihren Lebensunterhalt verdienen. Direktzahlungen sollten deshalb nicht abgeschafft, sondern Schritt für Schritt stärker an besondere ökologische oder soziale Leistungen geknüpft werden. Das bedeutet, die Gewährung

von EU-Geldern an die Einhaltung nachhaltiger landwirtschaftlicher Praktiken zu binden und sie von historischen Referenzen zu lösen. Direktzahlungen sollten sich in Zukunft an der Kaufkraft in dem jeweiligen Land orientieren, was höhere Zahlungen in den neuen Mitgliedstaaten als bisher bedeutet. Direktzahlungen sollten degressiv steigen, sodass kleinere Betriebe und Familienbetriebe stärker als bisher berücksichtigt werden. Der Faktor Arbeit sollte insgesamt mehr Beachtung erhalten, sodass auch große Betriebe über höhere Zahlungen verfügen können, wenn sie viele Arbeitskräfte beschäftigen.

Europas Milcherzeuger sind nicht an einer Wirtschaftsweise interessiert, die Umwelt und Tiere und nicht zuletzt die in den Betrieben arbeitenden Menschen stresst. Im Gegenteil: Sie sprechen sich ausdrücklich für eine wirklich nachhaltige Art der Milcherzeugung aus. Eine Voraussetzung dafür ist, dass die Milchviehbetriebe von dem leben können, was sie für eine nachhaltig erzeugte Milch bezahlt bekommen. Deshalb setzt sich das European Milk Board gemeinsam mit den anderen Verbänden der Agricultural and Rural Convention (ARC2020, siehe S. 31 f.) gegenüber den europäischen Institutionen für eine komplette Richtungsänderung in der GAP ein, für eine sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltige Milcherzeugung in allen Regionen Europas, die auch in anderen Teilen der Welt ländliche Entwicklung befördert und nicht behindert.

### Anmerkung

- (1) Schaber, R.: Blutmilch. Wie die Bauern ums Überleben kämpfen. Pattloch, München 2010, 280 S., 18,- €, ISBN 978-3-629-02273-8

Die Soziologin Sonja Korpeter arbeitet als Politikberaterin für das European Milk Board, einen europäischen Dachverband von Milcherzeugerverbänden mit Sitz in Hamm.

Kontakt:  
Tel. +41 (0)562226788,  
E-Mail: korpeter@  
europeanmilkboard.org,  
www.europeanmilkboard.org



## Handelspolitik

# Die EU als Agrarveredelungsfabrik

Die Agrarsupermacht Europa ist auf Gedeih und Verderb abhängig von Importen

**Die Europäer üben durch ihre bisherige Politik und ihre Ernährungsgewohnheiten starken Druck auf die Weltmarktpreise aus. Die Leidtragenden sind Entwicklungsländer und kleinräumige landwirtschaftliche Strukturen. Subventionen ohne ökologische Maßgaben sind zu streichen. ■ VON JÜRGEN MAIER, FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG**

Die EU ist nicht nur der weltweit größte Exporteur von Agrarprodukten, sondern auch der größte Importeur. Wenn man so will, kann man die EU im globalen Maßstab daher als riesige Agrarveredelungsfabrik bezeichnen. Exportiert werden nämlich vorwiegend verarbeitete Lebensmittel und tierische Produkte, für deren Herstellung riesige Mengen an Futtermitteln benötigt werden. Mehr als 80 Prozent davon werden importiert. Je nach Berechnungsmethode belegt die EU daher 30 bis 40 Millionen Hektar Agrarfläche außerhalb ihrer eigenen Grenzen, vorwiegend in Südamerika. Das ist mehr als die gesamte Agrarfläche Deutschlands und entspricht etwa einem Fünftel der Agrarfläche der EU. Entwicklungspolitisch problematisch ist neben der Exportorientierung der europäischen Agrar- und Ernährungswirtschaft auch die damit untrennbar verbundene starke Abhängigkeit von billigen Futtermittelimporten. Allein der Sojaanbau für die europäische Tierhaltung beansprucht 20 Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche im Ausland, was mehr als einem Zehntel der europäischen Agrarfläche entspricht. 65 Prozent der europäischen Sojaimporte stammen dabei allein aus Argentinien und Brasilien.

### Wachsende Konzentration der Betriebe

Gegen eine derartig ausgeprägte internationale Arbeitsteilung wäre nicht viel einzuwenden, wenn davon alle profitieren würden. Das ist jedoch mitnichten der Fall. Schon innerhalb der EU führt die wachsende Fixierung der Agrarpolitik auf Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt zu einer massiven ökonomischen Konzen-

tration. Obwohl die europäischen SteuerzahlerInnen jährlich über 50 Milliarden Euro für Agrarsubventionen aufwenden, geben immer mehr Bauern auf. Die Subventionierung von Massentierhaltungs-Fleischfabriken für den Export, während gleichzeitig die bäuerliche Milchviehhaltung immer unrentabler wird, zeigt: Die bisherige Subventionspraxis der EU-Agrarpolitik nimmt billigend in Kauf, dass die bäuerliche Landwirtschaft in Europa zum Auslaufmodell wird und der Industrielandwirtschaft weicht. Subventioniert werden nicht die Bauern, sondern eine Industrielandwirtschaft, die die europäischen VerbraucherInnen überwiegend ablehnen.

### Schweinereien mit Subventionen

In Deutschland wurde 2006 erstmals die Marke von 50 Millionen geschlachteten Schweinen erreicht – immer mehr davon gehen in den Export, vor allem nach China und Asien. Ist es im öffentlichen Interesse, immer mehr Soja aus Brasilien zu importieren, mit diesem Futtermittel in Deutschland unter tierquälerischen Bedingungen mit Milliardensubventionen Fleisch zu erzeugen und das dann so billig wie möglich nach China zu exportieren? Dieser Ansicht sind offenbar Bundesregierung und der Deutsche Bauernverband, denn sie kämpfen verbissen darum, dass diese Praxis weiter subventioniert wird. Wenn so eine Praxis ohne Subventionen am Weltmarkt keine Chance hat, dann brauchen wir sie auch nicht. Warum kann China eigentlich sein Fleisch oder seine Sojabohnen nicht direkt in Südamerika einkaufen, wenn es immer mehr davon verbrauchen will? Wir kommen ja auch nicht auf die Idee, Mil-

liardensubventionen für die europäische Autoproduktion bereitzustellen, damit die Chinesen ihre Autos nicht selber herstellen oder in Japan einkaufen, sondern europäische Dumpingangebote nutzen.

### Europa fördert Dumpingeffekte

Vielfach wird von staatlicher Seite in der EU die Sicherung der Welternährung als ein Hauptanliegen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der eigenen Reformvorschläge angeführt. Dafür müsse die europäische Landwirtschaft weiterhin ihre Produktivität und die Agrarexporte steigern, um ihren Beitrag zur Deckung des weltweit steigenden Kalorienbedarfs zu leisten. Dieses Argument ignoriert jedoch die wichtigste Lehre aus der Nahrungsmittelkrise 2008 und 2009, die allein die Anzahl der Hungernden um 100 Millionen hat ansteigen lassen: Eine nachhaltige Ernährungssicherung ist nur dann möglich, wenn die Entwicklungsländer ihre eigene Produktion stärken, ihre Abhängigkeit von Importen reduzieren und sich vor zunehmenden Preisschwankungen und Billigimporten auf den Weltagarmärkten schützen können. Es ist nicht Aufgabe unserer Land- und Ernährungswirtschaft, die Welt zu ernähren. Dieser Anspruch wäre auch deshalb absurd, weil die europäische Landwirtschaft in hohem Maße selbst auf Futtermittelimporten beruht, und insofern derzeit nicht einmal in der Lage ist, die eigene Bevölkerung zu ernähren. Die Stärkung der Ernährungssicherheit der Entwicklungsländer spiegelt sich in den Agraraußenbeziehungen der EU nicht wider. Vielmehr unterminiert die GAP durch ihre aggressive Exportoffensive und ihre vielfältigen Mechanismen der Markt-

eroberung den notwendigen Aufbau einer heimischen Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern. Dumpingeffekte entstehen aber auch durch die derzeitige Praxis pauschaler Direktzahlungen. Denn Zahlungen, die sich weitgehend am Umfang der Betriebsfläche orientieren, ermöglichen es stark rationalisierten Betrieben, ihre Erzeugnisse unterhalb der Erzeugungskosten zu verkaufen. Gleichzeitig kann der Großteil der weniger begünstigten Betriebe zu diesen Preisen trotz der Direktzahlungen kein ausreichendes Einkommen erzielen. Die ungleiche Wirkung der Zahlungen versetzt die weiterverarbeitende Agrar- und Ernährungsindustrie in die Lage, unterhalb der Erzeugerkosten der meisten Landwirte zu produzieren; ein Großteil der Direktzahlungen wird von der Landwirtschaft auf die Ernährungswirtschaft übergewälzt und landet somit auch beim Agrarexport. Das gilt auch, wenn diese pauschalen Direktzahlungen von der Produktion, also von Mengen, Preisen, Inputs, produktbezogenen Kriterien und der Verpflichtung zur Erzeugung entkoppelt sind. Dumpingeffekte entstehen ferner durch einige Investitionsfördermaßnahmen der zweiten Säule, etwa die Investitionsförderung für Stallneubauten, die bis zu 40 Prozent der Gesamtkosten ausmacht.

### Restprodukte zu Schleuderpreisen

Jenseits von Subventionen kommt im Falle von Geflügel, Schweinefleisch und Gemüse hinzu, dass Restprodukte, die bei den europäischen KonsumentInnen keinen Absatz finden, weil sie den hohen Ansprüchen oder Qualitätsstandards nicht mehr entsprechen, im Ausland verschleudert werden. Mithilfe einer Produktdifferenzierung werden Preise auf Teilmärkten gedrückt und Exportchancen vor allem in armen Ländern, wo es noch VerbraucherInnen mit einfachen oder anderen Ansprüchen gibt, wahrgenommen. Solche Vorgänge fördert der Staat auch noch, wenn gleichzeitig die Hauptproduktlinie mithilfe von Importzöllen auf dem europäischen Markt im Preis relativ hoch gehalten wird. Die so staatlich gestützten Inlandspreise erlauben den Lebensmittelkonzernen eine interne

Quersubventionierung der Exporte der weniger gefragten Teilprodukte. Die viel kritisierten Exportsubventionen sind dafür gar nicht nötig.

### Eine neue globale Rolle für die EU

Mit all diesen Praktiken übt die EU erheblichen Druck auf die Weltmarktpreise aus, bringt arme Kleinbauern anderswo um ihre Existenz und verschärft so Hunger und Armut in Entwicklungsländern. Fallstudien belegen, dass EU-Exporte beispielsweise von Milchpulver nach Burkina Faso, Kamerun und Bangladesch, von Tomatenpaste nach Ghana, Benin, Togo und Kamerun die lokalen Märkte dort empfindlich gestört haben. Das Recht auf Nahrung wird dadurch in zweierlei Hinsicht gefährdet: Zum einen werden Absatzmöglichkeiten, Erzeugerpreise und Einkommen von Kleinbauern und damit ihr Zugang zu angemessener Ernährung erheblich reduziert. Zum anderen wird die Weltmarktabhängigkeit von Entwicklungsländern vertieft. Wenn die Weltmarktpreise aber steigen, ist die Versorgung mit Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen für arme VerbraucherInnen im höchsten Maße bedroht.

Bei der anstehenden Reform der GAP muss daher auch die Rolle der EU in der globalen Landwirtschaft neu definiert werden und auf eine nachhaltige Grundlage gestellt werden. Die EU will mittlerweile zwar die Agrar-Exportsubventionen abschaffen, allerdings nur im Rahmen einer WTO-Vereinbarung. Die Forderung, diese Konditionierung fallen zu lassen, ist dabei wohl die am ehesten mehrheitsfähige, aber angesichts des inzwischen geringen Volumens keineswegs mehr die wichtigste Forderung. Maßnahmen zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die nicht der ökologischen Modernisierung von Betrieben dienen, müssen gestrichen werden. Insbesondere Investitionsbeihilfen zur Kapazitätssteigerung in exportorientierten Bereichen wie der Schweinehaltung sowie der Milch-, Geflügel- und Getreideproduktion sind abzuschaffen. Programme zum Umweltschutz, zum Landmanagement, für benachteiligte

Gebiete und zur ländlichen Entwicklung, die derzeit nur einen Teil der zweiten Säule ausmachen, müssen zum Kernstück der Förderpolitik ausgebaut werden.

Die Stützung oder der Schutz von Agrarprodukten am Markt durch produktspezifische Subventionen, Zölle oder Mengenregulierungen darf nicht zur Quersubventionierung von Exporten beitragen. Für stark gestützte Produktlinien, die von einem Schutzzoll von mehr als 20 Prozent profitieren, ist der Export von Teilprodukten zu verbieten oder mit einer Exportsteuer zu belegen, welche das Unterstützungsniveau wieder abschöpft, oder die Mengensteuerung ist entsprechend restriktiv anzupassen. Das gilt auch anteilmäßig für die Wertschöpfung von weiterverarbeiteten Produkten dieser Warenkategorie.

### Alternativen für eine wirklich nachhaltige Entwicklung

Eine der schwierigsten Fragen dürfte es werden, eine „alternative Eiweißstrategie“ voranzubringen. Angesichts der negativen Auswirkungen der riesigen Sojamonokulturen in Südamerika muss die EU sich vornehmen, wieder mehr Futtermittel selbst anzubauen. Bereits ein Ende der Subventionierung der exportorientierten Massentierhaltung wird den europäischen Futtermittelbedarf schrumpfen lassen, aber nicht notwendigerweise den globalen Verbrauch. Bei einer Ökologisierung der EU-Agrarpolitik muss die stärkere Integration eiweißhaltiger Futtermittel in die Fruchtfolge eine wichtige Rolle spielen. Ein besserer Beitrag als eine solchermaßen neu definierte Rolle Europas auf dem Weltagrarmarkt ist als Vorbereitung für den Rio+20-Gipfel im Jahr 2012 kaum vorstellbar.

Jürgen Maier ist seit 1996 Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung in Berlin und Bonn.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 678177588,  
E-Mail: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de),  
[www.forumue.de](http://www.forumue.de)



## Gentechnikpflanzen

# Ein krummer Deal

Die EU-Kommission will Entscheidungen über Gentech-Anbau den Mitgliedstaaten überlassen

**Gegen den Willen der meisten EuropäerInnen will die EU-Kommission Anbauzulassungen für weitere gentechnisch veränderte Nutzpflanzen durchsetzen. Mit einem Trick sollen kritische Mitgliedstaaten für eine Ergänzung der Freisetzungsrichtlinie gewonnen werden: Künftig dürfen sie selbst entscheiden, was bei ihnen zu Hause wächst – damit sie in Brüssel Ruhe geben. Das soll endlich den Durchbruch für die Gentech-Industrie bringen. ■ VON HEIKE MOLDENHAUER, BUND**

Öffentliches Geld nur für öffentliche Güter – so lautet eine zentrale Forderung der Umweltorganisationen und ihrer Verbündeten für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU. Für Gentechnikpflanzen heißt das: keine Subventionen für Bauern, die sie anbauen, keine Steuergelder für Erzeugnisse, die die Mehrheit der EU-Bevölkerung strikt ablehnt. Doch die Europäische Kommission befindet sich bei der Agrogentechnik immer noch auf einem ganz anderen Weg, und das trotz aller Widerstände und Warnsignale.

### EU-Kommission unzufrieden mit schleppender Zulassung

Gerade einmal zwei Gentech-Pflanzen haben eine EU-weite Zulassung zum kommerziellen Anbau: der Monsanto-Mais Mon810 seit 1998 und die BASF-Kartoffel Amflora seit März 2010. Zwölf Jahre liegen zwischen den beiden Anbauzulassungen. Sechs EU-Staaten haben Mon810 auf ihrem Territorium verboten, darunter große Agrarländer wie Frankreich und Deutschland. Österreich, Ungarn und Luxemburg haben ein Anbauverbot für Amflora ausgesprochen und klagen gemeinsam mit Frankreich und Polen vor dem Europäischen Gerichtshof. Das ist eine extrem magere Ausbeute, findet die EU-Kommission. Was also tun? Wie lassen sich Anbauzulassungen aussprechen, ohne Prügel für den eigenen gentechnikfreundlichen Kurs zu beziehen?

Die Lösung präsentierte die EU-Kommission im Juli 2010: Nach ihren Vorschlägen sollen die Mitgliedstaaten das Recht erhalten, selbst zu entscheiden, ob auf ihrem Territorium gentechnisch veränder-

te Pflanzen angebaut werden dürfen oder nicht. Die Zulassungen sollen weiter zentral auf EU-Ebene erfolgen, dann jedoch sollen die Mitgliedstaaten von einer „Ausschlussklausel“ Gebrauch machen können. Die Klausel soll als neuer Artikel 26 b in die Freisetzungsrichtlinie 2001/18/EC eingefügt werden. Sie besagt: Mitgliedstaaten können Maßnahmen ergreifen, die den Anbau aller oder bestimmter gentechnisch veränderter Organismen (GVO) auf ihrem gesamten Staatsgebiet oder in Teilen davon beschränken oder verbieten. Verbote oder Beschränkungen von GMO gelten sowohl für Saat- als auch Pflanzgut. Wollen Mitgliedstaaten sie aussprechen, müssen sie zwei Bedingungen erfüllen: Sie dürfen sich nicht auf negative Auswirkungen von GMO auf die Gesundheit oder die Umwelt berufen, und die von ihnen verfügbten Maßnahmen müssen rechtskonform sein.

### Beruhigungsspiel für kritische EU-Staaten

Der Kommission geht es dabei aber nicht um Selbstbestimmung. Mit der Ausschlussklausel will sie den gentechnikkritischen EU-Ländern den Wind aus den Segeln nehmen, den Interessen der Gentech-Anwender zum Durchbruch verhelfen und sich selbst vor weiteren Klagen schützen. So steht es unmissverständlich in der ersten Fassung ihrer Vorschläge. Zwar sind die entsprechenden Passagen in den im Juli 2010 offiziell vorgestellten Dokumenten verschwunden. Am Kalkül der Kommission hat sich jedoch nichts geändert. Sie setzt darauf, dass sich ein Mitgliedstaat, der nach erteilter EU-Anbauzulassung sofort ein nationales Anbauverbot verhängen kann, im Ministerrat nicht länger querstel-

len und auch kein nationales Anbauverbot nach Artikel 23 der Freisetzungsrichtlinie verhängen wird, wie bei Mon810 und Amflora geschehen. Vielmehr wird er für die Zulassung stimmen und so die Einführung neuer Gentechniksorten beschleunigen. Und er wird darauf verzichten, über den Artikel 23 etwaige Umwelt- und Gesundheitsgefahren eines genehmigten GMO herauszustellen. Damit, so kalkuliert die Kommission, werden ihre Kompetenz und die Kompetenz der Zulassungsbehörden nicht länger massiv infrage gestellt.

Zulassungsverzögerungen und nationale Verbote nach Artikel 23 sind bis heute der Albtraum einer jeden EU-Kommission. Dass es regelmäßig so weit kommt, ist dem Komitologieverfahren geschuldet. Danach muss sich der Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit (oder über 70 Prozent der Stimmen) für oder gegen eine GMO-Zulassung aussprechen. Kommt diese Mehrheit nicht zustande – was fast immer der Fall ist –, hat die Kommission das letzte Wort. Es lautete stets: Zulassung. Hinter so gut wie keiner Zulassung steht also eine Mehrheit der Mitgliedstaaten, am Ende war fast immer das Ja der Kommission ausschlaggebend. Die Kommission spricht von 17 Gentech-Pflanzen, die sich im Zulassungsverfahren für den Anbau befinden.

### Was bedeutet die Ausschlussklausel?

Welche Möglichkeiten eröffnet nun die Ausschlussklausel im neuen Artikel 26 b, welche bleiben versperrt?

Erstens: Die Maßnahmen sind freiwillig, das heißt, ein Mitgliedstaat, der der Agrogentechnik zugeneigt ist, ignoriert den Artikel 26 b, ein Mitgliedstaat, der

ihr kritisch gegenübersteht, setzt die EU-Richtlinie beziehungsweise den neuen Artikel 26 b in nationales Gentechnikrecht um.

Zweitens: Die Mitgliedstaaten dürfen allein den Anbau beschränken oder verbieten, nicht aber den freien Warenverkehr mit GVO oder daraus gewonnenen Produkten, ebenso wenig Importe. Folglich dürfte etwa die BASF-Kartoffel Amflora durch und in Länder transportiert werden, in denen ihr Anbau untersagt ist, sie dürfte in dortigen Stärkefabriken verarbeitet werden, Reststoffe aus dieser Stärkeproduktion dürften an Bullen verfüttert werden, und natürlich dürfte in solchen Ländern auch mit Amflora-Stärke hergestelltes Papier verkauft werden.

Drittens: Der Vorschlag der EU-Kommission lässt offen, welche Gründe die Mitgliedstaaten für nationale Beschränkungen oder Verbote des Gentech-Anbaus anführen können. Er sagt lediglich, dass Umwelt- und Gesundheitsgefahren nicht zulässig sind. Das ist insofern konsequent, als diese Gefahren mit einer EU-Zulassung als ausgeschlossen oder als akzeptabel gelten. Zudem ermöglicht der Artikel 23 der Freisetzungsrichtlinie den Mitgliedstaaten für den Fall, dass sie nach erteilter Zulassung neue Erkenntnisse über Risiken eines GVO gewinnen, ein nationales Anbauverbot zu verhängen.

Viertens: Die Maßnahmen der Mitgliedstaaten müssen „verhältnismäßig“ sein. Verhältnismäßig sind sie dann, wenn sie allein den Anbau betreffen und wenn sie keine Produktionsweise unnötig beeinträchtigen. Jenseits dieser unbestimmten Rechtsbegriffe gibt der Kommissionsvorschlag den Mitgliedstaaten keinerlei Hilfestellung bei der Frage, wo eine nationale Umsetzung des Artikels 26 b möglicherweise mit geltendem Recht kollidiert. Denkbar sind etwa folgende Szenarien: Bauern, die keine Gentech-Pflanzen anbauen dürfen, sehen sich in ihrem Recht auf freie Berufswahl beeinträchtigt und verklagen ihre Regierung vor einem nationalen Gericht oder dem EU-Gerichtshof. Stellvertretend für die Gentechnikkonzerne, die ihr Saatgut in bestimmten EU-Staaten nicht verkaufen können, strengen die USA ein WTO-Verfahren gegen diese Länder an.

## Großdemo am 22. Januar

Ein breites Bündnis von Umweltschutz- und Ökolandbauverbänden ruft zum Protest gegen die bisherige EU-Agrarpolitik am 22. Januar 2011 in Berlin auf. Das Motto lautet: „Wir haben es satt: Nein zu Gentechnik, Tierfabriken, Dumping-Exporten!“ (siehe auch S. 17).

- ▶ 11.00 Uhr Treffpunkt am Berliner Hauptbahnhof (Washingtonplatz); Grußworte
- ▶ 11.30 Uhr Auftaktkundgebung
- ▶ 12.00 Uhr Beginn Demonstrationzug
- ▶ 13.00 Uhr Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor
- ▶ 14.00 Uhr Rock for Nature

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 21608621,  
www.wir-haben-es-satt.de

## EU-Staaten reagieren unterschiedlich

Die Reaktionen der Mitgliedstaaten auf den Vorschlag der Kommission sind durchwachsen. Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien sind zum Beispiel strikt dagegen, Anbauentscheidungen auf die nationale Ebene zu verlagern, und führen die Störung des gemeinsamen Binnenmarktes ins Feld; allerdings scheuen sie vermutlich eher davor zurück, Farbe zu bekennen. In dem Moment nämlich, in dem eine Regierung die Möglichkeit eines Verbots oder einer Beschränkung nicht nutzt, outet sie sich als Gentechnikfreundin.

Unterstützung bekommen diese Staaten vom Rechtsdienst des EU-Ministerrats. Dieser sieht einen Verstoß gegen Artikel 114 des Lissabon-Vertrages. Der Artikel zielt darauf ab, den gemeinsamen Binnenmarkt zu stärken. Außerdem findet der Rechtsdienst „ethische Gründe“ als Rechtfertigung für Verbote nicht überzeugend. Denn dann müsste nicht nur der Anbau einer Gentech-Sorte untersagt werden, sondern auch der Import.

Auf der anderen Seite stehen Österreich und die Niederlande. Beide Länder sind vehement für den Kommissionsvorschlag –

Österreich, weil es mit der Ausschlussklausel leichter Verbote aussprechen kann als über den Artikel 23, und die Niederlande, weil sie der Gentechnik zum Durchbruch verhelfen wollen. Hinzu kommt eine Reihe von Ländern wie Großbritannien und Bulgarien, die größere Klarheit in Rechtsfragen verlangen.

Voraussichtlich im Dezember legt die Kommission einen überarbeiteten Vorschlag vor, der die Bedenken der Mitgliedstaaten berücksichtigt. Dann wird es spannend. Denn zum einen kommt mit dem EU-Parlament eine weitere Größe ins Spiel; Kommission, Ministerrat und Parlament müssen sich auf einen gemeinsamen Gesetzestext einigen. Zum anderen entscheidet sich, ob die Freisetzungsrichtlinie nur um den einen Artikel 26 b ergänzt wird oder ob die Abgeordneten die Möglichkeit nutzen, mit der Öffnung der Freisetzungsrichtlinie die gesamte EU-Gentechnikgesetzgebung auf den Prüfstand zu stellen – und damit eine Debatte entfachen, die sich über mehrere Jahre hinziehen wird und deren Ergebnis nicht abzusehen ist.

Und was tun die Umweltverbände? Ebenso wie viele andere, wittert der BUND den krummen Deal: beschleunigte EU-Zulassungsverfahren gegen Rechtsunsicherheit für die Staaten, die die Ausschlussklausel anwenden. Der BUND empfiehlt deshalb, Artikel 26 a der Freisetzungsrichtlinie zu nutzen. Dort heißt es: „Mitgliedstaaten können geeignete Maßnahmen ergreifen, um das unbeabsichtigte Vorhandensein von GVO in anderen Produkten zu verhindern.“ Auf dieser Basis hat Bulgarien Mindestabstände für Gentechnikfelder von 30 Kilometern zu Naturschutzgebieten, zehn zu Bienenstöcken und sieben zu Biobauernhöfen vorgeschrieben.

Heike Moldenhauer ist beim Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) in Berlin verantwortlich für Gentechnikpolitik.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 27586-456,  
Fax -440,  
E-Mail: heike.moldenhauer@  
bund.net,  
www.bund.net/gentechnik



## Ein Schwergewicht, das leicht zu nehmen ist?

Gemessen an der Zahl ihrer Mitglieder müssten Umweltorganisationen eigentlich ein viel stärkeres politisches Gewicht haben. Das ist auch in der Schweiz so, wo die großen Umweltorganisationen in den letzten Jahren nur wenige durchgreifende Erfolge zu verzeichnen haben. Die Gründe liegen allerdings nicht nur bei den starken Gegenkräften in Wirtschaft und Politik, sondern auch bei den Organisationen selbst.

■ Die Wichtigkeit der großen Umweltorganisationen ist kaum bestritten; angesichts des anhaltenden Klima-Hochs noch weniger. Auch in der Schweiz haben sie über die Jahrzehnte zweifelsfrei an Einfluss gewonnen: sowohl im Parlament als auch als Gegner oder Partner der Wirtschaft. Zwar wurde etwa der Bartgeier erfolgreich wieder in den Alpen angesiedelt. Das ist gut. Aber es wurmt, dass durchschlagende gesellschaftliche Erfolge dünn gesät sind. Die meisten Umweltprobleme – und wegen ihnen gibt es die Umweltorganisationen – bestehen seit 30 und mehr Jahren, kaum eines ist gelöst, weitere sind seither hinzugekommen. Das Argument, ohne die Umweltorganisationen wäre die Bilanz noch schlimmer, befriedigt nicht wirklich. Ein Beispiel: Im Dezember 2003 stellten die Schweizer Umweltorganisationen ihre Ziele für 2012 vor. Bis dahin wollen sie eine Senkung des Energieverbrauchs um ein Drittel, eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 20 Prozent gegenüber 1990, mehr Naturschutzgebiete, den Ausstieg aus der Atomenergie und ein Freisetzungsverbot für genmanipulierte Organismen erreicht haben. Dank der Mithilfe der Schweizer Bauern hat es gerade beim letzten Punkt zu einem Moratorium gereicht. Warum sind die mitgliederstarken Umweltorganisationen mit ihren vielen engagierten Mitarbeitenden nicht erfolgreicher? Sechs Hauptgründe lassen sich meines Erachtens anführen.

### Mangelnde Zusammenarbeit

Die Umweltorganisationen woll(t)en die genannten Ziele unter anderem durch engere Zusammenarbeit erreichen. Die Konkurrenz im Spendenmarkt und die Eigenprofilierung stehen aber wirkungsvollen Kooperationen im Weg. Das ändert sich nicht, solange sich der Glaube hält, es sei spendenwirksamer, die eigene Marke zö-

libitär zu positionieren, und solange nicht eingesehen wird, dass Mitglieder gerade Zusammenarbeit schätzen und genauso spendenfreudig bleiben.

### Zu viele Themen

Die Umweltorganisationen decken eine Unzahl von Themen ab. Jeder Frosch hat seine Lobby, jeder neue Parkplatz wird bekämpft, anstatt sich auf einige thematische Standbeine pro Organisation und ein paar wenige schlagkräftige Projekte zu beschränken und den Rest den Umweltämtern zu überlassen.

### Zu viele Staatsaufgaben

Anstatt ihnen gezielt Arbeiten zu überlassen, übernehmen die Umweltorganisationen oft Staatsaufgaben in Form einer Art Umweltpolizei, als wären sie die Fleckenentfernerinnen der Nation. Sie sind Rollenträgerinnen statt Themensetzerinnen und dadurch etwas langweilig und berechenbar geworden. Sie zeichnen sich durch Überseriosität aus: kaum Überraschendes, ernst und humorlos.

### Zu wenig Beteiligung

Die Umweltorganisationen haben zusammen zwar mehr als anderthalb Millionen Mitglieder, doch diesen wird außer Spendenmöglichkeiten, Informationen im Übermaß und Onlineclicks für Protest kaum etwas geboten. An einer Kampagne mitzukochen, ist auf den Menüplänen für die Mitglieder nicht vorgesehen.

### Symptome bekämpfen

Zwar mag es spendenträchtiger sein, Gefahren zu kommunizieren und Symptome zu bekämpfen. Gesichert ist dagegen, dass kleinkrämerische Appelle wie „Spart Strom, Stand-by aus!“, „Stellt den Motor bei Rot ab!“ oder „Sammelt Alu-Deckel“ nicht das Umweltbewusstsein, sondern

den Unwillen vieler gefördert haben. Ungeachtet psychologischer Erkenntnisse<sup>(1)</sup> wird auf Verhaltenstipps als Lösung gesetzt. Erschwerend kommt hinzu, dass die Umweltorganisationen unter Übertreibung leiden: dem Schlimmen stets noch einen Zacken draufsetzen, damit es auch der und die Hinterletzte merke. Dabei kann kein Einzelner etwas gegen die Gletscherschmelze tun.

### Die Ur-Ursache Wirtschaftswachstum nicht angehen

Zwar haben in der Schweiz zum Beispiel Greenpeace 1999 und 2005 der WWF ökonomische Studien<sup>(2)</sup> erarbeitet, aber es waren keine Sprungbretter, eher Gräber. Die Umweltorganisationen werden in der Grundfrage „Wie wirtschaften wir?“ nicht als Player wahrgenommen. Sie stecken zudem im Dilemma, dass sie eigentlich wachstumskritisch sind, aber gleichzeitig vom Wirtschaftswachstum profitieren, weil es mehr an Spenden einbringt. Sonst müssten Stellen abgebaut werden; weniger Lohn ist nicht Thema.

Trotz dieser holzschnittartigen Gründe ist klar, dass es die Umweltorganisationen braucht: Wer sonst kann die Rolle der Anwältin für die Umwelt übernehmen? Allein, die enge Zusammenarbeit zwischen ihnen als Königsweg für mehr Gewicht ist nicht in Sicht. **[Kuno Roth]**

### Anmerkungen

- ▶ (1) Roth, K.: Den Spieß, nicht den Spießer umdrehen. In: Zeitpunkt 107, Mai/Juni 2010. [www.kurzlink.de/appelle](http://www.kurzlink.de/appelle)
- ▶ (2) WWF-Studie: [www.wwf.ch/umweltmaerkte](http://www.wwf.ch/umweltmaerkte)

Dr. Kuno Roth war Chemiker und ist Umweltbildungsexperte bei Greenpeace Schweiz sowie Publizist in Bern.

Kontakt:  
E-Mail: [kuno.roth@ch.greenpeace.org](mailto:kuno.roth@ch.greenpeace.org)

## DNR INTERN

## Workshop

## Umweltleistungsindikatoren

■ Über Indikatoren, Kennzahlen und neue Trends bei der Bewertung von Umweltleistungen haben sich Fachleute der Umweltverbände Mitte November in Berlin ausgetauscht. Der zweitägige Workshop des Deutschen Naturschutzrings (DNR) in Kooperation mit dem Koordinierungsbüro Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU) führte in die aktuelle europäische und internationale Diskussion ein und bot eine Plattform für Positionen von Wirtschaft und Politik. Die Teilnehmenden erarbeiteten zudem ein Memorandum für die weitere Arbeit der Umweltverbände.

Die Verbände plädieren für eine Stärkung betrieblicher Umweltleistungen (Environmental Performance) durch verbesserte standardisierte und vergleichbare Umweltleistungskennzahlen. Bestimmte Kernindikatoren (Key Performance Indicators) und vor allem branchenbezogene Indikatoren müssten für Unternehmen verpflichtend sein. Für tatsächliche Umweltfortschritte in Unternehmen komme es auch auf die Kontrollfunktion der Umweltverbände an, denn oft würden nationale und internationale umweltbezogene Nachhaltigkeitsziele nicht erreicht. [jg]

- DNR, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

## AUS DEN VERBÄNDEN

### Deutscher Alpenverein

## Neuer Präsident

■ Josef Klenner ist im Oktober zum Präsidenten des Deutschen Alpenvereins (DAV) gewählt worden. Er bekleidete das Amt bereits von 1992 bis 2005. Im Juli war sein Vorgänger Heinz Röhle zurückgetreten. Vi-

zepräsidentInnen sind Tamara Schlemmer, Michael Knoll, Ludwig Wucherpfennig sowie Franz-Josef van de Loo, der den zurückgetretenen Ulrich Kühnl ablöst. [mb]

- DAV, München, Tel. +49 (0)89 / 14003-0, Fax -23, E-Mail: info@alpenverein.de, www.alpenverein.de

## EHRENAMT

### Bundesfreiwilligendienst

## Ende der Pflichtdienste

■ Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) sieht große Chancen durch die geplante Einführung des Bundesfreiwilligendienstes im Sommer 2011. Jetzt könne sich eine neue „Kultur der Freiwilligkeit“ in Deutschland etablieren, sagte sie bei der Vorstellung des Konzepts für den neuen Dienst im November in Berlin. Der Freiwilligendienst in Bundeskompetenz soll mit 35.000 Plätzen starten und den Wegfall der Zivildienstplätze im sozialen und ökologischen Bereich auffangen.

Der Bundesfreiwilligendienst kann zwischen sechs und 24 Monaten dauern, in der Regel jedoch ein Jahr. Konzeptionell soll er dem Freiwilligen Sozialen beziehungsweise Ökologischen Jahr (FSJ/FÖJ) angeglichen sein, aber für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen, sofern sie nicht schulpflichtig sind. Im Allgemeinen soll der Dienst als Vollzeitstelle geleistet werden, für Ältere ab 27 Jahren ist aber auch Teilzeit ab 20 Wochenstunden möglich. Wie schon der Zivildienst, soll auch der Bundesfreiwilligendienst offiziell keine regulären Arbeitsplätze verdrängen.

Die Freiwilligen erhalten ein monatliches Taschengeld von maximal 324 Euro im Westen und 273 Euro im Osten, hinzu kommen Verpflegungs- und Kleidergeld sowie ein Unterkunftszuschuss, sodass mit monatlichen Zahlungen von rund 550 Euro gerechnet wird. Die neuerliche Unterscheidung in Ost- und Westdeutsche traf allerdings auf scharfe Kritik bei den Grünen. Diese warnten außerdem vor einer Ver-

drängung der Jugendfreiwilligendienste auf Länderebene. Die Regierung will dem begegnen, indem die Länder für das FÖJ und das FSJ künftig eine Förderpauschale von 200 Euro statt der bisherigen 72 Euro pro Platz und Monat erhalten.

Auch die SPD-Fraktion befürchtet Probleme durch die künftige Doppelstruktur von Freiwilligendiensten in Bund und Ländern. Sie hatte für eine Stärkung von FSJ und FÖJ plädiert.

Der Bund will für alle Freiwilligendienste in Zukunft 350 Millionen Euro im Jahr ausgeben, wie die Tageszeitung Taz berichtete. Das sei deutlich weniger als bisher für den Zivildienst. Die Einsatzstellen sollen sich wieder an der Finanzierung beteiligen. Das Bundesamt für Zivildienst wird weiter zuständig sein und soll entsprechend umbenannt werden. [mb]

- www.bmfsfj.de/BMFSFJ/zivildienst
- Diskussion: www.kurzlink.de/bbe-debatte

## PREISE &amp; AUSSCHREIBUNGEN

### Zivilcourage-Preis

## Mit Chuzpe gegen Konzerne

■ Der mit 10.000 Euro dotierte Preis für Zivilcourage wurde dieses Jahr an die Organisation Urgewald verliehen, die sich für Naturschutz und Menschenrechte einsetzt. Urgewald dokumentiert seit 1992 die Aktivitäten deutscher Firmen und Banken im Ausland. Unter anderem verhinderte der DNR-Mitgliedsverband, dass europäische Banken in ein geplantes Atomkraftwerk in einem bulgarischen Erdbebengebiet investierten. Bei der Verleihung sagte die Preisstifterin Anne Solbach-Freise, es gelinge Urgewald „mit viel Courage und Chuzpe immer wieder, große Konzerne und Banken in die Schranken zu weisen“. [lk]

- Solbach-Freise-Stiftung, Bodenwerder, Tel. +49 (0)5533 / 3656, www.stiftung-zivilcourage.de
- Urgewald, Heffa Schücking, Sassenberg, Tel. +49 (0)2583 / 1031, www.urgewald.de



## REZENSIONEN

## Mit der Kraft der Sonne

100 Prozent erneuerbare Energien sind möglich. Mit neuen Denkweisen kann die Menschheit aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit ausbrechen. Das glaubte der Solarpionier Hermann Scheer und entwickelte eine „energethische“ Zukunftsvision.



■ Hermann Scheer, Präsident von Eurosolar, Träger des Alternativen Nobelpreises und seit 1980 Bundestagsabgeordneter, ist im Oktober im Alter von 66 Jahren viel zu früh gestorben. Auch ohne ein

Regierungsamt hat er in seinem Leben weit mehr für eine neue Energiepolitik geleistet als alle, die mit den Insignien der Macht ausgestattet sind. Hermann Scheer war schon seit Langem von einer solaren Zukunft überzeugt und auch davon, dass eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien in wenigen Jahrzehnten möglich ist. Er setzte mit seinen visionären Ideen Maßstäbe gegen das „ökonomische Einheitsdenken“, gegen die Macht des Bestehenden und gegen das Weltbild von einer fossilen und atomaren Energieversorgung, zu der Naturzerstörung, Klimawandel und hoher Energieverbrauch unabänderlich gehören. Scheer brannte für die Energiewende, die Überlebensrezept für unsere „überbevölkerte, verschmutzte, ungleiche und störanfällige Welt“ (Brundtland Bericht) ist. Und er ließ es nicht bei der Idee, er setzte sich ebenso leidenschaftlich wie kompetent für ihre Verwirklichung ein.

So auch in seinem Buch „Der energetische Imperativ“, das kurz vor seinem Tod fertig wurde. Es ist gleichsam ein Kantsches Gebot der Vernunft, mit dem Scheer den Ausweg aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit des Menschen aufzeigt. Deshalb muss die künftige Energieversorgung ein demokratisches Projekt werden und darf nicht länger der ökonomischen Sachzwanglogik der großen Stromverkäufer folgen. Das ist einer der tragenden Gedanken des Buches: Nur der Umbau der Energie-

wirtschaft sichert die Demokratie, befreit die Menschheit von ökonomischen Zwängen und mindert die immer größer werdende Gefahr, dass es in Zukunft erbitterte Kriege um Rohstoffe geben wird. Scheer wendet sich gegen falsche Alternativen wie CO<sub>2</sub>-Speicherung oder Verlängerung der Atomlaufzeiten, die nur Zeit stehlen, weil sie überkommene Strukturen festschreiben und den Umbau blockieren. Er weist überzeugend nach, dass es nicht um den Austausch von Brennstoffen geht, sondern um den Umbau von der zentralisierten fossilen und atomaren Verbundwirtschaft zu einer dezentralen Energieversorgung, die das Bündnis aus Effizienzrevolution und erneuerbaren Energien braucht. Dieser Streit – Fortschreibung des Bestehenden oder Umbau in Richtung Energiedienstleistungen – muss ausgetragen werden.

Vor allem aber macht das Buch Hoffnung, weil es an konkreten Schlüsselprojekten aufzeigt, wie der Umbau aussehen kann. Technisch ist eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien möglich. Die Widerstände liegen in alten Denkweisen, den Interessen der Wirtschaft und der Mutlosigkeit politischer Entscheidungsträger. Wünschenswert wäre es gewesen, wenn Scheer die andere Seite der Energiewende stärker herausgestellt hätte, die Effizienzrevolution. Sie ist kein Gegensatz zu seiner Vision, sondern gehört dazu, auch um den Raum für Innovationen zu erweitern und Platz zu schaffen für die Solarwirtschaft. Die Idee der 2.000-Watt-Gesellschaft, die in der Schweiz entwickelt wurde, gehört zum energetischen Imperativ.

[Michael Müller]

- Scheer, H.: Der energetische Imperativ. 100 % jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist. Antje Kunstmann, München 2010, 240 S., 19,90 €, ISBN 978-3-88897-683-4

## Naturschutz in der Sackgasse?

Die Leute lieben die Natur, nicht aber die Naturschützer. Das könnte daran liegen, dass der Umweltschutz die kulturelle Dimension zu wenig achtet. Ein Aufruf zum Umdenken.



■ Der Naturschutz, wie er heute begründet und praktiziert wird, findet immer weniger Zustimmung bei der Bevölkerung. Wie konnte es dazu kommen und wie ließe sich dieser

Entwicklung entgegenwirken? Solchen Fragen stellt sich der Biologe Reinhard Piechocki, der für die Internationale Naturschutzakademie Insel Vilm tätig ist, in seinem neuen Buch.

Er beginnt mit einem aufrüttelnden Zitat, das ein zutiefst erboster Bürger auf einer Naturschutztagung den dort zahlreich versammelten Naturschützern entgegenschleuderte: „Ich liebe die Natur, aber ich hasse die Naturschützer.“ Dieser Satz, so der Autor, ist symptomatisch für die Haltung eines Großteils der Bevölkerung, die sich von der Praxis des „Schutzes der Natur vor dem Menschen“ nicht mitgenommen fühlen. Dass die Natur „um ihrer selbst willen“ zu schützen sei, ist für Piechocki kein ausreichendes Argument, um die Menschen von der Dringlichkeit des Naturschutzes zu überzeugen – obwohl dieser sogenannte Eigenwert der Natur 2002 sogar Eingang ins Bundesnaturschutzgesetz fand.

Die Ausweisung von über 20.000 Schutzgebieten und 15 Nationalparks zählt zu den Erfolgen der 200-jährigen Naturschutzbewegung, deren Vereine und Verbände heute weit mehr Mitglieder zählen als alle politischen Parteien in Deutschland zusammen. Doch der Autor spricht von einem Pyrrhussieg. Das Problem ist für ihn die Argumentationsweise der Naturschützer. Piechockis Kernthese ist, dass die kulturelle Dimension des Naturschutzes immer mehr verdrängt wurde

und dass nur deren Wiederbelebung die Mehrheit der Menschen für die Natur und ihren Schutz sensibilisieren kann: nämlich für eine erlebbare, heimatlich gewachsene Kulturlandschaft. Die Einrichtung nicht betretbarer Sperrzonen führe eher zu Naturentfremdung und sei damit kontraproduktiv. Als Auslöser dieser Fehlentwicklung macht der Autor ausgerechnet die Ökologiebewegung aus. Angesichts der immer deutlicher sichtbaren Umweltzerstörung in den 1970er-Jahren entwickelte die neue Umweltbewegung eine radikale ökologische Ethik, die nicht mehr den Menschen, sondern die Natur ins Zentrum stellte und zum Maßstab für sittliches Handeln machte.

In vier Kapiteln analysiert Piechocki philosophische Grundideen und Erkenntnisse, die schließlich in der Naturschutzbewegung mündeten, und bettet diese in die verschiedenen Epochen mit ihren sich wandelnden politischen Weltbildern und Werten ein. Kurzbiografien und Zitate wichtiger Persönlichkeiten illustrieren die Fakten. So mutet das Werk in weiten Teilen eher wie ein Geschichtsbuch zur kulturhistorischen Entwicklung des Naturschutzgedankens an.

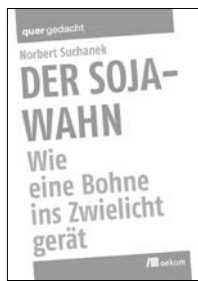
Doch im Epilog bekennt der Autor noch einmal Farbe und erklärt an Beispielen, wie es im Naturschutz zu den akzeptanzverhindernden Fehlentwicklungen kam. Ein Beispiel sind die Warnungen von Naturschutzaktivisten vor Umweltkatastrophen, vor allem die Drohung mit dem bevorstehenden Waldsterben Anfang der 1980er-Jahre: „Erst stirbt der Wald, dann der Mensch!“ Nach dem Ausbleiben dieses Horrorszenarios verlor für Piechocki die gesamte Ökologiebewegung an Glaubwürdigkeit. Allerdings vergisst der Autor dabei, dass die ausgebliebene Katastrophe gerade ein Verdienst des Natur- und Umweltschutzes war, der die Menschen endlich wachrüttelte, und dass seit jenen Tagen die industrielle Luft- und Gewässerverschmutzung sehr stark abgenommen hat.

Als Fazit plädiert Piechocki noch einmal für die Erfahrbarkeit der Natur ohne Ausgrenzung des Menschen, in der Liebe zur Natur erst entstehen und gedeihen kann. Das Buch gewährt einen äußerst

profunden Einblick in Geschichte und Philosophie des Naturschutzes, an dessen Ende der engagierte Aufruf zum Umdenken steht. **[Doreen Milius]**

► Piechocki, R.: Landschaft Heimat Wildnis. Schutz der Natur – aber welcher und warum? C.H. Beck, München 2010, 272 S., 14,95 €, ISBN 978-3-406-54152-0

## Bohne im Zwielficht



► „Soja: Der leichte Genuss“, „Vital mit Soja“ – so oder ähnlich lauten die Titel von Büchern, die sich mit Glycine max beschäftigen. Die Nutzpflanze aus der Familie der Leguminosen gilt

als das Wundermittel schlechthin; sie firmiert als „coole Proteinquelle“, „Jungbrunnen“ oder als „Verwandlungskünstler“. Millionen AsiatInnen verfeinern mit einem würzigen Sojasud seit Menschengedenken ihre Gerichte, aus der vegetarischen Küche ist Tofu nicht mehr wegzudenken und seit Neuem steht mit der Sojamilch im Tetrapak-Karton auch für KuhmilchallergikerInnen ein adäquater Ersatz im Kühlregal eines jeden Supermarkts. Selbst wer der fleischlosen oder fernöstlichen Kost distanziert gegenüber steht, kann sich der Bohne kaum entziehen, denn sie versteckt sich als Lecithin im Sonntagsbrötchen oder als Futtermittel im Rindersteak.

Doch die helle Bohne hat ihre dunklen Seiten, wie der Umweltjournalist Norbert Suchanek zu berichten weiß, und man wundert sich in der Tat, warum es so lange gedauert hat, bis das trendige Lebensmittel einer fundierte(re)n Betrachtung unterzogen wurde. Denn während Sojakonsum hierzulande als rundum schick gilt, sind die ökologischen und sozialen Folgen ihres Anbaus mehr als bedenklich: „In Lateinamerika wurden Millionen von Hektar artenreiche Regenwald- und Trockengebiete (...) vernichtet, Tausende von Menschen aus ihren traditionellen Lebensräumen

vertrieben, Flüsse und Grundwasser mit Pestiziden verseucht.“ Doch damit nicht genug: Ohne Unmengen von Importsoja wäre der Energie verschwendende Fleischkonsum der westlichen Welt undenkbar; der Sojaanbau fördert damit indirekt den Hunger auf der Welt und leistet der tierquälerischen Haltung von Schwein, Rind und Geflügel Vorschub. Hier entfaltet das Buch am eindrucklichsten seine aufklärende und enthüllende Wirkung, blickt der Wahlbrasilianer Suchanek über den allzu engen Tellerrand der Misoverlehrer und Tofufetischistinnen hinaus. In weiteren Kapiteln taucht der Autor ein in die Kulturgeschichte der Bohne, entlarvt den Mythos vom „asiatischen Grundnahrungsmittel Soja“ und schildert Henry Fords Pläne zur Herstellung von Autokarosserien auf Sojamehlbasis, die nur durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und den Tod des Visionärs im Jahre 1946 jäh beendet wurden.

Angesichts des Soja-Hypes sind all diese Informationen wichtig und überfällig. Doch manches Mal berichtet Suchanek auch etwas zu einseitig, etwa in den Kapiteln, die sich mit den gesundheitlichen Aspekten der Bohne auseinandersetzen. So mag es sicher sein, dass in einzelnen Studien Zusammenhänge zwischen Sojakonsum und erhöhtem Krebsrisiko oder Impotenz nachgewiesen wurden; die weit aus größere Zahl der Studien, auch seriöser Institutionen, kommt durchaus zu anderen Ergebnissen und es ist momentan keinesfalls entschieden, wo die Wahrheit liegt.

Insgesamt ist dem Autor allerdings ein äußerst faktenreiches und gut lesbares Büchlein gelungen, das auf nicht viel mehr als 100 Seiten kaum einen Aspekt unerwähnt lässt. Der Anspruch der Reihe quergedacht, in dem das Buch erschienen ist, „Zukunftswissen für die Westentasche jenseits des Mainstream“ zu präsentieren, ist daher mit kleinen Einschränkungen überzeugend umgesetzt worden.

**[Alexander Wilhelm]**

► Suchanek, N.: Der Soja-Wahn. Wie eine Bohne ins Zwielficht gerät. Reihe „quergedacht“, oekom, München 2010, 109 S., 8,95 €, ISBN 978-3-86581-216-2

## INTERNET

**Schadstoffe online**

■ Eine vom Projekt Interoperability and Automated Mapping entwickelte Software hilft bei der Kartierung von Umweltverschmutzung.

Das Programm kann die genauen Ausmaße eines Verschmutzungsgebietes darstellen und zeigen, woher die Schadstoffe kommen und in welche Richtung sie sich bewegen. Die Software erzeugt eine Online-Umrisskarte von in Echtzeit aktualisierten Schadstoffkonzentrationen, die an verschiedenen Messpunkten gewonnen werden. Behörden können diese Informationen nutzen, um Verschmutzungsquellen zu identifizieren und dann gegen diese vorzugehen. Interessierte BürgerInnen können mithilfe der Karten Umwelteintrüchtigungen wie Smog meiden. [jb]

► [www.intamap.org](http://www.intamap.org)

**Alles zu Rio+20**

■ Die UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (UNCSD) hat eine offizielle Internetseite zur Vorbereitung auf den nächsten großen Nachhaltigkeitsgipfel veröffentlicht. Hier finden Interessierte die neuesten Nachrichten, wichtige Meilensteine der letzten 20 Jahre und Informationen, wie man sich am Gipfel beteiligen kann. Auch die Antworten der einzelnen Mitgliedstaaten und wichtigen Akteuren – Major Groups – auf Fragen für den Fortschrittsbericht sind einsehbar. [jg]

► [www.earthsummit2012.org](http://www.earthsummit2012.org)

**Umweltrecht**

■ Das Schweizer Bundesamt für Umwelt hat Quellen und Links zu Umweltrecht auf europäischer und internationaler Ebene in einer frei zugänglichen Datenbank veröffentlicht. Unterschiedliche Suchkriterien führen zu Listen mit kommentierten Verlinkungen. [jg]

► [www.bafu.admin.ch/recht/eu-umweltrecht](http://www.bafu.admin.ch/recht/eu-umweltrecht)

## NEU ERSCHIENEN

► Abeling, W. u. a.: **Klimaschutz- und Anpassungsstrategien in Landwirtschaft und ländlichem Raum.** Agrarsoziale Gesellschaft, Göttingen 2010, 96 S., 9,- €, ISSN 0179-7603

- Adler, F.; Schachtschneider, U.: **Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus?** oekom, München 2010, 320 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86581-213-1
- Atkinson, R. u. a. (Hrsg.): **Sustainability in European Environmental Policy: Challenges of Governance and Knowledge.** Taylor & Francis, Abingdon 2010, 75,- £, ISBN 978-0-415-56289-8
- Berg, A.: **Social Entrepreneurship Education. Grundlagen für die Unterstützung gesellschaftlich engagierter Menschen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung.** VDM, Saarbrücken 2010, 120 S., 49,- €, ISBN 978-3639263749
- Besier, J. u. a.: **Agrarpolitik in der Lee(h)re? Ökologische Agrarwissenschaften heißt kritische Auseinandersetzung.** AbL-Verlag, Hamm 2010, 340 S., 14,80 €, ISBN 978-3-930413-41-6
- Dettling, P. A.: **Vergessene Wildnis. Spurensuche in der Surselva.** Terra Grischuna, Chur 2010, 142 S., 37,10,- €, ISBN 978-3-7298-1162-1
- Girardet, H.; Mendonca, M.: **Energien freisetzen. Für eine ökologische und gerechte Welt.** UTB, Stuttgart 2010, 336 S., 26,- €, ISBN 978-3-85869-430-9
- Held, M.; Kubon-Gilke, G.; Storn, R.: **Institutionen ökologischer Nachhaltigkeit.** Metropolis, Marburg 2010, 280 S., 29,80 €, ISBN 978-3-89518-834-3
- Holzer, G. (Hrsg.): **Bäuerliche Direktvermarktung.** NWW, Wien 2010, 221 S., 26,80 €, ISBN 978-3-7083-0716-9
- Kohfink, M.-W.: **Bienen halten in der Stadt.** Eugen Ulmer, Stuttgart 2010, 174 S., 24,90 €, ISBN 978-3-8001-6712-8
- Ludwig, M.: **Invasion. Wie fremde Tiere und Pflanzen unsere Welt erobern.** Eugen

**Impressum**

umwelt aktuell

Dezember 2010/Januar 2011

ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Stefanie Langkamp [sl], Eric Janáček [ej]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Leo Koppelkamm [lk], Hans-Magnus Preuß [hmp], Julia Glahe [jgl], Nadin Sauer [nsa], Eva Mahnke [em], Julia Barthel [jb]. **Service:** Juliane Grüning. **ökopädNEWS:** siehe S. 48

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de), [www.umwelt-aktuell.eu](http://www.umwelt-aktuell.eu)

**Schlusskorrektur:** Gotlied Blechschmidt, Augsburg  
**Titelfoto:** DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier  
**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: [oekom@de.rhenus.com](mailto:oekom@de.rhenus.com)

**Anzeigen:** oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: [anzeigen@oekom.de](mailto:anzeigen@oekom.de)

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegen Werbebeileger der memo AG und vom Musikverlag Edition Ample bei.



Ulmer, Stuttgart 2010, 190 S., 14,90 €, ISBN 978-3-8001-6947-4. [www.ulmer.de/invasion](http://www.ulmer.de/invasion)

- ▶ Müller, U.: **Hochwasserrisikomanagement. Theorie und Praxis.** Vieweg+Teubner, Wiesbaden 2010, 440 S., 59,95 €, ISBN 978-3-8348-1247-6
- ▶ Pauli, G. A.: **The Blue Economy. 10 Years, 100 Innovations, 100 Million Jobs.** Paradigm Publishers, Boulder 2010, 336 S., 24,95 €, ISBN 978-0912111902
- ▶ Schaber, R.: **Blutmilch: Wie die Bauern ums Überleben kämpfen.** Pattloch, München 2010, 280 S., 18,- €, ISBN 978-3-629-02273-8
- ▶ Schluchter, W.: **Die unheimliche Logik des Halma. Ein Kriminalroman.** dbv, Stuttgart/Oldenburger 2010, 222 S., 9,50 €, ISBN 978-3-86622-101-7
- ▶ Schubert, U.; Pinter, D.: **Wirtschaft – Gesellschaft – Natur.** Metropolis, Marburg 2010, 500 S., 48,- €, ISBN 978-3-89518-841-1
- ▶ Schwarz, C. u. a.: **Planning for Real. Praxiserfahrungen mit einem gemeinwesenorientierten Beteiligungsverfahren.** Stiftung Mitarbeit, Bonn 2010, 142 S., 10,- €, ISBN 978-3-941143-08-1
- ▶ Then, C. u. a.: **Die Erzeugung und Nutzung von Biokraftstoffen der zweiten Generation („Synthi-Fuels“). Synthetische Biologie und künstliches Leben – eine kritische Analyse, Teil 2.** Testbiotech, München 2010, 36 S. Kostenloser Download: [www.testbiotech.de/node/410](http://www.testbiotech.de/node/410)
- ▶ UN-Habitat (Hrsg.): **State of the World's Cities 2010/2011: Bridging the Urban Divide.** UNO-Verlag, Bonn 2010, 220 S., 41,- €, ISBN 978-9211322118
- ▶ Wicker, G.: **Der Ökologie-Megatrend in der Wirtschaft. Identifikation und zukünftige Entwicklung.** Diplomica, Hamburg 2010, 136 S., 38,- €, ISBN 978-3-8366-8764-5
- ▶ Wippermann, C.; Wippermann, K.: **Mensch und Wald.** Bertelsmann, Bielefeld 2010, 182 S., 39,90 €, ISBN 978-3-7639-4692-1
- ▶ Worldwatch Institute (Hrsg.): **Einfach besser leben.** oekom, München 2010, 300 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86581-202-5

## TERMINE

schaft, Annemarie Volling, Lüneburg, Tel. +49 (0)4131 / 400720, E-Mail: [gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de](mailto:gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de), [www.keine-gentechnik.de/termine](http://www.keine-gentechnik.de/termine)

**07.–08.12., Eberswalde bei Berlin (D)**  
**Umweltmanagement an Hochschulen.** Fachtagung  
 ▶ Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde, Kerstin Kräusche, Tel. +49 (0)3334 / 657154, E-Mail: [kerstin.kraeusche@hnee.de](mailto:kerstin.kraeusche@hnee.de), [www.hnee.de](http://www.hnee.de)

**07.12., Berlin (D)**  
**Agrotechnik und transgene Bäume.** Fachtagung  
 ▶ NABU, Dr. Steffi Ober, Tel. +49 (0)30 / 284984-1612, Fax -2000, E-Mail: [steffi.ober@nabu.de](mailto:steffi.ober@nabu.de), [www.kurzlink.de/genbaumtagung.pdf](http://www.kurzlink.de/genbaumtagung.pdf)

**07.–08.12., Mannheim (D)**  
**Flächenkonkurrenz.** Tagung  
 ▶ DVS Netzwerk Ländliche Räume, Bettina Rocha, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 6845-3882, E-Mail: [bettina.rocha@ble.de](mailto:bettina.rocha@ble.de), [www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)

**08.12., Frankfurt/M. (D)**  
**Erneuerbare Energien in Deutschland: Ende der Boomjahre?** Tagung  
 ▶ Agrion, Jan Krimphove, Tel. +49 (0)69 / 30855057, E-Mail: [jankrimphove@agrion.org](mailto:jankrimphove@agrion.org), [www.kurzlink.de/ee-tagung-agrion](http://www.kurzlink.de/ee-tagung-agrion)

**09.–10.12., Hamburg (D)**  
**Place matters! Internationale Fachkonferenz zum Management öffentlicher Räume**  
 ▶ HafenCity Universität Hamburg, Stefan Kreutz, Tel. +49 (0)40 / 42827-4545, E-Mail: [stefan.kreutz@hcu-hamburg.de](mailto:stefan.kreutz@hcu-hamburg.de), [www.hcu-hamburg.de](http://www.hcu-hamburg.de)

**13.–17.12., Vilm bei Rügen (D)**  
**New opportunities and challenges for making biodiversity and ecosystem services count.** Tagung  
 ▶ Bundesamt für Naturschutz, Martina Finger, Tel. +49 (0)38301 / 86112, E-Mail: [martina.finger@bfn-vilm.de](mailto:martina.finger@bfn-vilm.de), [www.bfn.de/0603\\_kalender.html](http://www.bfn.de/0603_kalender.html)

## DEZEMBER

**04.–05.12., Leipzig (D)**  
**Bundesweite Tagung der gentechnikfreien Regionen und Aktiven**  
 ▶ Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirt-

## JANUAR

**06.–09.01., Radolfzell (D)**  
**Naturschutztage am Bodensee**  
 ▶ BUND und NABU Baden-Württemberg; BUND, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 150710, E-Mail: [naturschutztage@bund.net](mailto:naturschutztage@bund.net), [www.naturschutztage.de](http://www.naturschutztage.de)

**13.01., Bonn (D)**  
**Forum Emissionsüberwachung: Akkreditierung und Notifizierung im geregelten Bereich des medialen Umweltschutzes.** Expertenforum  
 ▶ VDI/DIN-Normenausschuss/KRdL, BMU, UBA; Dr. Rolf Kordecki, Düsseldorf, Tel. +49 (0)211 / 6214410, E-Mail: [kordecki@vdi.de](mailto:kordecki@vdi.de), [www.vdi.de/akkreditierung2011](http://www.vdi.de/akkreditierung2011)

**15.01., Berlin (D)**  
**Weichen stellen. Wege zu zukunftsfähigen Lebensweisen.** Konferenz  
 ▶ Denkwerk Zukunft, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 372044, [www.denkwerkzukunft.de](http://www.denkwerkzukunft.de)

**20.01., Berlin (D)**  
**Mein globales Büro. Methodische Schulung zu globalen Vernetzungen und ökologisch-sozial verantwortungsbewusstem Verhalten in Büroberufen**  
 ▶ EPIZ, Anne-Kathrin Bruch, Tel. +49 (0)30 / 6926418, E-Mail: [bruch@epiz-berlin.de](mailto:bruch@epiz-berlin.de), [www.epiz-berlin.de](http://www.epiz-berlin.de)

**20.–21. 01., Leipzig (D)**  
**Unter 2 Grad: Wie lassen sich der Klimawandel und seine Folgen begrenzen?** Tagung  
 ▶ Climate Service Center/UFZ, Tanja Do, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 226338424, E-Mail: [tanja.do@hzg.de](mailto:tanja.do@hzg.de), [www.kurzlink.de/css-unter2grad.pdf](http://www.kurzlink.de/css-unter2grad.pdf)

**21.–30.01., Berlin (D)**  
**Internationale Grüne Woche.** Messe und Tagungen  
 ▶ Messe Berlin, Tel. +49 (0)30 / 3038-0, E-Mail: [igw@messe-berlin.de](mailto:igw@messe-berlin.de), [www.gruenewoche.de](http://www.gruenewoche.de) (Kongresse & Events)

**22.01., Berlin (D)**  
**Wir haben es satt: Stoppt Gentechnik, industrielle Tierhaltung und Dumping-Exporte!** Großdemonstration  
 ▶ DNR, BUND, NABU, Bioland, AbL u. v. a.; Tel. +49 (0)30 / 21608621, E-Mail: [info@wir-haben-es-satt.de](mailto:info@wir-haben-es-satt.de), [www.wir-haben-es-satt.de](http://www.wir-haben-es-satt.de) (siehe auch Kasten S. 38)

**Umweltbildungs-Termine:** siehe S. 48  
**Weitere Termine:** [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine)

UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung

## Trotz Erfolg voller Zweifel

Die UN-Dekade BNE hat für die nachhaltige Entwicklung höchste Bedeutung und ihre Umsetzung verläuft äußerst erfolgreich. Dennoch scheint der Glaube an den Erfolg zu fehlen, denn viele Akteure schätzen, dass die gesteckten Ziele nur zum Teil erreicht werden können. Nun soll durch das Thema Stadt im Jahr 2011 neuer Schwung in die Sache kommen.

□ Auf Einladung der Freien und Hansestadt Hamburg fand Anfang November der bundesweite Runde Tisch 2010 der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) statt. Mehr als 120 Experten diskutierten darüber, was bis zum Ende der Dekade 2014 angepackt werden soll. Ein festlicher Senatsempfang im prächtigen Rathaus und eine Exkursion in die neue Hafencity standen ebenfalls auf dem Programm.

### Hamburg glänzt als Gastgeber

Christa Goetsch, Zweite Bürgermeisterin Hamburgs und Senatorin der Behörde für Schule und Berufsbildung, hob in ihrer Eröffnungsrede die Bedeutung der UN-Dekade für das Hamburger Leitbild Wachsen mit Weitsicht hervor. Mit der Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit, der Auszeichnung Hamburgs als UN-Dekadestadt und als europäische Umwelthauptstadt sei man gut aufgestellt. Hamburgs Schulen leisteten Hervorragendes, beispielsweise im Projekt Klimaschutz an Schulen oder in einem neuen Vorhaben, bei dem SchülerInnen ausgediente Geografiekarten zu Taschen und Mousepads weiterverarbeiten und einer neuen Nutzung zuführen.

Großes hat auch die Universität Hamburg vor. Mit ihrem Beitrag „Setting knowledge for a sustainable future“ bewirbt sie sich für die dritte Förderlinie im Exzellenzwettbewerb. Präsident Dieter Lenzen wies auf hervorragende Aktivitäten in Forschung und Lehre hin, darunter den Klima-Campus, das Okavango-Projekt und die Forschungsstelle Nachhaltige Umweltentwicklung. Eine kritische Reflexion soll mehr Wissen über die Lernprozesse an Hochschulen bringen und zu „good university governance“ führen.

### Stand und Perspektiven

Zu den Perspektiven der UN-Dekade äußerte sich Thomas Greiner vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Angesichts der aktuellen Herausforderungen müsse BNE jeden einzelnen Menschen erreichen. Oliver Laboulle von der Unesco-Zentrale in Paris sah die Notwendigkeit, über die formale Bildung hinaus verstärkt Wirtschaft und Verbände einzubeziehen. Zugleich machte er klar, dass eine Fortführung der Dekade über 2014 hinaus nicht wahrscheinlich ist.

Gerhard de Haan, Professor für Umweltbildung an der Freien Universität Berlin, verwies auf die bisher geleistete Arbeit: Über 430 Veranstaltungen fanden dieses Jahr im Rahmen der UN-Dekade-Tage statt. Es gibt inzwischen weit über 1.000 offizielle Dekade-Projekte in Deutschland. Gemeinschaftsaktionen wie die „Ideen Initiative Zukunft“ mit dem Drogeriemarkt dm oder der Aufruf mit der Karl-Kübel-Stiftung zum Wettbewerb „Macht uns stark – Familien lernen Zukunft“ zeigten, dass die UN-Dekade auch für große Organisationen interessant sei.

De Haan stellte die Ergebnisse einer Delphi-Befragung von BNE-Experten vor. Dabei wird das Ergebnis in einer zweiten Runde nochmals rückgespiegelt. Gefragt wurde beispielsweise, wie BNE strukturell verankert werden könnte. In der Rangliste der Antworten steht die Gewinnung wichtiger Bildungsakteure ganz oben – vor der Verankerung in Grundsatzpapieren und der Verknüpfung mit der aktuellen bildungspolitischen Debatte. Doch insgesamt glauben die Experten, dass diese Ziele bis zum Ende der Dekade im Jahr 2014 nur zu rund 30 Prozent erreichbar sein werden. Sie schlagen vor, weitere Fachtagungen

durchzuführen und insbesondere junge Menschen anzusprechen, beispielsweise durch eine Kampagne mit klarer Botschaft. Daneben sollten die Kooperation auf internationaler Ebene und die Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Kommunen verbessert werden.

### Nachhaltigkeit in Kunst und Kultur

Ein Blick über den Bildungs-Tellerrand ist also nötig. Vorgestellt wurde daher ein spannendes Initiativprojekt zur Nachhaltigkeit, das derzeit von der Kulturstiftung des Bundes mit rund 3,5 Millionen Euro gefördert wird. Es besteht aus mehreren Teilvorhaben, darunter einer Ausschreibung für Kunstprojekte zur Nachhaltigkeit und einer Weiterbildung von 18 KünstlerInnen, die mit Schulen arbeiten sollen. Im August 2011 ist ein „No-Fly“-Festival in Berlin geplant, zu dem ein ökologischer Fußabdruck erstellt und das komplette Catering über ein Kunstprojekt „Vorratssommer“ eingeworben werden soll.

### Stadt als Jahresthema

In vier parallelen Workshops befassten sich die Teilnehmenden mit Perspektiven und möglichen Planungen zur Umsetzung des Themas Stadt im kommenden Jahr. Kommunen unterliegen einem ständigen Innovationsdruck, dem sie nur begegnen können, wenn sie über entsprechende Aktivitäten und Netzwerke zur BNE verfügen. Die Rahmenbedingungen untersucht demnächst ein Projekt in fünf ausgewählten Dekade-Städten. Doch alle Netzwerke unterliegen einem Lebenszyklus. Ihre Entstehung und Entwicklung darf nicht dem Zufall überlassen werden. Sie müssen optimiert werden und zugleich an den Rändern neue Akteure gewinnen, wobei Kultur und geselliges Beisammensein wichtig sind. Gelingt dies, profitieren Kommunen durch BNE-Netzwerke, die als gesellschaftliche Seismografen mit Integrationswirkung wirken.

In der Schlussdiskussion des Runden Tisches wurden viele weitere Ideen und Anregungen für das kommende Jahr gesammelt. Insgesamt zeigte sich, dass BNE offensichtlich ausgezeichnete Beiträge zur kommunalen Nachhaltigkeitsdiskus-

sion leisten kann – beispielsweise in den Bereichen Beschaffungswesen, Bürgerbeteiligung, europäischer Dialog oder kommunale Leitbilddiskussion. Daher gilt es, entschiedener aufzutreten und feste Strukturen für BNE in Bund, Ländern und Kommunen zu fordern und zu verankern. **[Jürgen Forkel-Schubert]**

- ▷ [www.kurzlink.de/dekade-rundertisch](http://www.kurzlink.de/dekade-rundertisch)
- ▷ [www.ueber-lebenskunst.org](http://www.ueber-lebenskunst.org)
- ▷ [www.hamburg.de/nachhaltigkeitlernen](http://www.hamburg.de/nachhaltigkeitlernen)

## AUS ANU UND UMWELTZENTREN

### ANU-Bundesverband startet Bildungsprojekt für erneuerbare Energien

□ Bildung spielt eine wichtige Rolle, soll die Energiewende in Deutschland gelingen. Komplizierte fachliche Aspekte wie zentrale oder dezentrale Energieerzeugung, Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion oder Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Abhängigkeiten müssen den BürgerInnen auf verständliche Weise erläutert werden, damit sie die Notwendigkeit einer nachhaltigen Energieversorgung verstehen. Der ANU-Bundesverband hat mit Förderung durch das Bundesumweltministerium ein neues Projekt mit dem Namen Bildung für nachhaltige Entwicklung und Erneuerbare Energien, kurz BNEE, gestartet. Im Mittelpunkt des 13-monatigen Projektes steht eine Tagungsreihe mit vier bundesweiten Veranstaltungen, die im Herbst 2011 für MultiplikatorInnen aus dem schulischen und außerschulischen Bereich durchgeführt werden sollen.

- ▷ [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)

### ANU Bayern: Kooperationen Schule – Umweltbildung

□ Bayerische Umweltstationen sollen ab dem Schuljahr 2011/12 Lehrkräfte per Abordnung erhalten. Dies planen das bayerische Kultus- und Umweltministerium in einem Modellversuch. Die ANU Bayern hat aus den eingegangenen Bewerbun-

gen zehn Umweltstationen ausgesucht, in jedem Regierungsbezirk mindestens eine, bei denen Lehrerabordnungen möglich sind, wenn sich eine Lehrkraft im Umfeld findet. Derzeit läuft die Suche nach Lehrkräften, die sich für ein halbes Jahr für die Arbeit an einer Umweltstation freistellen lassen wollen.

- ▷ [www.umweltbildung-bayern.de](http://www.umweltbildung-bayern.de)

### ANU Brandenburg: Weiterbildung für UmweltpädagogInnen

□ Unter dem Titel „Eine Handvoll Wissen“ bietet die ANU Brandenburg eine Weiterbildung für UmweltbildnerInnen in fünf Modulen an. Die Themenpalette umfasst Angebotsprofil und Persönlichkeitsbild, Marketing, Fundraising, rechtliche Fragen, Kommunikations- und Moderationstechniken sowie didaktische Grundlagen der Umweltbildung. Die Weiterbildung wird durch die EU und das Land Brandenburg gefördert und ist anerkannt für den Bildungsscheck.

- ▷ [www.spreescouts.de/anu-weiterbildung](http://www.spreescouts.de/anu-weiterbildung)

### Schulbauernhof Emshof: Globales Lernen

□ Kinder der dritten bis sechsten Klasse können bei einem Ausflug auf den Schulbauernhof Emshof in Telgte im Münsterland ein Labyrinth in einem Nutzhanffeld erkunden und dabei globales Lernen erleben. Fragen, Infotafeln und Mitmachstationen verdeutlichen Zusammenhänge zwischen dem Konsum verschiedener Güter in Münster und den Produktionsbedingungen und ökologischen Auswirkungen in anderen Ländern. „Station Erde – Der Eine-Welt-Klima-Parcours für Kids“ wurde mit dem Entwicklungspolitischen Nord-Süd-Preis der Stadt Münster ausgezeichnet. Eine einführende Broschüre über die kleinbäuerlich-indigenen Lebensweisen in Chiapas und weiteren Regionen Mexikos kann gegen zwei Euro plus Porto angefordert werden.

- ▷ [www.zwischenzeit-muenster.de/station-erde.html](http://www.zwischenzeit-muenster.de/station-erde.html)

### 25 Jahre Ökopjekt MobilSpiel München

□ Seit nunmehr einem Vierteljahrhundert bietet das Ökopjekt des Münchener Vereins SpielMobil Umweltbildung in bester Qualität. So wurde zum Beispiel das Projekt Lernpartnerschaft Zukunft bereits zum dritten Mal von der deutschen Unesco-Kommission als offizielles Dekade-Projekt ausgezeichnet. Das Team um Marion Loewenfeld lädt jeden Monat zu einem Netzwerktreffen in die Landeshauptstadt ein. Auf der ausgezeichneten Webseite des Vereins finden sich nicht nur der monatliche Rundbrief zum Download, sondern auch eine Übersicht über Fortbildungen, Bildungskisten, Projekte, Literatur und viele andere Informationen.

- ▷ [www.mobilspiel.de/oekoprojekt](http://www.mobilspiel.de/oekoprojekt)

### NaturGut Ophoven legt Fonds für gesunde Ernährung und Bewegung auf

□ In Deutschland sind mittlerweile rund 37 Millionen Erwachsene und zwei Millionen Kinder zu dick oder fettleibig. Kinder bewegen sich heute viel weniger als früher, sind körperlich kaum aktiv. Deshalb hat das NaturGut Ophoven gemeinsam mit dem Sportstudio Family Fitness den Oleo-Fonds für gesunde Ernährung und Bewegung gegründet. Aus den eingegangenen Spenden sollen Kurse auf dem NaturGut Ophoven zur gesunden Ernährung und Bewegung für Schulklassen mit sozial schwachen Schülern finanziert werden.

- ▷ [www.naturgut-ophoven.de/?346](http://www.naturgut-ophoven.de/?346)

## SCHWERPUNKT: DIGITALE WELTEN

### Carbon Footprint: Print vor online

□ Rund zehn Prozent weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß verursacht eine gedruckte Ausgabe der Zeitschrift umwelt & bildung gegenüber äquivalenter Online-Information. Über diesen Vergleich berichtete die Zeitschrift in ihrer Ausgabe 2/2010. Mit fast 70 Prozent hat die Papierproduktion den größten Anteil am ökologischen Fußabdruck, weit vor Druck (23 Prozent) und

Transport (15 Prozent). Damit entspricht der Klimafußabdruck eines einzigen Hefes einer 1,3 Kilometer langen Autofahrt. Der Footprint von Online-Informationen hängt von Lesedauer und Umfang des Ausdrucks ab. Bei einer Lesezeit von zwei Stunden und 15 Minuten wären beide Fußabdrücke etwa gleich hoch. Noch höher ist der Footprint, wenn große Datenmengen heruntergeladen, aber nur zum Teil gelesen werden sowie bei mobiler Datenübertragung.

▷ [www.umweltbildung.at](http://www.umweltbildung.at) (Publikationen)

### Web 2.0: Love it or change it

□ Die Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit führt einmal pro Monat ein öffentliches Fachgespräch durch. Ein Thema lautete „Web 2.0 – Möglichkeiten und Grenzen für BNE“. Ralf Appelt vom Medienzentrum der Universität Hamburg stellte in seinem Vortrag typische Anwendungen des Web 2.0 vor, darunter Social Bookmarking, Wikis und Twitter. Sein lesenswerter Internetblog enthält darüber hinaus viele Tipps und Links, darunter auch „Zehn Schritte ins Web-2.0-Marketing“.

▷ [www.hamburg.de/startpunkt-fachgespraeche](http://www.hamburg.de/startpunkt-fachgespraeche) (26.05.2010)

▷ [www.loveitorchangeit.com](http://www.loveitorchangeit.com)

### Der Weg eines Computers

□ Die CD „Der Weg eines Computers“ verfolgt einen PC von der Rohstoffgewinnung bis zur Verschrottung und verdeutlicht die Probleme globaler Produktionsketten. Dabei wird deutlich, dass die Kosten für Umwelt und Menschen ungleich verteilt sind. Während die meisten NutzerInnen von PCs in den reichen Ländern des Nordens sitzen, tragen die Menschen in den Ländern des Südens viele der Lasten. Die CD ist für die Bildungsarbeit gedacht und enthält Grafiken, Filme, Interviews und Linklisten sowie ein Quiz und ein Planspiel. Sie ist gegen zehn Euro Schutzgebühr plus Versandkosten erhältlich.

▷ [www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

### Ecopolicyade

□ Seit 2008 gibt es den bundesweiten Wettbewerb Ecopolicyade. In dem von Frederic Vester entwickelten Computersimulationsspiel Ecopolicy treten SchülerInnen aus den Klassen 7 bis 10 gegeneinander an. Ziel des Spiels ist es, ein Land so zu regieren, dass es sich unter wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten optimal entwickelt. Die TeilnehmerInnen verbessern in dem Wettbewerb spielerisch ihre Teamfähigkeit und lernen vernetztes Denken und den Umgang mit komplexen Systemen. Erdacht wurde das von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderte Spiel im Jahr 2005 von zwei Lehrern aus Schleswig-Holstein.

▷ [www.ecopolicyade.info](http://www.ecopolicyade.info)

### KonsuManiac: Check deinen Einkauf

□ Wie sieht ein nachhaltiger Lebensstil aus? Das österreichische Forum Umweltbildung hat ein interaktives Onlinetool entwickelt: den KonsuManiac. Das Edu-tainment-Spiel will nachhaltige und vor allem bewusste Konsumententscheidungen fördern und Alternativen zum alltäglichen und oft sinnentleerten Konsumwahn zeigen: Upcycling, DIY (do it yourself) oder Tauschkreise. Neben einem didaktischen Material für Unterricht und Jugendarbeit gibt es ein interaktives Tool mit CO<sub>2</sub>-Rechner und einen Fragebogen zur Berechnung des eigenen Material- und Energieverbrauchs.

▷ [www.konsumaniac.at](http://www.konsumaniac.at)

### GIS lernen – Flächenverbrauch reduzieren

□ Täglich wird in Deutschland eine Fläche in der Größe von 145 Fußballfeldern „verbraucht“. Dabei wird Boden zerstört, die Grundwasserneubildung verringert, Tieren der Lebensraum zerschnitten und Kulturlandschaft verändert. Kinder und Jugendliche wurden bisher als Zielgruppe nicht angesprochen, obwohl sie die potenziellen Häuslebauer oder Fachplaner von morgen sind. Deshalb hat das Europäische Boden-Bündnis (ELSA) mit Förderung

durch das Bundesbildungsministerium die DVD „Freifläche!“ entwickelt. Sie erklärt die Nutzung von Geografischen Informationssystemen (GIS), Satellitennavigation (GPS) und Google Earth, mit denen sich der Flächenverbrauch eindrucksvoll darstellen lässt. Die DVD ist netzwerkfähig und gegen eine Schutzgebühr von zehn Euro plus Versandkosten erhältlich. Teilweise ist auch das kostenlose Herunterladen aus dem Internet möglich.

▷ [www.freiflaeche.org](http://www.freiflaeche.org)

### Bildungsspender.de

□ Wer öfter im Internet einkauft und dabei Bildungsprojekte fördern will, ohne etwas zusätzlich zahlen zu wollen, sollte sich diese Seite ansehen: Das Internetportal Bildungsspender.de ist ein gemeinnütziges Projekt aus Berlin mit dem Schwerpunkt Fundraising. Kunden können aus einer Liste von Hunderten Internetshops auswählen und dort einkaufen. Die Shops zahlen dann je nach Höhe der von den Nutzern getätigten Umsätze gewisse Vergütungen, die von Bildungsspender.de an Bildungseinrichtungen und Vereine weitergereicht werden. Das Schöne dabei: Jeder Kunde kann die Spendenempfänger selbst festlegen. Noch besser: Jeder Verein und jedes Umweltzentrum kann sich als Empfänger eintragen lassen.

▷ [www.bildungsspender.de](http://www.bildungsspender.de)

## VERSCHIEDENES

### Neues BNE-Journal zu Corporate Social Responsibility

□ Was sich hinter dem Begriff Corporate Social Responsibility (CSR) verbirgt, versucht die neue Ausgabe des BNE-Journals darzustellen. Experten erläutern an Beispielen die Chancen von CSR im Bildungsbereich und fordern internationale Standards. Kritiker betonen dagegen, dass Unternehmen meist nur verbindlichen Gesetzen vorbeugen wollen. Weitere Beispiele

le befassen sich mit dem dm-Wettbewerb „Ideen Initiative Zukunft“ und Bionade im Biosphärenreservat. Für die ANU stellt Bundesvorsitzende Annette Dieckmann die Zusammenarbeit mit dem Energieunternehmen Eon vor.

▷ [www.bne-journal.de](http://www.bne-journal.de)

## EU-Ministerrat will mehr BNE in allen Bildungsbereichen

□ Die 2001 beschlossene EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung soll mehr Lebensqualität für alle EuropäerInnen bringen und sicherstellen, dass Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und soziale Integration Hand in Hand gehen. Belgien, das noch bis Dezember 2010 die EU-Ratspräsidentschaft innehat, will Bildung für nachhaltige Entwicklung als Voraussetzung für die nötige Verhaltensänderung bei den Menschen fördern. Hintergrund ist die neue Langzeitstrategie Europa 2020, die in der Nachfolge der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung nunmehr für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum sorgen soll.

Ein Beschluss zu BNE wurde am 19. November von der Europäischen Kommission und den MinisterInnen der EU-Staaten im Rat für Bildung, Jugend und Kultur angenommen. Die Mitgliedstaaten werden darin aufgefordert, BNE in alle Bildungsebenen zu integrieren und Aktivitäten vor allem für die Lehrerfortbildung, die Schulorganisation und das lebenslange Lernen zu ergreifen.

- ▷ [www.europaeische-bewegung.de/?8706](http://www.europaeische-bewegung.de/?8706)
- ▷ [www.kurzlink.de/eu-rat-fuer-bildung](http://www.kurzlink.de/eu-rat-fuer-bildung)
- ▷ [www.kurzlink.de/eu-2020-strategie](http://www.kurzlink.de/eu-2020-strategie)

## Themenreport zur Umweltbildung

□ Firmen oder Stiftungen wollen oftmals Umweltbildungsprojekte fördern, stehen aber vor einem für sie undurchschaubaren Dschungel. Die Organisation Phineo, die unter anderem von der Bertelsmann-Stiftung und der Gruppe Deutsche Börse getragen wird, hat bundesweit 69 Umwelteinrichtungen auf ihr Wirkungspotenzial

geprüft. Zehn davon wurden ausgewählt und im Phineo-Themenreport „Fair handeln, fair ändern! Umweltbildung für junge Menschen“ vorgestellt. Mit dabei ist das Umweltbildungszentrum Licherode in Nordhessen, das jährlich über 100 Schulklassen besuchen. Vom Buttermachen über Solarbasteln bis zu biologischem Landbau lernen Kinder und Erwachsene ihre Welt verantwortungsbewusst und nachhaltig zu gestalten.

- ▷ [www.kurzlink.de/phineo-fair-handeln](http://www.kurzlink.de/phineo-fair-handeln)
- ▷ [www.oekologische-bildung.de](http://www.oekologische-bildung.de)

## UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de). Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

**03.–04.12., Wartin/Uckermark (D)**  
**Natürliche biologische Vielfalt, Natur- und Artenschutz, Umweltbildung und Naturtourismus.**  
 Deutsch-polnische Konferenz  
 ▷ [www.appelbom.de](http://www.appelbom.de)

**07.12., Mülheim an der Ruhr (D)**  
**Treffen des AK Umweltpädagogik Ruhrgebiet**  
 ▷ Ute Jagelka, Tel. +49 (0)201 / 2069460,  
 E-Mail: [jagelka@rvr-online.de](mailto:jagelka@rvr-online.de)

**08.12., Berlin (D)**  
**Klimabewusstes Handeln im Alltag. Erfahrungen mit innovativen Verbraucherkampagnen und -initiativen.** Dialogforum  
 ▷ E-Mail: [schaefer@ztg.tu-berlin.de](mailto:schaefer@ztg.tu-berlin.de)

**08.–09.12., Ebsdorfergrund/Hessen (D)**  
**Lebensgrundlage Energie und deren Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung**  
 ▷ [www.llh-hessen.de](http://www.llh-hessen.de)

**08.–09.12., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)**  
**Attraktive Lehrpfade. Konzeption, Betreuung, Marketing und Evaluation**  
 ▷ [www.nna.de](http://www.nna.de)

**10.–12.12., Altenkirchen/Westerwald (D)**  
**Lernprozesse auf dem Bauernhof gestalten**  
 ▷ [www.lja.de/?63&kursnr=21](http://www.lja.de/?63&kursnr=21)

**14.–15.01., Berlin (D)**  
**Moderation als Führungsstil**  
 ▷ [www.stratum-consult.de](http://www.stratum-consult.de)

**14.–16.01., Balmberg (CH)**  
**Projektmanagement in der Umweltbildung**  
 ▷ [www.silviva.ch/lehrgang](http://www.silviva.ch/lehrgang)

**19.01., Berlin (D)**  
**Im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit entscheiden**  
 ▷ [www.epiz-berlin.de](http://www.epiz-berlin.de)

**21.01., Berlin (D)**  
**Die LOHAS-Formel. Grünes Marketing**  
 ▷ [www.stratum-consult.de](http://www.stratum-consult.de)

**28.01., Berlin (D)**  
**Der BNE-Generator. Bildung nachhaltig machen**  
 ▷ [www.stratum-consult.de](http://www.stratum-consult.de)

**16.02., Berlin (D)**  
**Fachaustausch für Organisationen der developmentpolitischen Bildungsarbeit und des Globalen Lernens**  
 ▷ [www.epiz-berlin.de](http://www.epiz-berlin.de)

**22.02., München (D)**  
**Die Fäden in der Hand behalten. Schwierige Situationen in der Arbeit mit Schulklassen und großen Gruppen**  
 ▷ [www.mobilspiel.de/Oekoprojekt](http://www.mobilspiel.de/Oekoprojekt)

**11.–13.03., Balmberg (CH)**  
**Naturbezogene Umweltbildung mit Erwachsenen**  
 ▷ [www.silviva.ch/lehrgang](http://www.silviva.ch/lehrgang)

## Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

# ANU

Arbeitsgemeinschaft  
**NATUR- UND UMWELTBILDUNG**  
 Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),  
[jfs@oekopaednews.de](mailto:jfs@oekopaednews.de);  
 Birgit Paulsen, Webmaster, [netzwerk@anu.de](mailto:netzwerk@anu.de)  
 ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,  
 Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,  
 Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,  
[bundesverband@anu.de](mailto:bundesverband@anu.de), [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)